Ernst Aust: Das wahre Gesicht des „realen Sozialismus" Seite 9
1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 51 vom 18. Dezember 1981 15. Jahrgang 1 DM



Soldaten und Panzer beherrschen das Straßenbild in ganz Polen. Warschau ist eine hermetisch abgeriegelte Stadt. Der Militärputsch der reaktionären polnischen Generalität ist ein offener Bruch der Verfassung, die nirgendwo einen Militärrat vorsieht. Zu solch außerordentlichen Maßnahmen sind die polnischen Reaktionäre durch ihre Angst vor der Arbeiterbewegung getrieben worden.

Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse!

Erklärung des Politbüros der KPD

In Polen herrscht seit Sonntag die Diktatur der Militärs. Die Gewerkschaft Solidarität wurde verboten, eine große Zahl ihrer Funktionäre verhaftet, ihre Gewerkschaftshäuser von der Armee besetzt. Streiks und Demonstrationen sind verboten. Für Verstöße gegen dieses Verbot in Schlüsselbetrieben wird die Todesstrafe angedroht. Alle demokratischen Rechte, die die polnische Arbeiterklasse sich erkämpft hat, wurden beseitigt. Angeblich um Polen vor einem Bürgerkrieg zu retten, sind im ganzen Land die Panzer aufgefahren.

General Jaruzelski, Chef des sogenannten Militärrates, hat die Einführung des Kriegsrechts verkündet. Wenn sie selbst von Kriegsrecht sprechen, gegen wen führen die Machthaber in Polen Krieg?

• Etwa gegen die reaktionären Kreise des Klerus, die in der Tat in Polen ein schmutziges Spiel im Interesse der Weltreaktion getrieben haben und treiben? Davon kann keine Rede sein. Ganz im Gegenteil: die Militärs haben ausdrücklich versichert, daß die Macht dieser Kreise völlig unangetastet bleibt.

• Gegen die westlichen Monopole und Banken, an die die herrschende Klasse in Polen das Land immer mehr ausgeliefert hat und in deren ökonomischen Würgegriff Polen seit Jahren dahinsiecht? Ganz im Gegenteil: das Militärregime hat erklären lassen, daß es alle Verträge erfüllen wird.

Krieg gegen die Arbeiterklasse!

Nein, wenn die polnischen Militärs, wenn die herrschende Klasse in Polen und ihre Hintermänner in Moskau die Lage so einschätzen, daß die Einführung des Kriegsrechts erforderlich ist, dann betrachten sie als ihren Kriegsgegner weder die Schieber und Schwarzhändler, noch die schwarze Reaktion im Innern, noch die westlichen Imperialisten, sondern einzig und allein die polnische Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaft Solidarität.

Der ganze Aufrmarsch der Armee, alle Maßnahmen des Kriegsrechts, alle aufgefahrenen Panzer sind gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Und das in einem Staat, der sich sozialistisch nennt und in dem angeblich die Arbeiterklasse an der Macht ist.

Kann es einen klareren Beweis dafür geben, daß in Polen wie in den anderen Staaten des Warschauer Paktes der Sozialismus längst verraten worden ist, daß Polen heute kapitalistisch ist (allerdings staatskapitalistisch), daß die verlogene Propaganda von der Herrschaft der Arbeiterklasse in Polen nichts als eine zynische Phrase ist, während in Wirklichkeit die Arbeiterklasse auf brutalste Art unterdrückt und völlig entrechtet wird?

Die Militärs behaupten, sie hätten die Macht ergriffen, um einen Bürgerkrieg zu verhindern. Sie geben also für ihre Machtergreifung die gleich Begründung, die die Faschistengeneräle in der Türkei für ihren Militärputsch gegeben haben.

Wer aber hat denn die Gefahr des Bürgerkriegs in Polen, falls sie überhaupt bestand, geschaffen? Die polnischen Militärs und die Führung der sogenannten Vereinigten Arbeiterpartei Polens, die die Interessen der Arbeiterklasse und den Kommunismus vollständig verraten hat und zu einer Partei der neuen polnischen Kapitalisten, der Bürokraten und Karrieristen geworden ist, machen die Arbeiterklasse und den Gewerkschaftsbund Solidarität für die Krise des Landes verantwortlich.

Tatsache aber ist doch: die polnische Arbeiterklasse hat sich zum Kampf erhoben, weil ihr immer größere wirtschaftliche Entbehrungen aufgezwungen wurden, während auf der anderen Seite die Bonzenschicht ein verschwenderisches Leben führt. Während für die Massen Fleisch in Polen immer knapper und teurer wurde, wurde ein Großteil der polnischen Fleischproduktion ins Ausland verkauft, oder von dem Gesindel der Schieber und Spekulanten zu horrenden Preisen auf dem schwarzen Markt verschoben.

Die polnischen Arbeiter fordern demokratische Rechte wie Streik-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit, weil ohne diese demokratischen Rechte faktisch jeder Kampf der Arbeiterklasse illegal und damit ungeheuer erschwert ist.

Die polnische Arbeiterklasse gründete die Gewerkschaft Solidarität, weil ohne die gewerkschaftliche Organisation die Arbeiterklasse nicht erfolgreich für ihre Interessen gegen die Ausbeuter kämpfen kann.

Die polnischen Arbeiter streikten und organisierten sich gewerkschaftlich aus dem gleichen Grund, aus dem es die Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern tun: um ihre Lebensinteressen gegen die zu verteidigen, die sie ausbeuten und unterdrücken.

Die verschiedenen polnischen Regierungen der letzten 15 Monate machten der Arbeiterklasse zwar Zugeständnisse und vor allem Versprechungen, aber sie taten in Wirklichkeit nichts, um die schwere Lage der polnischen Arbeiter zu verbessern. Im Gegenteil: die Not der polnischen Arbeiter und des polnischen Volkes wurde immer größer.

Also mußte die polnische Arbeiterklasse ihren Kampf fortsetzen. Die polnische Regierung sprach zwar heuchlerisch von Verständigungsbereitschaft, ging aber in mehreren Fällen dazu über, Kämpfe der Arbeiter mit Gewaltmaßnahmen zu beantworten.

Unblutige Lösung?

Im Zusammenhang mit der Errichtung der Militärdiktatur ist viel von einer „unblutigen Lösung" die Rede. Tatsache aber ist doch: wenn die Machthaber in Warschau die Panzer gegen die polnischen Arbeiter auffahren lassen, dann zeigen sie damit ihre Bereitschaft, das Blut der polnischen Arbeiter in Strömen zu vergießen. Unblutig wird dieses brutale und verbrecherische Vorgehen gegen die polnische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung doch nur verlaufen, wenn die polnischen Arbeiterklasse nicht versucht, die schwer erkämpften demokratischen Rechte und die gewerkschaftliche Organisation durch massenhaften Widerstand zu verteidigen. Antwortet die Arbeiterklasse aber mit Streiks und Demonstrationen, dann ist es doch wohl Zweck der aufgefahrenen Panzer, das Feuer zu eröffnen. Dann wird sich zeigen, daß es den Machthabern in Polen nicht um eine unblutige Lösung geht, sondern einzig und allein um die Niederschlagung des Arbeiterprotests um jeden Preis.

Polnische Lösung?

Bürgerliche Kommentare halten der Diktatur der Militärs in Polen zugute, daß es sich immerhin um eine „polnische Lösung" handele und nicht um eine sowjetische Invasion. Das ist eine Absurdität. Natürlich handeln die polnischen Militärs in voller Übereinstimmung mit den sowjetsichen Sozialimperialisten. Natürlich sieht man in Moskau keine Veranlassung, direkt in Polen einzumarschieren, so lange die Chance besteht, daß die polnischen Kettenhunde die Drecksarbeit zur Zufriedenheit der Moskauer Oberherren erledigen. Wenn es aber zum Massenkampf der polnischen Arbeiter gegen die Militärdiktatur kommen sollte, dann werden die polnischen Militärs natürlich ihre sowjetischen Beschützer zu Hilfe rufen und dann wird von einer „polnischen Lösung" nicht mehr die Rede sein.

Nicht nur die sowjetischen Imperialisten, sondern auch die westlichen imperialistischen Regierungen sind an einer Lösung der „polnischen Krise", wie sie den jetzigen Machthabern in Warschau vorschwebt, interessiert. Deshalb haben sie die Errichtung der Militärdiktatur auch keinesfalls scharf kritisiert, sondern — wie beispielsweise auch Helmut Schmidt — viel Verständnis gezeigt. Bei allen Widersprüchen, die seitens der westlichen Imperialisten zu den Herrschenden in Warschau und Moskau sicher bestehen, ist man sich einig darüber, daß ein Arbeiteraufstand in Polen verhindert werden muß. Man hat mit der neuen Bourgeoisie in Polen schließlich auf Kosten der polnischen Arbeiterklasse äußerst gewinnbringend zusammengearbeitet. Hunderte von Millionen stehen auf dem Spiel, wenn das gegenwärtige System in Polen unter den Schlägen der Arbeiterklasse zusammenbrechen würde.

Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse!

Die KPD bekundet ihre uneingeschränkte Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse. Wir sprechen dabei auch für die Mitglieder und Anhänger unserer Partei in der DDR, die in den vergangenen Montaten verschiedenste Aktivitäten unternommen haben, um in der DDR die Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse zu entfalten. Unter anderem deshalb sitzen zur Zeit acht bis zehn Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei in der DDR in Ostberliner Gefängnissen.

Wir rufen die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Kräfte unseres Landes auf, jetzt eine breite Solidaritätsbewegung mit der polnischen Arbeiterklasse zu entfalten. Insbesondere rufen wir alle Gewerkschaftsmitglieder auf, in ihren Gewerkschaftsorganisationen dafür einzutreten, damit der Deutsche Gewerkschaftsbund machtvolle Aktionen zur Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse organisiert.

Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaftsbewegung!

Weg mit der Militärdiktatur!

Der Kampf um einen Generalstreik hat begonnen!

Weg mit der polnischen Militärdiktatur!

WARSCHAU. — Die absolute Nachrichtensperre, die die polnische Militärdiktatur sowohl innerhalb wie auch außerhalb des Landes verhängt hat, macht es schwer, die gegenwärtige Entwicklung im Lande selbst klar einzuschätzen. Offiziell eingestanden wurden Streiks in mehreren Warschauer Großbetrieben, in einigen Zechen in der Region von Kattowice und im Gesundheitswesen. In zehn Betrieben, so die polnische Nachrichtenagentur PAP, habe die Armee die Organisierung von Streiks verhindert. Währenddessen haben all jene Reaktionäre, die sich bisher als Freund der polnischen Arbeiterbewegung ausgaben, für die Militärdiktatur Stellung bezogen.

Erzbischof Glemp, der höchste katholische Kirchenführer Polens, kritisierte zwar die Maßnahmen des verhängten Kriegsrechts an einigen Punkten, warnte aber vor allem davor, sich zu widersetzen. Damit teilt er genau die Drohung der Jaruzelski-Junta, nur wenn die Arbeiter sich ergeben würden, könne ein Bürgerkrieg verhindert werden — nicht umsonst war Gelmps Ansprache neben Jaruzelskis Ankündigung des Kriegsrechts der einzige Programmpunkt in den polnischen Medien, der immer wieder wiederholt wurde.

Die westlichen Regierungen verteidigen inzwischen offen die „innerpolnische Lösung", wie sie es nennen. Und es ist ja auch klar: An einer Diktatur über die Arbeiter haben sie nichts auszusetzen, vor allem nicht, wenn man weiterhin, wie Jaruzelski betonte, gute Geschäfte mit ihr machen kann.

Am zufriedensten über das Vorgehen der polnischen Generäle äußern sich natürlich jetzt die revisionistischen Parteien. Radio Prag — einer der beiden Haupteinpeitscher gegen die polnischen Arbeiter in den letzten Monate — gab offen seine Befriedigung darüber kund, daß nun „der Funke ausgelöscht ist,

Fortsetzung auf Seite 2

Solidaritätsdemonstration

Gegen die polnische Militärdiktatur

Köln, Hans-Böckler-Platz
Samstag, den 19. Dezember, 13 Uhr

Unter zahlreichen Organisationen ruft auch die KPD zur Teilnahme aus Nordrhein-Westfalen auf.

Weg mit der polnischen Militärdiktatur!

Fortsetzung von Seite 1

der auch auf die Tschechoslowakei hätte übergreifen können". Die DDR-Nachrichtenagentur ADN, der zweite Haupthetzer der letzten Zeit, ging in ihrer Freude so weit, die Verhaftung auch Lech Walesas zu melden, was sie allerdings aufgrund polnischer Angaben in späteren Meldungen unter den Tisch fallen lassen mußte.

Und auch die Führung der DKP erklärte einmal mehr ihre Unterstützung für die Niederschlagung der Arbeiterbewegung mit Panzergewalt — jetzt werde sich alles wieder normalisieren, dann werde auch wieder eine „wirkliche Gewerkschaftsarbeit" möglich — so wie sie unter Gierek war. Bezeichnend ist in der revisionistischen Propaganda auch die stetige Unterstreichung, das alles sei eine „innere Angelegenheit Polens" — vor dem Militärputsch hatte die Aussage genau andersherum gelautet. Und natürlich waren diese Maßnahmen innerhalb des Warschauer Pakts abgesprochen.

Trotz alledem zeichnet es sich ab, daß die Streikbewegung wesentlich größer ist, als die Putschisten mit ihren Panzern erwarteten. Sowohl die Ursus-Traktorenwerke als auch die Huta Warszawa sind solche Betriebe, die militarisiert wurden, in denen also unter Umständen auf Streik mit Todesstrafe geantwortet werden soll. Trotzdem sind beide Betriebe von Arbeitern besetzt. Die Organisation von „Solidarität" konnte nicht auf Anhieb so zerschlagen werden, wie man es sich unter den Putschgeneralen vorgestellt hatte — ein Aufruf zum Generalstreik wird verbreitet. Ob dieser gelingt, wird sich nun im wesentlichen an der Küste, in den Werften, die ja seit langem eine besonders kampfbereite Arbeiterschaft haben und in den Bergwerken entscheiden.

Und wenn gesagt wird, die Armee habe in zehn Betrieben Streikaktionen „verhindert", so kann sich jeder vorstellen, mit welchen Mitteln dies geschah und daß die lügnerische Behauptung von der „unblutigen Lösung" schon jetzt der Wahrheit ins Gesicht schlägt.

Die Bekanntmachung über die Einführung des Kriegsrechts

Am Sonntag hat die amtliche polnische Nachrichtenagentur PAP den Wortlaut der Bekanntmachung über die Einführung des Kriegsrechts in Polen veröffentlicht. Wir bringen im folgenden den Text der Verordnung nach der von dpa verbreiteten Übersetzung.

1. Es wird öffentlich bekanntgegeben, daß während der Geltungsdauer des Kriegsrechtes alle Versammlungen, Märsche und Demonstrationen, Sport- und Kulturveranstaltungen ohne vorherige Genehmigung nicht stattfinden dürfen. Davon ausgenommen sind die kirchlichen Feiern, die innerhalb der Gotteshäuser stattfinden.

2. Verboten wird die Verbreitung aller Veröffentlichungen, Publikationen und Informationen, die öffentliche Aufführung von künstlerischen Werken sowie die Benutzung von Druckmaschinen ohne vorherige Genehmigung des zuständigen Organs.

3. Das Recht zu Streiks und Streikaktionen wird ganz aufgehoben.

4. Alle Personen sind verpflichtet, in der Öffentlichkeit ein Dokument bei sich zu führen, das ihre Identität beweist. Die Schüler über 13 Jahre müssen ihre Schulausweise bei sich haben.

5. Der Aufenthalt in Grenzgebieten ist nur mit einer Genehmigung gestattet.

6. Touristik sowie Segel- und Rudersport auf inländischen und den polnischen Territorial-Gewässern wird verboten.

Außerdem können Reservisten auf Anordnung des Verteidigungsministers jederzeit wieder zum aktiven Militär-Dienst einberufen werden.

Die Einheiten der Staatverwaltung und der nationalen Wirtschaft, die für die Verteidigung und Sicherheit des Staats von besonderer Wichtigkeit sind, werden unter militärische Kontrolle gestellt. Dies bedeutet, daß den in diesen Bereichen beschäftigten Personen besondere Pflichten auferlegt werden.

Niemand darf sich länger als 48 Stunden an einem Ort aufhalten, ohne sich beim Meldeamt registrieren zu lassen.

Die Tätigkeit von Verbänden, Gewerkschaften, Vereinen, Gesellschafts- und Berufsorganisationen wird suspendiert. Ausgenommen sind die Kirche und kirchliche Verbände.

Bei Postsendungen sowie im Fernschreib- und Fernsprechverkehr wird die Zensur eingeführt.

Die Besitzer von Rundfunk-Sende- und Empfangsgeräten werden verpflichtet, diese an genannten Orten zu deponieren.

Die Besitzer von Schuß-, Jagd- und Sportwaffen sowie Besitzer von Munition und Kriegsmaterial müssen diese abgeben.

Bestimmte Objekte und Gebiete dürfen weder photographiert noch gefilmt werden. Es dürfen in diesen Gebieten auch keine Fernseh-Aufnahmen gemacht werden.

Bestimmte Abzeichen und Uniformen werden verboten.

Die Arbeit bestimmter Einrichtungen der Post und des Fernmeldeverkehrs wird eingestellt oder beschränkt.

Die Beförderung von Personen und Gegenständen im Straßen-, Eisenbahn-, Luft- und Schiffsverkehr sowie der Verkehr von Fahrzeugen auf öffentlichen Straßen werden aufgehoben oder beschränkt.

Der grenz-überschreitende Personen- und Güterverkehr wird teilweise oder ganz unterbrochen.

Personen, die während der Zeit des Kriegsrechts die eingeführten Verbote verletzen, unterliegen einer verschärften Strafverantwortung in einem Sofort- oder beschleunigten Verfahren.

Personen über 17 Jahre, bei denen der Verdacht besteht, daß sie die Sicherheit des Staates gefährden könnten, können auf Grund einer Entscheidung des Regions-Kommandanten der Volksmiliz für die Zeit des Ausnahmezustands interniert werden.

Einheiten der Streitkräfte können neben den normalerweise dazu berufenen Organen zur Verteidigung von Personen, öffentlichen Gebäuden und Eigentum eingesetzt werden. Alle diese Kräfte sind berechtigt, Mittel des unmittelbaren Zwanges anzuwenden, um die Ruhe und die Ordnung wieder herzustellen.

Von langer Hand vorbereitet

Die Scharfmacher organisierten die Militärdiktatur

Die Errichtung einer polnischen Militärdiktatur ist weder ein Zufall noch eine irgendwie geartete „neutrale" Maßnahme zur Rettung vor dem Chaos: Sie ist die Antwort der polnischen herrschenden Klasse auf die erstarkte Arbeiterbewegung. Zu wessen Nutzen sie ist, das geht schon aus einer oberflächlichen Kenntnis des Inhalts der bekanntgegebenen Kriegsrechtsverordnung hervor.

Demonstrations- und Versammlungsverbot, Streikverbot, Isolierungslager, Vorbeugehaft, Beseitigung aller Kommunikationsmöglichkeiten, faktische Reisesperre und außerordentliche Gewaltvollmachten für die Armee. Das ist das klassische Erscheinungsbild eines faschistischen Militärputsches.

Und das war vorbereitet worden: durch die Entsendung von Armeeeinheiten überall ins Land, durch das systematische Aufrücken der Generale in Partei, Regierung und Wirtschaft. Durch den Überfall auf die streikenden Feuerwehrhochschüler. Durch die Steigerung der Hetze in den letzten Tagen.

Zur Rettung Polens vor Chaos und Anarchie durchgeführte Maßnahmen? Also wieder einmal in typisch bürgerlich-reaktionärer Begründung: Die Arbeiter mit ihren Streiks sind an allem Schuld.

Man muß in diesem Augenblick daran erinnern, daß diejenigen, die für die Entwicklung Polens verantwortlich sind, die Führung von Partei, Staat und Armee sind, die ihr Land innerhalb von fünfundzwanzig Jahren ausverkauft haben. Die lebensnotwendige Güter exportierten, um ihre großkotzigen Industrieprojekte, die von Moskau verlangt wurden, zu verwirklichen. Die das Land verschuldeten, um ihre auf Gewinn ausgerichteten Betriebe zu rationalisieren. Die vor zehn Jahren und vor fünf Jahren den Widerstand der arbeitenden Menschen gegen Preiserhöhungen zusammenschießen ließen.

Jene sind verantwortlich, die sich als Staats-, Partei- oder Wirtschaftsfunktionäre ihre Villen, ihre Privatbetriebe, ihre Puffs und schwarzen Westgeschäfte besorgten oder besorgen ließen, während die Arbeiter für ihre Zloty nichts bekamen. Die lebten wie „Gott in Frankreich", während die Arbeiter Not litten.

Und diese Leute, diese neuen Kapitalisten, diese Weltmeister der Korruption und der Gaunerei, die sich den gesellschaftlich produzierten Reichtum privat aneigneten und aneignen, eben die fühlen sich bedroht, wenn die Arbeiter Maßnahmen gegen die Korruption fordern, wenn sie fordern, daß Betriebsdirektoren gewählt werden sollen: Die Rettung der polnischen herrschenden Klasse vor der Arbeiterklasse, das ist der Sinn der Errichtung dieser Militärdiktatur der Revisionisten.

Die Forderungen der Arbeiter im Streiksommer 1980 waren ihnen in die Knochen gefahren, und Angst diktierte ihr Handeln. Und das hat immer mehr zugenommen, je mehr die Arbeiter diese revisionistische, arbeiterfeindliche Partei verlassen haben, je mehr diese Partei in den Betrieben nur noch die Direktoren und die leitenden Angestellten umfaßte. Hinter diesem Vorgehen stecken jene extremen Reaktionäre wie die Mitglieder des Forums von Katowice, dessen Parteigänger, der Warschauer Parteisekretär Kociolek, als Autor dieses Erlasses des Kriegsrechts gilt.

Und die katholische Kirchenführung, die schon im letzten Jahr vergeblich dazu aufrief, die Streiks einzustellen, sie hat jetzt erneut abermals Position bezogen und von den Arbeitern gefordert, sie sollten sich der Kriegserklärung der polnischen Reaktionäre beugen. Sie hat damit ein weiteres Mal klargemacht, daß es ihr lediglich darum geht, ihren Einfluß innerhalb des bestehenden Systems zu vergrößern, aber nicht um die Forderungen der Arbeiter.

Solidaritätsaktionen mit den polnischen Arbeitern

Noch am Wochenende wurden in verschiedenen Städten Aktionen zur Unterstützung des Kampfes der polnischen Arbeiterklasse gegen die Militärdiktatur Jaruzelskis organisiert. Mehrere Demonstrationen und zahlreiche Veranstaltungen fanden bis einschließlich Montagabend statt. Dabei wurde überall der Protest gegen die reaktionären polnischen Machthaber, die mit faschistischen Mittel regieren, bekundet und weitere Solidaritätsmaßnahmen vorbereitet.

Vor allem wurde dabei immer wieder die Forderung laut, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund Aktionen zur Solidarität mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung unternehmen solle. Und in der Tat tut dies not, nicht nur aufgrund früherer Erklärungen aus verschiedensten Gremien und Ebenen des DGB, sondern auch aufgrund der notwendigen internationalen Gewerkschaftssolidarität.

In Dortmund, wo noch am Sonntagabend eine spontane Demonstration mit über einhundert Teilnehmern stattfand, an der sich auch eine Reihe Genossen der KPD beteiligten, fand am Montagabend eine Veranstaltung statt, zu der mehr als 200 Menschen gekommen waren und auch zahlreiche polnische Teilnehmer einer vorher in Köln durchgeführten Demonstration.

Auch in mehreren anderen Städten der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Staaten fanden solche Aktionen statt.



Solidaritätsdemonstration in Wien

Infame Hetze gegen die KPD

„Spiegel" behauptet Zusammenarbeit mit Faschisten

Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Spiegel" war noch nie zimperlich, wenn es darum ging, mit dreisten Lügen den Kommunismus zu diffamieren. Was aber unter dem Titel „Reihen geschlossen" in die am Montag erschienene Ausgabe geschmiert worden ist, stellt selbst für dieses Blatt einen absoluten Tiefpunkt des reaktionären Lumpenjournalismus dar.

Von einer „seltsamen Koalition, neu in der bundesdeutschen Radikalenszene" wird da phantasiert, einer Koalition der berüchtigten faschistischen Bande „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" mit sogenannten linksextremistischen Organisationen. Und genannt werden als angebliche Koalitonäre namentlich die KPD und der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK).

Um solche infamen Behauptungen zu „belegen" und ihnen den Schein von Tatsachen zu geben, wird mit wahrhaft ungeheuerlichen Lügen gearbeitet. Beispiel: „Und in Rinteln schrieben Anhänger der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) ‚Juden raus' an das Bahnhofsportal." Dann wird ein Bild entwickelt von einer angeblich bundesweiten Verschwörung zwischen Kommunisten und den faschistischen Banden: „In mehreren Städten der Bundesrepublik, vorwiegend in Niedersachsen, aber beispielsweise auch in Bremen und Köln, verstehen sich die radikalen Grüppchen beider Seiten nicht nur, wenn es um Parolenschmieren geht. ‚Die Zusammenarbeit', sagt ein VSBD-Ortsgruppenführer aus Köln, ‚klappt auch sonst ganz gut'."

Und die „Spiegel"-Hetzer werden auch durchaus noch konkret, was dieses „auch sonst" betrifft. Da wird über ein Nazi-Treffen mit Kommunisten in einer Osnabrücker Kneipe fabuliert und dann die Behauptung hingestellt: „Besprochen werden dabei auch die ‚Beschaffung von Waffen' und die ‚Planung von Anschlägen'."

Es ist ja immer schon einer der übelsten bürgerlichen Propagandatricks gewesen, links und rechs gleichsam und gemeinsam in den Topf des „Extremismus" zu werfen. Was sich die „Spiegel"-Leute hier zusammengeschmiert haben, sprengt jedoch selbst noch den Rahmen der Diffamierungen, wie wir sie etwa von einem Stoiber kennen. Denn hier wird als Tatsache unterstellt, daß sich Kommunisten gemeinsam mit Nazi-Banditen zur Durchführung von terroristischen Anschlägen verabreden.

Ausgerechnet die konsequentesten antifaschistischen Kräfte, die gegen jede Form faschistischer Aktivität einen kompromißlosen Kampf führen, die gegen die staatliche Begünstigung der Nazi-Banden deren Verbot und die Bestrafung der Faschisten fordern, ausgerechnet sie werden hier zu Mordkomplizen der braunen Terroristen gemacht.

Die KPD prüft gegenwärtig, welche Schritte gegen diese infame „Spiegel"-Hetze eingeleitet werden können.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

„Kompromiß" im Vermittlungsausschuß

Neue Lasten für die Werktätigen

BONN. — Nach fast einwöchigem Tauziehen über weitere Sparmaßnahmen einigte sich der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat letzten Dienstag auf einen sogenannten Kompromiß, der in Wahrheit aber so aussieht, daß sich die Bundesratsmehrheit der CDU/CSU in nahezu allen strittigen Punkten ohne Widerstand der SPD-Vertreter durchsetzen konnte.

Wie schon im letzten „Roten Morgen" berichtet, hat sich der Vermittlungsausschuß auf eine drastische Kürzung bei der Sozialhilfe um insgesamt 700 Millionen Mark geeinigt. Im einzelnen wurde hier unter anderem beschlossen: Die Begrenzung einer Anhebung der Regelsätze für die Sozialhilfe auf drei Prozent (bislang wurde dafür die Inflationsrate zugrunde gelegt); Kürzung des Mehrbedarfs an Sozialhilfe für besondere Problemfälle wie alte Menschen, werdende Mütter, Erwerbsunfähige und Alleinstehende mit mehr als zwei Kindern von jetzt 30 auf künftig 20 Prozent; Kürzung der Eingliederungshilfe für Behinderte und Blindenhilfe.

Neben der gravierenden Änderung der Regelsätze, die sich angesichts der stark steigenden Teuerungsrate empfindlich bemerkbar machen wird, sind es also selbst unter den Sozialhilfeempfängern noch die besonders stark Benachteiligten, denen die Bonner Sparkommissare jetzt mit bodenloser Skrupellosigkeit in die Tasche greifen. Und die gleichen Herren, die dem jetzt laufendend Jahr der Behinderten so viele schöne Reden gewidmet haben, scheuen auch nicht davor zurück, gerade den ärmsten Teil der Behinderten noch weiter ins Elend zu stoßen.

Aber nicht nur die Sozialhilfeempfänger sind von den im Vermittlungsausschuß verabredeten Kürzungen betroffen. Den Beamtenanwärtern werden 10 Prozent ihrer Bezüge gestrichen. Auf Betreiben vor allem des Stuttgarter Ministerpräsidenten Späth wurden Zinserhöhungen auf Altbaudarlehen im sozialen Wohnungsbau beschlossen, die für davon betroffene Wohnungen die Quadratmeterpreise zwischen 40 und 50 Pfennig hochtreiben werden.

Insgesamt hat der Vermittlungsausschuß den Werktätigen noch einmal Lasten in Höhe von etwa einer Milliarde Mark aufgebürdet, mit den übrigen im Rahmen der Haushaltsplanung beschlossenen Belastungen summiert sich das inzwischen auf 16 Milliarden Mark. Daß die ganze sogenannte Operation 82 nichts anderes bedeutet als eine in der Geschichte der BRD bisher einmalige Umverteilungsaktion der Einkommen der Werktätigen zugunsten der Monopole wurde auch in der letzten Woche noch einmal deutlich.

Die von der Bundesregierung vorgesehene Streichung des Vorsteuerabzugs auf Betriebs-Wagen wurde im Vermittlungsausschuß wieder rückgängig gemacht — ein zusätzliches Geschenk für die Kapitalisten im Wert von 700 Millionen Mark (was übrigens in etwa gerade der Summe entspricht, die im nächsten Jahr den Sozialhilfeempfängern gestohlen wird). Und selbst die geplante Verschärfung des berüchtigten Steuerbegünstigungsparagraphen 6 b (auf dessen Grundlage beispielsweise dem Flick-Konzern ein Milliarden-Steuergeschenk gewährt worden war) fiel letzte Woche unter den Tisch.

Und da stellte sich der Finanzminister Matthöfer, Ex-IGM-Funktionär, hin und erklärte den „Kompromiß" des Vermittlungsausschusses zu einem vollen Erfolg, weil er die investitionsfördernden Elemente des Sparpakets gestärkt hätte. Wie könnte man die durch und durch antisoziale, arbeiterfeindliche Politik der SPD-Führer besser auf den Begriff bringen?

Hier wird auch deutlich, warum die Vorstöße der CDU im Vermittlungsausschuß nicht auf Widerstand stießen. Den Matthöfer und Co. geht es um alles andere als um eine Sicherung des sozialen Besitzstandes der Werktätigen. Ebenso wie ihre Kumpane von der Union sehen sie es als ihr Ziel an, durch brutalen Sozialabbau immer mehr Mittel für die Monopole lockerzumachen.

Die SPD-Fraktion stimmte denn auch am vergangenen Donnerstag im Bundestag sowohl für die Kürzungen beim Kindergeld wie auch für die Erhöhung der Steuern bei Tabak, Branntwein und Sekt. Die Unionsparteien stimmten in beiden Fällen dagegen — eine Aktion, mit der sie sich als Anwälte des „kleinen Mannes" profilieren wollten.

Mitte Januar soll der Haushalt im Bonner Parlament endgültig verabschiedet werden. Dann ist zwar eine Etappe des Raubzugs gegen den sozialen Besitzstand abgeschlossen. Der Raubzug selbst jedoch ist damit noch lange nicht beendet — wenn dem Bonner Kurs auf eine grundlegende sozialpolitische Wende für die achtziger Jahre nicht endlich massiver gewerkschaftlicher Widerstand entgegengesetzt wird.



NEIN
Stoppt die Bonner Rotstiftpolitik

Kreisdelegiertenversammlung des DGB/Bremen fordert:

Demonstration nach Stuttgarter Vorbild

Am 21. November verabschiedete die Kreisdelegiertenversammlung des DGB in Bremen einen Initiativantrag der Metaller, in dem der DGB-Kreisvorstand aufgefordert wird, in Bremen eine Demonstration gegen die Sparpolitik der Bundesregierung nach Stuttgarter Vorbild durchzuführen. Auf einer Vollversammlung aller Bremer IGM-Vertrauensleute am 24. November wurden der DGB-Kreisvorstand und die IGM-Ortsverwaltung nachdrücklich aufgefordert, größte Anstrengungen für eine breite Mobilisierung zu dieser Demonstration zu machen. Im folgenden nun der Wortlauft des Initiativantrages:

„70 000 Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg haben am 7. 11. 1981 in Stuttgart demonstriert, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sich mit der Sparpolitik der SPD/FDP-Koalition nicht abfinden.

Wir halten diesen ersten öffentlichen und massenhaften Protest für beispielhaft, auch für andere DGB-Bezirke. Durch die z. B. von der IGM-Bezirksleitung herausgegebenen Flugblätter wurde ein wichtiger Beitrag zur Aufklärung der Kollegen geleistet, die sonst den Verdrehungen der Politiker und Teilen der Presse ausgesetzt sind.

Wir sind der Meinung, daß es nicht ausreicht, wenn in nur einem Bezirk demonstriert wird. Der Angriff auf die Arbeiter und Angestellten erfordert die Gegenwehr aller Gewerkschafter.

Gerade bei uns im Norden gibt es viele Probleme: Hohe Arbeitslosigkeit, Werftkrise, Strukturprobleme, steigende Belastungen durch Abgaben und Gebühren sollten auch für uns Anlaß genug sein, auf die Starße zu gehen.

Wir fordern daher den DGB-Kreisvorstand auf, in Bremen die Kolleginnen und Kollegen zu einer Demonstration und Kundgebung zu mobilisieren, um der Sparpolitik auf dem Rücken der Arbeitnehmer Widerstand entgegenzusetzen."

Im öffentlichen Dienst stehen die Zeichen auf Sturm

Streikvorbereitung auch bei den Eisenbahnern

BONN/FRANKFURT. — Im öffentlichen Dienst spitzt sich die Lage weiter zu. Auch in der Eisenbahnergewerkschaft drängen die Kollegen von der Basis auf einen kompromißlosen Widerstand gegen das sogenannte Sonderopfer, das die Regierung den Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufzwingen will.

Unter den Eisenbahnern herrscht Empörung über die geplante einprozentige Lohnkürzung und über die anderen Belastungen wie z. B. den angekündigten Stellenabbau. Gesteigert wurde der Unmut noch durch den unverfrorenen Beschluß des Bundeskabinetts, den bereits zugesagten Ausgleich für besondere Belastungen im Nacht- und Schichtdienst in Form eines Zusatzurlaubs nun doch nicht zu gewähren. Ein bereits ausgearbeiteter entsprechender Verordnungsentwurf sollte ursprünglich rückwirkend zum 1. Januar 1981 in Kraft treten.

Inzwischen drängen in der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) immer mehr Kollegen darauf, daß der Hauptvorstand umgehend Kampfmaßnahmen einleitet und damit klarstellt, daß die Gewerkschaft kompromißlos gegen ein Sonderopfer, vor allem natürlich gegen die Lohnkürzung kämpfen wird.

Diese Stimmung an der Basis drückt sich auch in dem Auftrag aus, der am 7. Dezember von einer gemeinsamen Konferenz des Hauptvorstands und der Bezirksleiter der GdED an den geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft gerichtet wurde: **„unverzüglich alle vorbereitenden Arbeiten in Bezug auf eine Urabstimmung und auf Arbeitskampfmaßnahmen einzuleiten"**, falls die Verhandlungen mit dem Vorstand der Deutschen Bundesbahn scheitern sollten. Der DB-Vorstand wurde von der Konferenz aufgefordert, innerhalb kürzester Frist in Tarifverhandlungen klarzustellen, daß die angekündigten Einkommenskürzungen für die Arbeiter und Angestellten bei der Bundesbahn unterbleiben.

Inzwischen hat in den Medien eine gezielte Hetze gegen einen Streik im öffentlichen Dienst eingesetzt. Man versucht dadurch die Solidarität der Arbeiter und kleinen Angestellten in der Privatwirtschaft mit dem Widerstand der Arbeiter, kleinen Angestellten und kleinen Beamten im öffentlichen Dienst zu zerstören. Zugleich will man auf diese Weise die Kollegen im öffentlichen Dienst einschüchtern, um ihre Kampfentschlossenheit zu untergraben.

Beispielsweise hat der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel, der Präsident des Deutschen Städtetages ist, in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit" behauptet, ein Streik im öffentlichen Dienst sei ein „Streik gegen das Volk". Rommel drohte in dem Interview unverhohlen, daß Beamte, falls sie ihr Streikrecht beanspruchen sollten, fristlos gemaßregelt würden. Gefragt, ob er mit streikenden Beamten genauso verfahren würde, wie US-Präsident Reagan vor einiger Zeit mit den streikenden Fluglotsen, erklärte Rommel wörtlich: *„Das könnte genauso ablaufen. Und da heute für alle Bereiche genügend Bewerber für freiwerdende Stellen vorhanden sind, wäre es durchaus möglich, daß entsprechende Dienststrafverfahren durchgeführt werden."*

Das ist eine zynische und ungeheuerliche Provokation, die nicht nur gegen die Beamten sondern gegen die gesamte Gewerkschaftsbewegung gerichtet ist. Diesen Herren muß jetzt endlich einmal vor Augen geführt werden, daß die organisierte Arbeiterschaft sich gegen Willkür zu wehren weiß! Ein einheitlicher, geschlossener Streik im öffentlichen Dienst ist jetzt überällig, um die Lohnräuber und Sozialdemontierer in ihre Schranken zu weisen!

Trotz massiver Kritik an der Basis der IGM

Tarifkommissionen halten sich an 7,5 Prozent-Leitlinie

FRANKFURT. — Der IGM-Hauptvorstand machte sich zur Zielscheibe heftigen Unmuts und Kritik seitens der Basis, als er entgegen einem Beschluß des letzten Gewerkschaftstages erneut eine „Forderungsempfehlung" in die Welt setzte. Die Tarifkommissionen der IG Metall aber muckten nicht auf. Sie blieben im Rahmen von Loderers Lohnleitlinie von 7,5 Prozent.

Dabei ist wohl selten eine Lohnforderung der IGM-Führung auf so breite und massive Kritik von unten gestoßen, wie diese 7,5 Prozent-Empfehlung. Und auch nach dem Bekanntwerden dieser Empfehlung haben zahlreiche Vertrauenskörper der IG Metall sich in Resolutionen für erheblich höhere Forderungen ausgesprochen. So hat zum Beispiel die Vertrauensleute-Vollversammlung der Klöckner-Hütte in Bremen eine Entschließung verabschietet, die folgendermaßen lautet:

„Die Vollversammlung der Vertrauensleute der Klöckner-Hütte in Bremen stellt mit Unverständnis fest, daß der Vorstand der IG Metall mit einer Lohnleitlinie von 7,5 Prozent in die Öffentlichkeit getreten ist. Dies geschah unseres Wissens ohne ausreichende Diskussion innerhalb der gewählten Tarifkommission und Vertrauenskörper. Wir sind der Meinung, eine Lohnforderung von 7,5 Prozent ist in keiner Weise ausreichend, um die Reallöhne zu sichern.

Die Inflationsrate beträgt fast sieben Prozent. Die Sozial- und Steuerabgaben erhöhen sich. Die Arbeitsproduktivität steigt deutlich weiter. Unser Einkommen mindert sich zusätzlich durch die staatliche Rotstiftpolitik.

Deshalb sind wir der Meinung, daß eine Lohnforderung von 10 Prozent, mindestens 170 DM für 1972 voll gerechtfertigt ist."

Auch von anderen Vertrauenskörpern der IGM in der Stahlindustrie wurde 10 Prozent als Forderung aufgestellt, so von Hoesch-Phoenix in Dortmund und von der Schalker Eisenhütte in Gelsenkirchen. Die Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Mainz der IG Metall forderte eine Sockebetrag von 120 DM plus fünf Prozent für alle.

Die bisher bekannten Lohnforderungen, die von den regionalen Tarifkommissionen beschlossen wurden lauten:

- **Nordrhein-Westfalen: 7,5 Prozent, mindestens jedoch 120 DM mehr im Monat;**
- **Rheinland-Pfalz und Saarland: 7 Prozent, mindestens jedoch 120 DM;**
- **Die drei baden-württembergischen Bezirke: 3 Prozent plus 100 DM für jeden.**

Auch die Tarifkommission der IG Druck und Papier für



den Bereich Papier, Pappe und Kunststoff beugte sich vor dem Lohndiktat der IGM-Führung und beschloß eine Forderung von 7,5 Prozent.

Das Unternehmermagazin „Wirtschaftswoche" äußert sich mit unverhohlener Genugtuung über Loderers Forderungsdrükkerei. So beginnt ein Artikel über die Lohnforderungen in der WiWo vom 11. Dezember 81 mit folgenden Sätzen:

„Nicht einmal die Sicherung des Reallohnes wird am Ende der diesjährigen neuen Tarifrunde stehen. Die 7,5 Prozent-Forderung ist der Einstieg in den Lohnverzicht."

Letzten Endes aber liegt es immer noch in der Hand der kämpferischen Metaller, diesen Triumph der Herren Lohnräuber als verfrüht zu versalzen. Schließlich sind Loderer, Janßen und Konsorten nicht die IG Metall, sondern jene Millionen Kollegen, die bereits in der letzten Lohnrunde mit ihren Warnstreiks bewiesen haben, daß sie kämpfen können.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30**, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1**, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Bisher größte Vernichtungsaktion an Arbeitsplätzen

Hunderttausende sollen entlassen werden

35-Stunden-Woche wieder auf die Tagesordnung setzen!

Im November stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der Bundesrepublik und Westberlin auf rund 1,5 Millionen an. Seit 30 Jahren hat es hierzulande keine Massenarbeitslosigkeit dieses Umfangs mehr gegeben. Und eine Besserung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. Hemmungsloser denn je wüten die Arbeitsplatzkiller. Für diesen Winter noch erwartet man, daß die Zwei-Millionen-Schwelle erreicht wird. Längerfristig droht die Lage sich noch weiter zu verschärfen. Was das schweizerische Prognos-Institut bereits vor Jahren vorausgesagt hatte, was von den etablierten Politikern des Bonner Staates jedoch immer als Schwarzmalerei abgetan wurde —, jetzt gewinnt es sichtbaren Umriß: Das Anschwellen des Arbeitslosenheeres auf fünf Millionen.

Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zählte die Bundesanstalt für Arbeit im November 1981 einen Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen um sage und schreibe mehr als eine halbe Million, genauer gesagt, um 522 400. Das ist eine Steigerung um 54 Prozent!

Damit liegt die Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt nun bereits bei 6,4 Prozent. In verschiedenen Bundesländern wird jedoch eine erheblich höhere Quote verzeichnet. An der Spitze liegt dabei nach wie vor das Saarland mit nunmehr schon 8,7 Prozent. Dann folgen Niedersachsen/Bremen mit 8,1 Prozent, Nordrhein-Westfalen mit 7,4 Prozent und Schleswig-Holstein/Hamburg mit 7,3 Prozent. Auch Westberlin weist eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote von 7 Prozent auf.

Zu den am schlimmsten betroffenen Gebieten gehört das Ruhrgebiet, wo sich insbesondere der in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie begonnene Kahlschlag nunmehr deutlich in der Arbeitslosenstatistik niederschlägt: In Dortmund, Gelsenkirchen und Duisburg wurde schon seit geraumer Zeit die 9-Prozent-Grenze überschritten. Dabei liegt Dortmund mit 9,9 Prozent an der Spitze. Vermutlich ist bereits zu dem Zeitpunkt, da diese Zeilen niedergeschrieben werden, in Dortmund die 10-Prozent-Marke erreicht.

Diese Entwicklung, die für Hunderttausende Menschen der arbeitenden Bevölkerung bedrückendes soziales Elend bedeutet, zeigt das ganze Ausmaß der Verschärfung der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Sie ist aber zugleich auch — wie die bürgerliche Tageszeitung „Frankfurter Rundschau" richtig feststellte — Ergebnis der Tatsache, daß „derzeit die größte Vernichtungsaktion an Arbeitsplätzen in der Geschichte der Bundesrepublik läuft".

Zu dieser Vernichtungsaktion gehört nicht zuletzt das ungeheure Anwachsen der Zahl der Firmenzusammenbrüche bzw. Konkurse. Hier ist ein absoluter Nachkriegsrekord zu verzeichnen. Bereits in den ersten neun Monaten dieses Jahres machten 8 322 Firmen pleite. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ist dies eine Steigerung um 23 Prozent. Das IW (Institut der deutschen Wirtschaft) schätzt, daß die Zahl der Pleiten bis Ende des Jahres auf 11 500 angestiegen sein wird, was gegenüber dem Jahr 1980 eine Steigerung um 25 Prozent bedeutet.

Der Verlust an Arbeitsplätzen, der mit diesen 11 500 Pleiten verknüpft ist, wird auf rund 300 000 geschätzt. Auch im Jahr 1980 sind durch Pleiten rund 250 000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Aber damals hatten die betroffenen Beschäftigten noch eher eine Chance, einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen als heute!

Es muß dabei betont werden, daß diese Zusammenbrüche nicht etwa als ein blindes Unheil über die Gesellschaft hereinbrechen, sondern daß die Großbanken und Großkonzerne die Fäden ziehen. Die Flut von Konkursen ist Teil der großen „Vernichtungsaktion", die von den Abs, Flick, Siemens, Thyssen und Konsorten, den Herren der Hochfinanz, vorangetrieben und kontrolliert wird. Sie sind es, die auf jeden Fall dabei profitieren, die ihre Macht und ihren ungeheuren Reichtum dabei weiter ausbauen.

Erstmalig ist es der Handel, der die meisten Konkurse zu verzeichnen hat. Dies hängt natürlich mit den sinkenden Realeinkommen der Arbeiter zusammen. Am zweitstärksten ist die Bauindustrie betroffen. In der Bauindustrie wird für das Jahr 1981 mit einer Gesamtzahl von rund 1 400 Pleiten gerechnet. In den ersten Monaten dieses Jahres ist die Zahl der Konkurse in der Bauindustrie um fast 73 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres angestiegen!

In diesem Jahr beträgt die Zahl der vernichteten Arbeitsplätze im Bauhauptgewerbe rund 100 000. D. h. daß nahezu jeder zehnte Bauarbeiter seinen Arbeitsplatz verloren hat. Bis Ende nächsten Jahres wird mit einer weiteren Reduzierung der Beschäftigten auf dem Bau um noch einmal 100 000 gerechnet. Im Straßenbau rollt gegenwärtig eine besonders hemmungslose Entlassungwelle: alleine um die Jahreswende 1981/82 sollen von den dort 130 000 Beschäftigten rund 40 000 entlassen werden, das ist jeder Dritte!

Im Baugewerbe wirkt sich unter anderem auch die Bonner Rotstiftpolitik aus. Ein Viertel der gesamten Bauleistung in der Bundesrepublik geht von der öffentlichen Hand aus. Durch die Streichung öffentlicher Bauvorhaben im Rahmen der Rotstiftpolitik sind die Aufträge der öffentlichen Hand an die Bauunternehmer um 30 Prozent zurückgegangen.

Eine andere Ursache für die besonders heftige Krise in der Bauindustrie ist die Tatsache, daß infolge sinkender Massenkaufkraft kaum ein Arbeiter oder kleiner Angestellter sich heute noch ein Häuschen bauen kann.

Trotz der Krise machen jedoch die großen Baulöwen riesenhafte Gewinne. So konnte etwa die Hochtief AG im vergangenen Geschäftsjahr einen „Traumabschluß" (so die Zeitung „Rheinische Post") vorweisen: der ausgewiesene Jahresüberschuß der Hochtief belief sich auf 121,6 Millionen Mark. Es wurde eine Dividende von 9 DM plus Bonus von 2 DM auf die 50-DM-Aktie bezahlt. Das sind 22 Prozent! Dazu legte „Vater Staat" dem Aktionär dann noch eine saftige Steuergutschrift.

Die Banken erwarten auch für das laufende Geschäftsjahr bei den großen Baukonzernen wieder Supergewinne. So wird bei Hochtief mit einem Gewinn von 85 Mark pro 50-DM-Aktie gerechnet. Ein Grund dafür, daß die sinkende Binnennachfrage die Bauriesen wenig erschüttern kann: mit massiven finanziellen Hilfestellungen durch die Bundesregierungen sichern sie sich Märkte im Ausland.

70 000 Bauarbeiter sind jetzt schon arbeitslos. In den kommenden Monaten wird sich diese Zahl verdoppeln. Hunderte kleinerer Bauunternehmen werden Pleite machen. Gleichzeitig verschärft sich der Mangel an Wohnraum, können immer mehr Werktätige keine vernünftige Wohnung mehr zu Mieten finden, die sie sich leisten können. Das ist der Kapitalismus, wie er leibt und lebt!

Auch in anderen Branchen, so z. B. in der Stahlindustrie, der Textilindustrie und im Schiffbau werden ungeheure Vernichtungsaktionen vorangetrieben, die Hunderttausende von Arbeitsplätzen kosten werden. Allein in der Textil- und Bekleidungsindustrie wird befürchtet, daß von den dort noch bestehenden 500 000 Arbeitsplätzen in den kommenden Jahren 200 000 vernichtet werden. Keine Branche, kein Industriezweig und kein Bereich, der vom Rationalisierungsterror der Kapitalisten verschont bliebe!

Selbst ein Großkonzern wie Siemens, der trotz der Krise eine glänzende Geschäftslage aufweist, betreibt eine Arbeitsplatzvernichtung ungeheuren Umfangs. So will Siemens im Laufe des nächsten Jahres weltweit seinen Beschäftigtenstand um 7 Prozent abbauen. Das bedeutet eine Verringerung um 23 000 Beschäftigte!

Nicht zu vergessen unter den Arbeitsplatzkillern ist „Vater Staat". Die Rotstiftpolitik der Bundesregierung kostet allein im nächsten Jahr im öffentlichen Dienst rund 50 000 Arbeitsplätze. Hinzu kommt, daß in bestimmten Industriezweigen durch den Rückgang öffentlicher Aufträge eine Verschärfung bedingt wird, wie z. B. in der Bauindustrie.

In den kommenden Jahren werden die Kapitalisten das vom Prognos-Institut vorausgesagte Anwachsen des Arbeitslosenheeres auf fünf Millionen zweifellos Wirklichkeit werden lassen, falls den Arbeitsplatzkillern nicht endlich durch eine klassenkämpferische Politik unserer Gewerkschaften Zügel angelegt werden.

Man muß sich einmal vergegenwärtigen, daß allein durch die Einführung der neuen Technologie (elektronische Textverarbeitung usw.) in den nächsten Jahren ein Verlust von zwei Millionen Arbeitsplätzen im Angestelltenbereich erwartet wird. Aber auch im Produktionsbereich wird die neue Computertechnik eine zusätzliche Rationalisierungswelle auslösen. So plant zum Beispiel Opel bis Ende 1984 die Anschaffung von 600 bis 700 Industrierobotern, durch die Tausende von Arbeitern „freigesetzt" werden sollen.

Diese drohenden Perspektiven verdeutlichen äußerst eindringlich, wie dringend notwendig es geworden ist, endlich den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wieder auf die Tagesordnung zu setzen.



Hunderttausende verlieren allein um die Jahreswende 1981/82 in der Bundesrepublik und in Westberlin ihren Arbeitsplatz. Das Foto wurde im Arbeitsamt Köln aufgenommen und zeigt arbeitslose Kolleginnen und Kollegen, die auf ihr Arbeitslosengeld warten.

Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!

Immer wieder machten von Massenentlassungen und Stillegungen bedrohte und betroffene Belegschaften die bittere Erfahrung, daß sie bei der Abwehr dieser Angriffe von ihrer Gewerkschaft im Stich gelassen wurden. Mehr noch. Wo es trotzdem zu Kampfmaßnahmen für die Verteidigung der Arbeitsplätze kam, wiegelten örtliche Gewerkschaftssekretäre und meist auch die Betriebsratsspitzen ab, taten sie alles, um zu spalten und den Kampf abzuwürgen.

Dies ist keineswegs eine böswillige Unterstellung. Zuviele traurige Beispiele bezeugen es. Hoesch in Dortmund, Triumph-Adler in Frankfurt, Enka in Kassel, VDM in Frankfurt sind nur einige der bekanntesten Fälle aus jüngster Zeit. Weitere Namen ließen sich in großer Zahl anfügen.

Immer wieder zeigt es sich, daß die DGB-Führer zwar genug allgemeine Sprüche gegen Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzvernichtung auf Lager haben, daß sie jedoch, wo es konkret wird, wo Belegschaften vor die Notwendigkeit gestellt sind, Arbeitsplätze zu verteidigen, nur noch von Sozialplänen und der sogenannten „Vermeidung sozialer Härten" schwätzen (als ob Arbeitslosigkeit keine soziale Härte wäre).

Ähnlich sieht es auch bei den anderen gewerkschaftlichen Kampfaufgaben zur Eindämmung der Arbeitsplatzvernichtung aus. Dringend notwendig zur Verhinderung millionenfacher Arbeitsplatzvernichtung durch die Einführung neuer Technologien (Computertechnik) und der durch die Wirtschaftskrise bedingten Entlassungsfeldzüge ist die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Es kann jedoch keine Rede davon sein, daß die DGB-Bonzen ehrlichen Herzens und konsequent für dieses Ziel eintreten würden. Sie haben auch an dieser Front alles getan, um entsprechende Bewegungen abzuwiegeln und Kämpfe zu sabotieren.

Der Stahlarbeiterstreik im Winter 1978/79 war die erste große Schlacht der deutschen Arbeiterklasse für dieses Ziel. Sie ging eindeutig nicht infolge mangelnder Kampfbereitschaft verloren, sondern infolge des niederträchtigen Verrrats der DGB-Führer.

Im Frühjahr 1979 ließen alle Gewerkschaftsführungen die 40-Stunden-Woche bis Ende 1983 tarifvertraglich festschreiben. Heute müssen Hunderttausende von Kollegen mit dem Schicksal der Arbeitslosigkeit dafür bitter bezahlen.

Inzwischen haben wir bald zwei Millionen Arbeitslose. Aber es gibt auch heute nicht den geringsten Versuch der DGB-Führung, endlich eine gewerkschaftliche Strategie zur Verteidigung der weiteren Millionen von Arbeitsplätzen zu entwickeln, deren Vernichtung bereits abzusehen ist. Stattdessen trifft sich die DGB-Spitze laufend zu sogenannten Krisengesprächen mit den Arbeitsplatzkillern und Rotstiftpolitikern, berät H.O. Vetter mit CDU-Chef Kohl, wie der sogenannte „soziale Friede" zu retten sei.

Für die DGB-Bonzen sind die Rationalisierungsfeldzüge, Sanierungsmaßnahmen, Stillegungen und Massenentlassungen, die in den Chefetagen der Konzerne ausgebrütet werden, „notwendige" Maßnahmen, auch wenn sie das nicht offen zugeben. Diese Bonzen erkennen die sogenannten „wirtschaftlichen Sachzwänge" an. Sie sind bereit, um der sogenannten Rentabilität, d.h. um des kapitalistischen Profits willen, die „Ausdünnung" der Belegschaften, das „Ballastabwerfen" zu unterstützen, auch wenn dabei immer mehr Arbeiterfamilien vor die Scherben ihrer Existenz gestellt werden.

In Wahrheit verbirgt sich hinter den wirtschaftlichen Sachzwängen das System der kapitalistischen Ausbeutung, die egoistischen Gewinninteressen der Unternehmer, die Jagd der Hochfinanz nach dem Maximalprofit. Deshalb führt die Anerkennung dieser „Sachzwänge" keineswegs, wie die DGB-Bonzen behaupten, dazu, „daß das Schlimmste verhindert wird". Diese Sachzwänge haben uns vielmehr zwei Millionen Arbeitslose beschert und wenn unsere Gewerkschaften nicht endlich zur kompromißlosen Verteidigung unserer Arbeitsplätze übergehen, werden es in einigen Jahren fünf Millionen sein!

Die Sozialpartnerschaftspolitik der DGB-Bonzen verhindert jeden ernsthaften gewerkschaftlichen Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung. Sie hat uns in die Sackgasse geführt. Sie muß jetzt endlich auf den Misthaufen der Geschichte geworfen werden!

Nur wenn wir in unseren Gewerkschaften eine radikale Wende herbeiführen, die Wende zu einer klassenkämpferischen Strategie zur Politik der kompromißlosen Verfechtung der Arbeiterinteressen, nur dann werden sie uns die Kampforganisation sein, die wir so dringend brauchen: Zur Abwehr weiterer Stillegungen und Massenentlassungen, zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, zum Aufbau einer mächtigen Kampffront gegen die Vernichtung von Millionen Arbeitsplätzen in den kommenden Jahren.

„Krisengespräche" der DGB-Führung

Vetter und Kohl gemeinsam für den „sozialen Frieden"

DÜSSELDORF/BONN. — Sie nehmen kein Ende, die sogenannten Krisengespräche, die DGB-Chef Vetter zur Zeit mit den Spitzen von Staat und Wirtschaft führt. Während ein beispielloser Angriff gegen den sozialen Besitzstand der Arbeiterschaft rollt, während jeden Tag Arbeitsplätze vernichtet werden, während man zum Lohnabbau bläst, entdeckt die DGB-Führung mit denen, die für diese Angriffe verantwortlich sind, ständig „Gemeinsamkeiten".

Mit der Bundesregierung und den Spitzen der Bundestagsparteien hat man bereits konferiert. Ebenso mit der Deutschen Bundesbank und mit dem Unternehmerpräsidenten Otto Esser. Jetzt bemüht sich H.O. Vetter um weitere Krisengespräche, und zwar mit den Vertretern des Deutschen Städtetages und mit „den politisch wichtigen Vertretern des Bundestages".

Man muß diese lächerlich anmutende Betriebsamkeit der DGB-Spitze im Zusammenhang damit sehen, daß DGB-Chef Vetter einen „Krisenpakt" bzw. „Sozialpakt" mit den Unternehmern und der Regierung schließen will, wie er vor einigen Wochen selbst öffentlich bekanntgab.

Was das Wesen eines solchen „Sozialpakts" ist, deutete Vetter an, als er den Rotstiftpolitikern und den Lohnverzichtsstrategen öffentlich das Angebot machte, im Rahmen einer „großen gemeinsamen Anstrengung" sei der DGB bereit, auch über Punkte mit sich reden zu lassen, „die uns weh tun könnten".

Über das Gespräch mit dem Unternehmerpräsident Esser meldete die Presse, Vetter und Esser hätten festgestellt, beide Seiten hätten dieselben Ziele, nur bei der Frage, welcher Weg dahin führe, gebe es Differenzen.



DGB-Chef Vetter und CDU-Chef Kohl begrüßen sich zum „Krisengespräch" in Bonn.

Ähnliches wurde auch von dem Zusammentreffen mit der CDU-Spitze vermeldet. In „Welt der Arbeit" heißt es zum Beispiel:

„Die großen politischen Probleme könnten nur gelöst werden, ,wenn Unionsparteien und DGB vernünftig zusammenarbeiten'. Einig waren sich die Gesprächspartner auch in der Auffassung, daß eine Gesellschaft mit Millionenarbeitslosigkeit nicht auf Dauer den sozialen Frieden sichern könne."

Wenn Vetter der Meinung ist, er habe mit den Unternehmern und der CDU-Führung gleiche Ziele, so wollen wir ihm die Berechtigung dieser Aussage nicht absprechen. Vielleicht sollte er sich dann aber lieber einen anderen Job suchen. Gewerkschaften gibt es schließlich gerade aus dem Grund, weil die Ziele der Unternehmer und ihrer Politiker durch und durch arbeiterfeindlich sind.

Drucker wegen „Arbeitsverweigerung" fristlos entlassen

Er weigerte sich, Nazi-Propaganda zu drucken

ELLERBEK. — Der 28jährige Drucker Dieter Schlichting ist von der Firma Nordoffset in Ellerbek fristlos entlassen worden. Der Grund: er hatte sich geweigert, faschistische Propaganda zu drucken.

Zunächst ging es um Prospekte des neonazistischen Verlages für Geschichtliche Dokumentation. Mit den Prospekten wird für Bücher geworben, in denen die Naziführer Göring, Hess und Goebbels und andere Nazis verherrlicht werden. Dieter Schlichting weigerte sich, diese Arbeit auszuführen.

Bereits einen Tag später, am 3. November, sollte der Kollege einen Werbebrief drucken, bei dem es um die Verherrlichung der „Asse der Luftwaffe" Hitler-Deutschlands ging. Der Drucker weigerte sich erneut. Nun wurde er fristlos entlassen, obwohl der Betriebsrat der Kündigung widersprochen hatte.

Am 17. Dezember findet die erste Arbeitsgerichtsverhandlung statt. Der Kollege Schlichting erhält Rechtsschutz von der IG Druck und Papier.

Der Kampf im Duden-Verlag geht weiter

Solidaritätsstreik stärkte Duden-Belegschaft den Rücken

MANNHEIM. — Der Streik von ca. 120 Belegschaftsmitgliedern im Bibliographischen Institut (Duden-Verlag) in Mannheim dauert nun bereits seit fünf Wochen an. Die Kollegen, die von der Gewerkschaft HBV unterstützt werden, fordern bessere Bezahlung, so wie sie in der Branche üblich ist, und deren Absicherung in einem Haustarifvertrag.

Die Beschäftigten im renommierten Duden-Verlag bilden in bezug auf ihre Bezahlung das Schlußlicht im baden-württembergischen Verlagswesen. Das ist umso weniger einzusehen, als der Verlag als wahre Goldgrube gilt. Die Gewerkschaft HBV wies in einer Presseerklärung darauf hin, daß die Vorstandsbezüge pro Kopf bei 200000 Mark jährlich liegen, während man qualifizierte Beschäftigte mit einem Hungerlohn abspeist.

Um die Gehaltsforderungen der Gewerkschaft zu umgehen, wechselten die Verlagsherren den Unternehmerverband. Deshalb fordern die Belegschaft und die HBV jetzt den Abschluß eines Haustarifvertrages.

Bei Verhandlungen zwischen der HBV und der Verlagsleitung kam bis jetzt außer einer unverschämten Provokation der Unternehmerseite nichts heraus: Der Verhandlungsführer der Geschäftsleitung erklärte: „Ich lasse das Bibliographische Institut eher in Grund und Boden streiken, bevor ich einen Haustarif unterschreibe."

Auf einer Streikversammlung am 3. Dezember beschlossen die Kollegen, den Kampf unbeirrt weiterzuführen. Die HBV-Verhandlungskommission wurde beauftragt, die Provokationen der Verlagsherren zurückzuweisen. Bestärkt wurde die Belegschaft in ihrer Kampfentschlossenheit durch handfeste Solidaritätsaktionen, zu denen es am 1. Dezember gekommen war: Sämtliche Offsetdrucker der Druckerei Klambt in Speyer traten in einen Solidaritätsstreik. Bei Klambt werden die Verlagserzeugnisse des Duden-Verlags gedruckt. Ebenso traten auch die in der IG Druck und Papier organisierten Schriftsetzer im Duden-Verlag selbst in einen eintägigen Solidaritätsstreik.

DKP vertuscht den Verrat der Bonzen

Woran scheiterte der Kampf gegen die Stillegung von VDM?

DÜSSELDORF. — Sie nennt sich „Unsere Zeit" (UZ) und ist das Sprachrohr der DKP. Wer von ihr erwartet, über die Kämpfe in den Betrieben wahrheitsgemäß informiert zu werden, wird spätestens dann ein böses Erwachen erleben, wenn er einmal Gelegenheit hat, die Berichterstattung der UZ mit der Realität unmittelbar zu vergleichen. Beispiel: der Kampf für den Erhalt von VDM in Frankfurt-Heddernheim.

In der UZ vom 10. Dezember '81 findet sich auf Seite 5 ein Beitrag, der den Verkauf zweier VDM-Werke (der Werke Nürnberg und Scheßlitz) mit zusammen 1400 Arbeitsplätzen an einen französischen Konzern aufgreift. Es wird richtig festgestellt, daß diese Arbeitsplätze damit durch Vernichtung bedroht sind und daß die Bosse des VDM-Mutterkonzerns Metallgesellschaft (MG) zu diesem neuen Schlag durch das Scheitern des Kampfes bei VDM-Heidernheim ermutigt wurden.

Warum aber scheiterten die Kollegen in Heddernheim?

Was der mit Fritz Seibert gezeichnete Beitrag in der UZ zu dieser Frage ausführt, ist gelinde gesagt, ein starkes Stück!

Schon die Überschrift des besagten Artikels muß auf jeden, der die achttägige Betriebsbesetzung in Heddernheim sowie ihre Begleiterscheinungen verfolgen konnte, höchst befremdlich wirken. Lautet doch die Hinweiszeile: „VDM mahnt: Mehr Solidarität üben". Soll das etwa heißen, daß mangelnde Solidarität die Ursache für die Niederlage der Heddernheimer VDM-Kollegen war und nicht — wie jeder Kundige weiß — die Tatsache, daß die Streikenden von ihrer Gewerkschaft aufgrund des Verhaltens der IGM-Führung und der Frankfurter Verwaltungsstelle der IGM im Stich gelassen, ja, daß von den IGM-Bonzen zielbewußt abgewiegelt und, daß die Streikfront am Ende in niederträchtigster Weise gespalten wurde?!

Wir haben über den Kampf der VDM-Belegschaft, über die großartige, acht Tage dauernde Besetzung des Betriebes und über das bittere Ende im „Roten Morgen" ausführlich berichtet (siehe RM 45 und 46/81). Wer diese Berichte gelesen hat, wird sich daran erinnern, daß die Funktionäre der Frankfurter Ortsverwaltung der IGM während der Besetzung zwar mit den VDM-Bossen ständig verhandelt haben, jedoch mitnichten mit dem Ziel, die angekündigte Stillegung des Werkes zu verhindern, das Werk zu erhalten, so wie es von der Belegschaft und in zahlreichen Solidaritätsadressen aus vielen Betrieben und von verschiedenen gewerkschaftlichen Basis-Gremien gefordert wurde. Stattdessen verhandelte man lediglich über einen besseren Sozialplan!

Schon dies war eine wohlbedachte Sabotage am Kampf für die Verteidigung der bedrohten Arbeitsplätze. Was die Bonzen jedoch dann am achten Tag des Streiks der Belegschaft als Verhandlungsergebnis aufdrängten, war ein schmutziges, niederträchtiges Spaltungsmanöver: Dadurch, daß lediglich für die älteren Kollegen erhebliche Verbesserungen im Sozialplan herauskamen, hoffte man, und dies leider mit Erfolg, die Belegschaft in einen kampfentschlosseneren, klassenbewußteren und einen eher zaghaften, weniger fortschrittlichen Teil aufzuspalten. Diese Entzweiung nutzten die Bonzen dann eiskalt aus, um den Kampf abzuwürgen.

Von all diesen verräterischen Machenschaften erfährt man aus der UZ kein einziges Wort. Stattdessen lesen wir in dem besagten Beitrag folgendes:

„Am Ende ihres Kampfes, der lediglich einen verbesserten Sozialplan brachte, hatte die VDM-Belegschaft in Heddernheim eine gewisse Enttäuschung über mangelnde Solidarität zum Ausdruck gebracht. Es wurde die Meinung vertreten, daß durch solidarische Aktionen in anderen Betrieben mehr zu erreichen gewesen wäre; daß die Hinnahme der Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht irgendwo anders Arbeitsplätze erhält, sondern weitere Arbeitsplätze mit Sicherheit gefährdet. Gegenwärtig steht die Belegschaft von Enka-Kassel im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Die Entwicklung bei VDM sollte als eindringliche Mahnung begriffen werden, bei Enka dieses ,Mehr' an Solidarität zu üben. Resolutionen, Geldspenden, Protestunterschriften sind gut, aber sie reichen nicht."

Um die ganze Unverfrorenheit dieser Verdrehung der Tatsachen durch die UZ ermessen zu können, muß man folgendes wissen: Aus dem Raum Frankfurt schlug der VDM-Belegschaft eine begeisternde Welle der Solidarität entgegen, und zwar sowohl aus vielen Betrieben und von der Basis der Gewerkschaften, als auch aus anderen Teilen der Bevölkerung.

Auch die UZ weiß das. So hatten die streikenden Arbeiter am Haupteingang des besetzten Werkes große Holzfaserplatten aufgestellt, auf denen jedermann die zahlreichen eingegangenen Solidaritätsadressen lesen konnte. An Spenden kamen immerhin rund 25000 Mark zusammen. Desweiteren waren in dem ebenfalls von Stillegung bedrohten Frankfurter Adler-Werk oppositionelle Gewerkschafter bereits dabei, die Voraussetzungen für einen befristeten Solidaritätsstreik zu schaffen, wobei sie vor allem mit dem Widerstand der mit der IGM-Ortsverwaltung im Bunde stehenden Betriebsratsspitze zu kämpfen hatten.

Zu all diesen Akten aktiver Solidarität haben die IGM und der DGB als Organisation nicht das geringste beigetragen. Im Gegenteil! Sie haben nicht einmal ein Flugblatt erstellt, um die Arbeiterschaft in den Frankfurter Betrieben über den Kampf bei VDM zu informieren.

Im übrigen bestand in den überregionalen Massenmedien (Fernsehen, Rundfunk und Tagespresse) offensichtlich eine Nachrichtensperre. Dieser für bundesdeutsche Verhältnisse nun wahrlich spektakuläre und außergewöhnliche Arbeitskampf wurde regelrecht totgeschwiegen! Und die Gewerkschaftsbonzen taten nicht das geringste, um dieses Schweigen zu durchbrechen. Deshalb erfuhren die meisten Arbeiter und Gewerkschafter außerhalb Frankfurts von dem Kampf bei VDM, wenn überhaupt, dann erst, nachdem er von den IGM-Bonzen glücklich abgewürgt worden war.

Nebenbei: Auch in der Tageszeitung UZ war über diese achttägige Betriebsbesetzung, solange sie noch andauerte, außer einigen äußerst mageren und informationsarmen Meldungen nichts zu lesen. Dies bei einem Kampf, der ohne Zweifel für die gesamte Arbeiterbewegung unseres Landes von exemplarischer Bedeutung war und es erst recht hätte werden können, wäre er nicht hinterrücks sabotiert worden.



Unser Foto wurde während der achttägigen Betriebsbesetzung vor dem Haupttor von VDM in Frankfurt/Heddernheim aufgenommen. Auf dem Rednerpult verliest gerade der Genosse Marian Riebe, Betriebsratsvorsitzender in einer Fachklinik, eine Grußadresse der Frankfurter Ortsgruppe der KPD.

Info der Kommunistischen Studenten

Bundesweite Studentenaktionen!

Die Aktionswoche, zu der der VDS in der letzten Woche die Studenten in der Bundesrepublik aufgerufen hatte, war eine erfolgreiche Aktion gegen die Rotstiftpolitik der Bundesregierung. Erfolgreich durch ihre große Beteiligung und auch durch das Echo, das sie in der Öffentlichkeit — trotz einer intensiven Hetzkampagne der Reaktion — fand. Die Kommunistischen Studenten, der Studentenverband der KPD, unterstützten diese Kampagne nach allen Kräften. Dabei wurde ein Flugblatt verteilt, in dem unter anderem auch auf die Lage, die zum Streik geführt hat, und dessen Bedingungen eingegangen wurde. Darin heißt es:

Eine gute Bilanz — bis Montag hatten 72 Hochschulen uniweite Streiks beschlossen, insgesamt 152 Hochschulen beteiligen sich in den verschiedensten Formen an den bundesweiten Protesten und Streiks vom 7.-12.12. Doch noch ehe der Montag kam, begannen die Medien Stimmen gegen die studentischen Aktionen zu senden. So unter anderem die „Warnung“ Turners (Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz), man könne nicht die berechtigte Kritik an den Sparbeschlüssen mit dem „freiwilligen Brachliegen“ des „vorhandenen Kapitals (gemeint sind Vorlesungen und Seminare)“ beantworten.

Worin besteht aber dieses sogenannte „vorhandene Kapital“?

• In überfüllten Seminaren mit bis zu 100 und mehr Teilnehmern, (für Nichtstudenten: muß man sich so vorstellen, als wenn eine Schulklasse mit 100 Schülern existierte);

• in Bafög-Kürzungen um durchschnittlich 100,— DM für etwa 300 000 Studenten;

• in katastrophaler Wohnsituation — ohne Aussicht auf Änderung, denn der Bund zieht sich aus der Studentenwohnheimfinanzierung völlig zurück;

• in radikalen Stellenstreichungen für Dozenten, die die Hochschule noch mehr zum Bersten überfüllen werden.

Und was dieses angebliche „freiwillige“ Brachliegen anbelangt, so verkehrt auch dies völlig die Tatsachen:

Denn nicht wir Studenten, sondern die Bundesregierung läßt mit dem Haushaltsgesetz die Bildung — ob an den Hochschulen oder auch im gesamten Schulsystem — brach rechts liegen. Wir protestieren nicht zum Selbstzweck, sondern weil die Belange der Studenten wie die der kleinen Leute ignoriert werden. Als wir mit 40 000 Studenten in Bonn im Sommer auf die Straße gingen, weil die Bafög-Kürzungen sich gerade gegen die Chancen derjenigen richteten, deren Eltern keine Millionen besitzen, änderte sich nichts. Im Gegenteil, nicht nur der Haushalt 1982 sondern auch die offenen Diskussionsbeiträge, z.B. eines Herrn Genschers planen schon das völlige Wegstreichen des staatlichen Stipendiums.

Und während mit den Steuern unserer Eltern den Konzernen Millionen Steuergeschenke finanziert werden, den Unternehmen Subventionen für weitere Rationalisierungen bereitgestellt werden, der Rüstungsetat weiter zum aufblühen gebracht wird, greift der Staat denjenigen in die Tasche, die eh nichts besitzen: Erhöhung der Arbeitslosenversicherung, Kürzungen des Kindergeldes, Bafög-Streichungen...

Daß uns ein Herr Turner nun das „sachliche Gespräch“ statt Streiks und Protesten empfiehlt, ist andererseits auch nicht verwunderlich. Denn von seinen Gesprächspartnern in Regierungs- und Finanzkrisen trennt ihn nichts Unüberwindliches. Ihm und mit ihm den meisten Professoren ist ihr Job auf Lebenszeit mit dickem Gehalt sicher. Ihnen geht es nur noch darum, daß sie für ihre Forschungen genügend Geld bekommen. Und angesichts des Forschungsetats, (der mit 7,6 Prozent **real** steigt), läßt sich das sachliche Gespräch gut führen:

• 236 Millionen DM werden für die gezielte Förderung von Produktionsentwicklungen im Bereich der Mikroelektronik bereitgestellt (sprich Computertechnik, mit der Tausende von Arbeitsplätzen wegtechnisiert werden)

• 28 Prozent dieses Etats fließen in die Nachrichtentechnikforschung

• etwa 40 Prozent des Forschungsetats gehen in die Kernenergierforschung, durch die, staatlich gefördert, sich die Elektroindustrie satte Profite einstreicht (mit dem Ergebnis wachsender Gefahren für unser aller Gesundheit)

• etwa 20 Prozent werden indirekt der Rüstungsforschung über die Weltraumforschung zugeschustert.

Und daß Herr von Bülow (Forschungsminister) gleichzeitig in einem Fernsehinterview ganz offen erklärt, „man müsse sich daran gewöhnen, daß in den nächsten Jahren nur noch diejenigen studieren könnten, deren Eltern das Studium auch finanzieren könnten“ juckt Herrn Turner selbstverständlich nicht, denn mit seinem Gehalt kann der und seinesgleichen das Studium seiner Kinder gut finanzieren...

Die gegen unsere Aktion vorgebrachten Reden, wir sollten den „sachlichen Dialog“ führen, zielen darauf, Studenten zu verunsichern und uns Studenten in der Öffentlichkeit als laut schreiende Nichtstuer zu verunglimpfen.

Auch wenn Chancengleichheit in der BRD nie existierte, so führen die Haushaltspläne zum Todesstoß der minimalsten Möglichkeiten für Nicht-Besitzende, überhaupt studieren zu können. Und mehr noch, die immer engere Bindung von Bildungs- und Forschungsgeldern an die direkten Interessen des Kapitals führen dazu, daß der Hochschulbetrieb auch inhaltlich rein „rentabel“ organisiert wird. Und am rentabelsten ist es natürlich im Kapitalismus, wenn Studenten sich in sechs bis acht Semestern maximale Fakten und Methoden in den Kopf knallen, ohne die Frage zu stellen, wem das, was wir lernen nützt und wem es schadet.

Unsere Aktionen sind deshalb völlig berechtigt. Denn es geht darum, ob wir tatenlos zusehen, wie die Hochschulen immer mehr dem Kapital zum Opfer gebracht werden, ob wir tatenlos mit ansehen, wie wir Studenten im Verein mit Arbeitern und Angestellten die Krise bezahlen, oder ob wir uns dagegenstellen.

Zeitung der Kommunistischen Studenten neu erschienen!

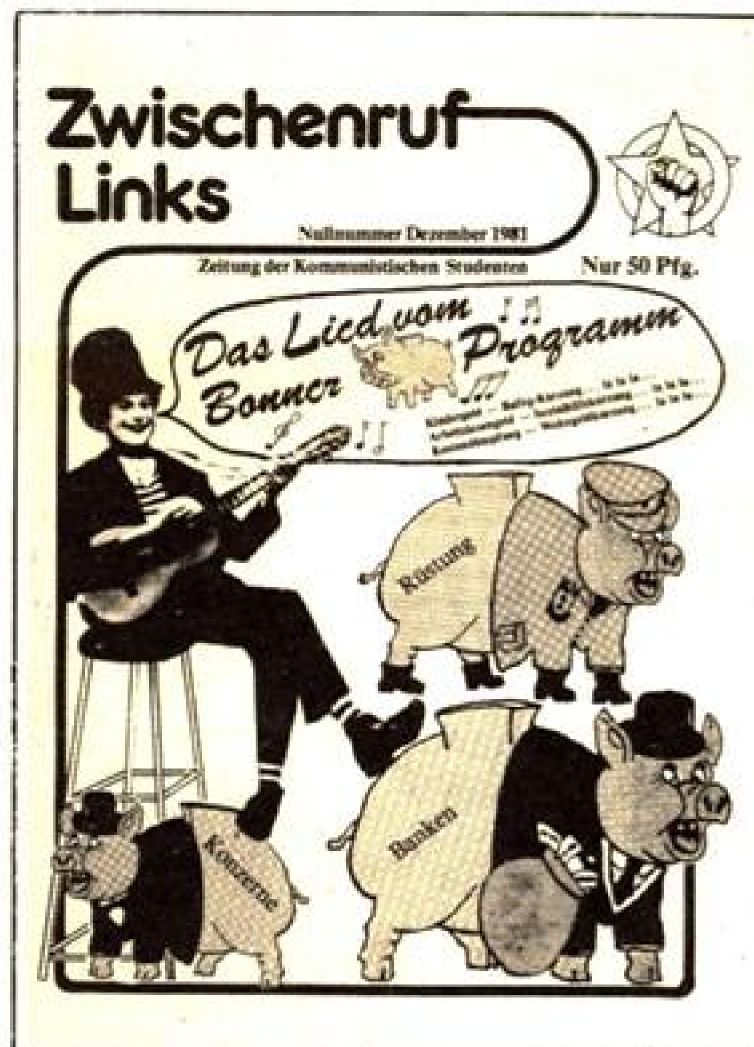
Im Dezember, rechtzeitig zur bundesweiten Kampagne der Studenten gegen die Rotstiftpolitik der Bundesregierung, erschien die erste Nummer der Zeitung der Kommunistischen Studenten „Zwischenruf links“. Im Vorwort der Redaktion zur ersten Nummer heißt es unter anderem:

Um das gleich zu sagen, wir sind bewußt nicht un- oder überparteiisch, und neutral sind wir auch nicht (Neutralisten schon eher, denn wir sind absolut für eine neutrale Bundesrepublik — am meisten sogar für ein atomneutrales Europa.) Wir sind sogar extrem parteilich, für die Friedensbewegung, gegen USA- und SU-Imperialismus; gegen Atomisierung und Verseuchung der Umwelt und für ein Land, in dem **wir** leben können, gegen Zensur, Gleichschaltung, Verdummung und für Demokratie, Freiheit **und Sozialismus**.

Und mehr noch, das **sagen** wir auch deutlich. Wir wollen nicht in Ruhe und Ordnung unser „knock out“ ansehen, sondern stören: • den bürgerlichen Hochschulbetrieb, der darauf baut, daß möglichst viele dumm genug sind, sich das Angebot mir nichts dir nichts in die Birne zu knallen • die „Wertfreiheit“ und „Objektivität“ der Hochschulforschung und -lehre.

„zwischenruf links“ ist eine Zeitung von und für Studenten (die auch noch studieren), die jede hochschulbornierte „Ich-bin-der-Nabel-der-Welt-Sicht“ ablehnen. Wir wollen uns auseinandersetzen mit allem, was in diesem Land den Wind so kalt blasen läßt, im Studium und in der Gesellschaft. Wir wollen berichten von allem, was nach Aufbruch, Umbruch und Leben zielt — und dabei sehen wir nicht nur die Hochschulen, sondern besonders auch die Arbeiterbewegung. Und wir wollen die Diskussion mit euch, den Leserinnen und Lesern. Denn wir halten es mit Lenin: ein Auge sieht weniger als viele Augen. Und die Diskussion lebt eben auch vom Pro und Contra.

In diesem Sinne, viel Spaß beim Lesen, und die nächste Nummer kommt bestimmt, vielleicht schon mit **deiner** Korrespondenz, deinem Bericht, deiner Notiz, deinen Bildern, Comics...



Themen dieser ersten Ausgabe:
Haushaltsgesetz 1982 — Wendepunkt in der Hochschulpolitik. Das Dagegenstehen ist wichtig!
Der Beginn einer Serie: Während des Studiums rebellisch — und was kommt danach?
Der Friedenskampf beginnt nicht erst vor den Hochschulen — über die Verbindungen zwischen Rüstung und Hochschule
„Zwischenruf links“ erscheint zweimal je Semester und kostet 0,50 DM pro Nummer, im Abo (4 Ausgaben im Jahr) 2,50 DM. Zu bestellen bei: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103

Landjugend rief zu einer Demonstration gegen Sparpolitik auf!

Wie breit der Widerstand gegen die unsoziale Sparpolitik der Bundes- und Länderregierungen heute schon ist, zeigt sich auch daran, daß zunehmend mehr Organistationen sich am Widerstand beteiligen, die sich bisher oft etwas abseits hielten. So rief die Landjugend in Nordrhein-Westfalen in der Landeshauptstadt Düsseldorf zu einer Demonstration auf, in der der Protest speziell der Jugend aus ländlichen Gebieten geäußert werden soll.

Diese Demonstration — die nach Redaktionsschluß stattfand — sollte eben genau auch deren Interessen verteidigen. Sie stand unter der Losung „Es geht um unsere Zukunft — Gegen die Sparmaßnahmen der Landesregierung!“ Weiter heißt es in dem Flugblatt, mit dem zur Demonstration aufgerufen wird:

• Jugendarbeitslosigkeit steigt von September 1980 bis September 1981 um 60 Prozent. Was tut die Regierung? Sie schließt die Beratungsstellen für arbeitslose Jugendliche!

• Über 100 000 Jugendliche organisieren ehrenamtlich nach Feierabend für sich und andere die Freizeit. Was tut die Regierung? Sie streicht den Sonderurlaub, streicht die Zuschüsse für Kinder- und Jungendferienfahrten, kürzt die Haushaltsmittel für die Ausbildung der Ehrenamtlichen.

• Immer mehr Jugendliche wollen viel lernen, gut ausgebildet sein für Beruf und Zukunft. Was tut die Regierung? Sie kürzt die Zuschüsse für Lernmittel, stellt weniger Leher ein, vielleicht muß der Weg zur Schule demnächst auch noch selbst bezahlt werden.

Höhere Steuern, mehr Beiträge, angeheizte Inflation! Wer bezahlt's? Wir und unsere Eltern.

So darf es nicht weitergehen. Es ist schließlich unsere Zukunft, die hier verschuldet wird. Wir fordern:

• Keine Kürzung des Landesjugendplanes!

• Für Ausbildung und Freizeit der Jugend ist keine Mark zuviel!

• Vollständige Lernmittelfreiheit und kein indirektes Schulgeld durch Fahrtkostenbeteiligung!

• Mehr Lehrer und kleinere Klassen!

• Einen Ausbildungsplatz für jeden!

Gerade die Jugend auf dem Lande ist schon immer benachteiligt gewesen. Wir fordern mehr Ausbildungsplätze und Freizeitstätten im ländlichen Raum! Mehr Zuschüsse für die Arbeit der Landjungendorganisationen!

Landesjugendring fordert Verbot von Naziorganisationen

Am 8. Dezember hat der Landesjugendring Bremen in seiner Vollversammlung auf einen Initiativantrag der Naturfreundejugend hin das Verbot der neofaschistischen Organisationen und der sogenannten „Bürgerwehr Rönnebeck“ gefordert. Mit diesem Beschluß reiht sich der Bremer LJR in die wachsende Zahl jener ein, die das Verbot der Naziorganisationen als aktuelle Forderung begreifen. Wir drucken den Initiativantrag samt Zusatzantrag im Folgenden ab, da wir meinen, daß dies, gerade für eine Jugendvertretung ein wichtiges Dokument ist, da nicht bei der Forderung stehen geblieben wird, sondern auch entsprechende Schritte angekündigt werden.

Initiativantrag

Naturfreundejugend **8. Dezember 1981**

Der Landesjugendring/Bremen fordert das Verbot sämtlicher neofaschistischer Organisationen und der Rönnebeck-Gruppe!

Mit wachsender Unruhe verfolgen wir die Zunahme von terroristischen Anschlägen der Neonazis in der BRD. Nach dem Bombenanschlag auf dem Oktoberfest in München wäre es höchste Zeit gewesen, daß die Bundesregierung und die Landesregierungen schärfer gegen den Neofaschismus vorgehen. Stattdessen wird der Bevölkerung die Lüge präsentiert, München sei das Werk eines Einzeltäters gewesen.

Die alten und die jungen Nazis können so gut wie unbehindert ihr Werk fortsetzen. So auch in Bremen. Der Anschlag auf die **Volksbuchhandlung** am 21.1.81 zeigte wieder mit aller Deutlichkeit, daß Neonazis nicht nur gegen linke Einrichtungen gewalttätig vorgehen, sondern auch bereit sind, vorsätzlich Menschenleben in Gefahr zu bringen. Nur durch Zufall gab es an diesem Tag keine Toten.

Empörend ist nicht nur der Anschlag, sondern auch die Verharmlosung der Neonazis durch die Bremer Staatsanwaltschaft. Wir akzeptieren es nicht, wenn die Staatsanwaltschaft behauptet, daß die NRAF-Anhänger nicht gewalttätig aufgefallen seien. So gab es in den letzten Jahren zahlreiche neofaschistische Tätigkeiten, u.a. die Synagogenbeschmiererei, Übergriffe auf ältere Antifaschisten in der Sögestraße, Brandsatz- und Steinanschläge auf linke Zentren in Walle, ein Betriebsrat wurde mit mehreren Messerstichen schwer verletzt. Allein diese kurze Aufzählung beweist die Gefährlichkeit der Neonazis.

Ein weiterer Eklat der Staatsanwaltschaft ist ihre Nichttätigkeit in Sachen Rönnebeck. Nach Feststellung von Prof. Dr. H.P. Schneider wäre schon ein Verfahren gegen diese sogenannte Bürgerwehr seit dem Tage möglich gewesen, als sie sich der Öffentlichkeit vorgestellt hatte. Grundlagen dafür, so Schneider, seien genügend vorhanden, z.B. Bildung einer kriminellen Vereinigung, Landesfriedensbruch und auch Bildung bewaffneter Haufen.

Im Gegensatz dazu konnte Rönnebeck in den Medien auch noch Werbung für seine (unseres Erachtens kriminelle) Vereinigung betreiben. Ferner hat Polizeipräsident Diekmann der Behauptung Rönnebecks, Diekmann stünde auf der Seite der Bürgerwehr, nicht widersprochen. (In diesem Zusammenhang erinnern wir uns an das Diekmann-Papier, an den Einsatz der Polizei gegen Demonstranten und Journalisten anläßlich der Demonstration zum Tod von Klaus-Jürgen Rattay.)

Der LJR wird sich mit all seinen Mitteln der Rechtsentwicklung in Bremen entgegenstellen. Wir fordern:

• das Verbot aller neofaschistischen Organisationen
• das Verbot der Bürgerwehr Rönnebeck
• verstärkte Verfolgung und härtere Bestrafung von Neonazis
• den Rücktritt von Polizeipräsident Diekmann!

Um in dieser Richtung tätig zu werden, wird der LJR eine Gesetzesvorlage und einen Verbotsantrag erstellen.

Zusatzantrag

Der LJR beschließt darüber hinaus, zum 30.1.82, dem 49. Jahrestag der Machtergreifung des Faschismus eine Demonstration mit allen antifaschistischen Menschen und Organisationen durchzuführen!

Größte Spendenaffäre in der BRD-Geschichte

Muß Lambsdorff in den Knast?

Bonner Parteien wollen Affäre durch Grundgesetzänderung vertuschen

BONN. — Wie der „Spiegel" in der vergangenen Woche berichtete, bastelt gegenwärtig eine große Koalition aus Experten aller Bonner Parteien an einer Änderung des Grundgesetzes. Zweck der Übung: Damit sollen nachträglich kriminelle Methoden bei der Beschaffung von Parteispenden legalisiert werden.

Verstrickt in diesen Kriminalfall sind neben Hunderten von Spendern aus den Chefetagen der Konzerne führende Politiker der Bonner Parteien. Und Otto Graf Lambsdorff, der Vorreiter im Kampf gegen den angeblichen Mißbrauch von Sozialleistungen, hängt ganz dick drin. Die Bonner Staatsanwaltschaft hat zwei Staatsanwälte mit Ermittlungen in der Spendenaffäre beauftragt. Unterstützt von vier Steuerfahndern haben sie mittlerweile kiloweise Belastungsmaterial zusammengetragen. Gegen die Hauptbeteiligten an der Affäre, so die Staatsanwaltschaft, könnten Haftstrafen fällig werden.

Worum geht es?

Die Bonner Parteien bestreiten bekanntlich einen wesentlichen Teil ihres Etats aus Spenden, die zumeist von kapitalkräftigen Gönnern aufgebracht werden. Nun sind aber solche Spenden nur bis zu einem Betrag von 1800 Mark steuerfrei. Um diese gesetzliche Regelung zu umgehen und es gerade den Konzernen zu ermöglichen, auch hohe Spenden voll von der Steuer abzusetzen, haben die Parteien verschiedene betrügerische Tricks entwickelt. Vor allem drei Methoden der Steuerhinterziehung sind in der letzten Zeit bekannt geworden.

• Die der CDU angegliederten Unions-Betriebs GmbH mit Sitz in Liechtenstein hat fingierte Gutachten an spendenwillige Unternehmen verkauft. Diese in Wahrheit nicht existierenden Gutachten konnten von den betreffenden Unternehmen dann als Betriebsausgaben von der Steuer abgesetzt werden. Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand sind auf diese Weise rund 300000 Mark an Steuern hinterzogen worden. An diesem Betrug war unter anderem auch der frühere BDI-Boss Fasolt beteiligt, der nach dem Auffliegen der Affäre seinen Hut nehmen mußte. Auf der Seite der CDU war für diese kriminelle Aktion in erster Linie der Schatzmeister Leisler Kiep verantwortlich, gegen den gegenwärtig noch weiter ermittelt wird. Leisler Kiep will im nächsten Jahr als Bürgermeister-Kandidat in Hamburg für „saubere Verhältnisse" in der Hansestadt sorgen.

• Eine andere Methode beim Spendenbetrug hatte sich die SPD einfallen lassen. Ausgerechnet die sich gerne links gebärdende Parteizeitung „Vorwärts" hatte Gelder von Unternehmen für Inserate kassiert, die in Wahrheit nie erschienen sind.

• Der dritte Trick schließlich, bei dem es vor allem die FDP zur Meisterschaft gebracht hat, besteht im Einsammeln von Spenden für gemeinnützige Vereinigungen und im Umleiten dieser Gelder in die Kassen der Partei. Spenden an Organisationen, die als gemeinnützig anerkennt sind (und zu denen unter anderem auch die von den Bonner Parteien unterhaltenen Stiftungen gehören), sind steuerfrei.

Bei den schmutzigen Praktiken, die solcherart von führenden FDP-Bossen betrieben werden, geht es immerhin um die Hinterziehung von Steuern in Millionenhöhe. Hier wurden die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen schon im vergangenen Jahr, kurz vor der Bundestagswahl, ins Rollen gebracht, als die FDP-Sekretärin Johanna Rech vor den Ermittlungsbehörden auspackte. Frau Recht war früher Mitarbeiterin von Hans Gattermann, dem Schatzmeister der FDP in Nordrhein-Westfalen. Gattermann und dessen Vorgänger im Amt des Schatzmeisters, eben Graf Lambsdorff, sind denn auch am schwersten belastet.



Flick: Hausdurchsuchung im Konzern

Die Herren hatten hohe Spendensummen an die als gemeinnützig anerkannte „Liberale Internationale" (Sitz London) fließen lassen. Dort verwischten sich dann für die westdeutschen Finanzbehörden die Spuren der Gelder. Wie aus den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hervorgeht, sind die Spenden nach Westdeutschland zurückgeschleust worden, direkt in die Schatulle der FDP. Und um über diesen Vorgang keine Belege entstehen zu lassen, haben FDP-Politiker das Geld bar in dicken Banknotenbündeln über die Grenze gebracht.

Es liegt auf der Hand, daß den Herrn Lambsdorff und Co. äußerst unwohl angesichts der jetzt laufenden Ermittlungen ist. Gerade diese Leute waren es ja, die zur propagandastischen Absicherung des über den Bundeshaushalt betriebenen Sozialabbaus die Masse der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger als Betrüger diffamiert hatten, die es sich auf Kosten der Allgemeinheit gut gehen lassen. Und nun sind sie selbst als kriminelle Betrüger entlarvt, die Steuerhinterziehung im großen Umfang betrieben haben.

Die Spendenaffäre birgt darüber hinaus noch anderen brisanten Sprengstoff. Zu den Konzernen, bei denen die Bonner Staatsanwaltschaft Durchsuchungen durchführte, gehörte unter anderem auch der Flick-Konzern. Er hatte auf die hier beschriebene Weise illegal Spendengelder in nicht bekannter Höhe in die Kasse der FDP fließen lassen. Und bekanntlich waren es ja vor allem zwei FDP-Minister — nämlich Friedrich und Lambsdorff, die sich besonders dafür stark gemacht hatten, daß dem Konzern eine beim Verkauf des Daimler-Aktienpakets anfallende Steuerlast in Höhe von fast zwei Milliarden Mark einfach erlassen wurde. So schmieren also die Monopole ihre Leute in Bonn. Und durch einen einfachen Federstrich schustern ihnen die gleichen Leute ein Milliardengeschenk zu, die auf der anderen Seite den Werktätigen im wahrsten Sinne des Wortes die Butter vom Brot nehmen.

Bei dem Ausmaß an krimineller Energie, das die Bonner Politiker beim illegalen Eintreiben von Spendengeldern entwickelt haben, ist es nicht verwunderlich, daß mit allen Mitteln versucht wird, die Spendenaffäre zu vertuschen und die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Keim zu ersticken. Schon in der ersten Hälfte dieses Jahres hat der FDP-Vorsitzende von NRW, Hirsch, einen Versuch in dieser Richtung unternommen. Er ließ sich vom Ministerpräsidenten Rau Termine mit den beiden SPD-Ministern Posser (Finanzen) und Donnepp (Justiz) vermitteln. Offenbar drängte er dabei darauf, daß die Ermittlungen der Bonner Staatsanwaltschaft auf kaltem Wege von oben gestoppt werden sollten. Denn Frau Donnepp erklärte, sie würde den Ermittlungsbehörden keinerlei Weisungen erteilen, nicht einmal die Akten über die Spendenaffäre anfordern. Und Finanzminister Posser fühlte sich sogar bemüßigt, vor dem NRW-Kabinett eine offizielle Erklärung abzugeben, in der er versicherte, die Düsseldorfer Regierung werde keinen Einfluß auf die Justiz- und Finanzorgane nehmen.



Schwer belastet: Minister Lambsdorff

Ein Abwürgen der Ermittlungen schien den SPD-Bossen in dieser Phase wohl schon zu brisant. Man suchte nach anderen Möglichkeiten, um die Spendenaffäre aus der Welt zu schaffen. Vor zwei Monaten wurde Parteivize Wischnewski, Spezialist für heikle Sachen und schmutzige Tricks, von der Parteiführung damit beauftragt, eine „politische Lösung" der kriminellen Affäre zu suchen. Wischnewski setzte sich mit dem FDP-Bundestagsabgeordneten Kleinert, dem Schatzmeister seiner Partei in Niedersachsen, zusammen, später wurden auch noch Experten aus der Bundestagsfraktion der CDU/CSU hinzugezogen.

Wie der „Spiegel" berichtete, kochte diese Allparteien-Kolition in Sachen Steuerbetrug den Plan einer Generalamnestie für alle an der Affäre Beteiligten aus. Um den Schein zu wahren, sollten im gleichen Zug auch die mit Strafverfahren überzogenen Hausbesetzer amnestiert werden. An dieser Lösung aber fanden die Parteibosse dann doch keinen rechten Gefallen. Und in der Tat wäre eine Amnestie für die Spendenbetrüger ja wohl kaum geeignet, der viel bejammerten „Staatsverdrossenheit" bei den Wählern entgegenzuwirken.

Also ließ man sich einen neuen Trick einfallen, mit dem die ganze Angelegenheit unauffälliger vom Tisch gebracht werden könnte. Angestrebt wird jetzt eine Änderung des Grundgesetzes dahingehend, daß den Parteien ein Status zugebilligt wird, der sie faktisch zu gemeinnützigen Organisationen macht. Damit entfiele dann auch die jetzt geltende Grenze für den Steuerfreibetrag bei Spenden. Im Endeffekt liefe eine solche Regelung dann doch auf eine Amnestie hinaus, denn, so erklärte der FDP-Schatzmeister Kleinert: „Eine Änderung des materiellen Rechts, wenn wir sie denn bekämen, hätte automatisch im wesentlichen Umfang zur Folge, daß anhängige Verfahren gegenstandslos werden würden."

So einfach läuft das also, wenn es darum geht, kriminelle Praktiken der Bonner Spitzenpolitiker noch nachträglich zu legalisieren. Und daß einer Änderung des Grundgesetzes die notwendige Mehrheit im Bundestag fehlen würde, steht ja auch nicht zu befürchten. Schließlich sitzen die Betrüger in allen Bonner Parteien.

Tod von Klaus-Jürgen Rattay

Ermittlungen wurden eingestellt

WESTBERLIN. — Der Tod des 18jährigen Klaus-Jürgen Rattay, den Polizisten am 22. September diesen Jahres vor einen fahrenden Bus getrieben haben, soll ungesühnt bleiben. Die Westberliner Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen ein, weil kein „hinreichender Tatverdacht für ein Fremdverschulden" vorliege.

Ermittelt worden war sowohl gegen den Busfahrer wie auch gegen den Einsatzleiter der Polizeitruppe, die am 22. September mit brutaler Gewalt eine Ansammlung von einigen hundert Demonstranten auseinandergeknüppelt hatte. An jenem Tag waren auf Befehl des Innensenators Lummer mehrere besetzte Häuser geräumt worden. Nach vollbrachter Tat hatte Lummer in einem der geräumten Häuser, in der Bülowstraße 89, in Feldherrenpose eine Pressekonferenz abgehalten.

Vor dem Haus versammelten sich Sympathisanten der Hausbesetzer. Weil angeblich ein „Ansturm" auf das Haus zu befürchten war (wofür es tatsächlich keinerlei Hinweise gab), erteilte der Einsatzleiter den Befehl, die Menschenmenge zu vertreiben. Wie es im Ermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft heißt, gingen die Polizisten zuerst langsam gegen die Menge vor. „Schließlich beschleunigten die Polizeikräfte das Räumungstempo und setzten vereinzelt bis auf die Fahrbahn der Kreuzung nach." Dabei seien dann sowohl Demonstranten wie auch Passanten in den fließenden Verkehr getrieben worden.

Für jeden normalen Menschen ist offensichtlich, daß diese brutale und kriminelle Räumungsaktion ursächlich zum Tod von Klaus-Jürgen Rattay geführt hat. Denn er war unter denen, die in den fließenden Verkehr gejagt wurden. Der Jugendliche geriet dabei unter einen BVG-Bus, der in mehrere Meter weit mitschleifte. Die Staatsanwaltschaft jedoch bestritt die offensichtliche Tatsache, daß sowohl der Einsatzleiter der Polizei wie auch Lummer durch seinen provokativen Auftritt mittelbar für den Tod von Klaus-Jürgen Rattay verantwortlich sind.

Die Einstellung der Ermittlungen setzt nur den Schlußpunkt unter die skandalösen Praktiken der Behörden in diesem Fall. Das begann schon damit, daß die Polizei auf dem Leichenbegleitschein des toten Demonstranten die Sparte „Beruf" mit den Worten „berufsmäßiger Chaot" ausfüllte. Auch für diesen Ausdruck tiefster Menschenverachtung ist bislang niemand zur Verantwortung gezogen worden. Im Zusammenspiel mit der Springerschen Hetzpresse wurde dann unmittelbar nach dem 22. September eine widerwärtige Kampagne gegen den Toten gestartet, die aus dem Opfer des Polizeiterrors einen besonders gefährlichen Gewalttäter machen sollte.

So wurde etwa behauptet, Klaus-Jürgen Rattay habe den Bus, von dem er überfahren wurde, vorher mit einem Stein angegriffen. Wie sich bei den staatsanwaltlichen Ermittlungen herausstellte, gab es dafür keinen Schimmer eines Beweises. Dennoch war diese schmutzige Lüge von der Westberliner Polizeipressestelle als „gesicherte Erkenntnis" verkauft worden. Aber auch auf andere Weise ging die Polizei daran, die Leiche des jungen Demonstranten zu fleddern. Seine Kleidung wurde auf Benzinspuren hin untersucht, in dem Bemühen, ihn nachträglich auch noch zum Brandstifter zu machen. Und offenbar wurde gegen den Toten sogar ein Ermittlungsverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs eingeleitet.

Am Tatort selbst hielt sich die Polizei jedoch mit ihren Ermittlungen merklich zurück. Noch nicht einmal die bei jedem kleinen Verkehrsunfall übliche Spurensicherung wurde gemacht. Im Gegenteil: Ein unmittelbar nach dem Tod von Klaus-Jürgen Rattay auf der Kreuzung durchgeführter Wasserwerfer-Einsatz sorgte dafür, daß alle Spuren sorgsam vernichtet wurden. Angesichts dieser Tatsachen ist es auch nicht verwunderlich, daß sich in den Ermittlungsakten — wie der Anwalt von Rattays Eltern, Meyer-Franck, erklärte — kein einziges Protokoll befand, das Aufschluß über den Funkverkehr und den Einsatz der Polizeikräfte in der entscheidenden Phase geben könnte.

Aber alle diese ganz offenkundigen Versuche, den wirklichen Tathergang zu verschleiern, kümmerten die Staatsanwaltschaft herzlich wenig. Anwalt Meyer-Franck hat eine Beschwerde gegen den Einstellungsbeschluß und zugleich neues Beweismaterial angekündigt.



Klaus-Jürgen Rattay (am Boden liegend): von der Polizei in den Tod getrieben



Demonstration nach dem Tod von Klaus-Jürgen Rattay

Bilanz eines Manövers: 1 Toter — 3 Verletzte

MANNHEIM. — Während des Truppenübungsplatzaufenthaltes in Wildflecken kam im Rahmen einer Übung der 5. Panzergrenadierbrigade ein Soldat ums Leben, und drei wurden verletzt.

Am Samstag abend, den 28.11., bezog der Fernmeldetrupp des Panzerartilleriebataillons (PzArtBTL 55) eine neue Stellung. Der 21jährige Kollege Barthel kurbelte in seinem Fahrzeug die Antenne hoch und geriet damit an die Leitung eines Hochspannungsmastes. Dadurch kam er mit 20000 Volt in Berührung. Geistesgegenwärtig reagierte ein Feldwebel, indem er den Schwerverletzten ansprang und Wiederbelebungsversuche unternahm. Es verging sehr viel Zeit, ehe ein Krankenwagen eintraf, und auf der Fahrt ins Krankenhaus verstarb der junge Kollege. Als der Krankenwagen schon ins Krankenhaus fuhr, erschien erst ein Unimog des Bundeswehrsanitätsdienstes! Den zwei unter Schock stehenden Soldaten befahl ein, in der Situation als eiskalt-hilflos charakterisierter Major, den Wagen zu tarnen. Ein unter Schock stehender Soldat wurde energisch vor einem Angriff gegen den Major zurückgehalten.

Die Bundeswehr spricht in ihrer offiziellen Erklärung von einem Unglücksfall. Doch zu dieser Theorie gibt es einige Widersprüche:

— Stellungen für die Nacht werden am Tag erkundet. Da hätte man die Hochspannungsleitung sehen müssen.

— Der Unimog soll neben einem Hochspannungsmast gestanden haben, an dem ein Schild mit der Warnung vor Hochspannung angebracht war.

— Aus Tarngründen war befohlen, mit grünem Licht in die Höhe zu strahlen, ob Sicherheit für die Antenne besteht. Grünlicht strahlt aber keine sechs bis zehn Meter in die Höhe.

Es handelt sich sicher nicht um einen Unglücksfall. Der Tod des 21jährigen Barthel hätte verhindert werden können.

Zu der Beisetzung des Kollegen Barthel wollten viele Soldaten des PzArtBTL hingehen. Zunächst hatten sie die Erlaubnis, privat hinzufahren. Einen Tag vor dem Begräbnis wurde dies aus Sicherheitsgründen untersagt und ihnen zugesichert, daß ein Bundeswehrbus eingesetzt wird. Daraufhin wurde als Anzug der kleine Dienstanzug befohlen, obwohl es der Wunsch der Eltern war, keine Uniform am Grab zu sehen. Ohne Hemmungen setzten sich die Verantwortlichen über die Wünsche der Eltern hinweg.

Die weitere Frage, die sich stellt, ist, wo die Herren Offiziere wie der Kommandeur des PzArtBTL 55, Oberstleutnant Bulheller, und die Majore waren, als am Morgen des 2.12.81 in der Turnhalle der Dörnberg-Kaserne ein Bataillonsappell stattfand. Für die Soldaten des PzArtBTL war es nach vier Tagen die erste offizielle Stellungsnahme der Bundeswehr.

Diese ganzen Ereignisse erzeugten bei den Mannschaftsdienstgraden Betroffenheit und steigerten den Haß und Ablehnung gegenüber der Bundeswehr.

IGM-Vertrauensleute-Vollversammlung

Arbeiterkorrespondenz aus Bremen

Liebe Genossen!

Am 24.11. fand in Bremen die Vollversammlung aller Bremer IGM-Vertrauensleute statt. Thema Sozialabbau. Es gab eine lange Liste mit Wortmeldungen, und alle Redner sprachen sich für einen gewerkschaftlichen Kampf gegen den Sozialabbau aus. Drei Tage zuvor hatte die Kreisdelegiertenversammlung des DGB einen Initiativantrag von IG-Metallern angenommen, in dem zu gewerkschaftlichen Aktionen wie in Stuttgart aufgerufen wurde.

Arno Weinkauf, erster Bevollmächtigter der IGM in Bremen, der auch die Versammlung leitete, hätte die Annahme dieses Antrages den Anwesenden glatt verschwiegen, doch einige Redner gaben den Inhalt des Antrages und dessen Annahme beim DGB bekannt. Weiterhin wurden von der IGM und der DGB-Ortsverwaltung größte Anstrengungen und breiteste Mobilisierung für die zugesagte Demo gefordert. Was Arno Weinkauf im Feuer der Kritik auch eifrig versprach. Und was da an Kritiken kam, war schon allerhand. Selbst von streng linientreuen SPDlern bekam er ordentlich eingeheizt.

Die lasche Haltung der IGM gegen die Arbeitsplatzvernichtung am Ort wurde kritisiert. Erstaunlich viele Redebeiträge aus verschiedenen Betrieben prangerten das Ergebnis des Untersuchungsverfahrens gegen die Daimler-Kollegengruppe als intolerant und gewerkschaftsschädigend an. Besondere Empörung bei den Anwesenden rief auch die Enthüllung eines Kollegen über Arno Weinkaufs Verhalten als Bürgerschaftsabgeordneter der SPD hervor. Und zwar hatte die IGM-Vertreterversammlung eine Eingabe an die Bremer Bürgerschaft zum Verbot von Asbest in Bremer Betrieben verabschiedet. Auch Arno Weinkauf hatte dafür gestimmt. Als dann die Sache in der Bürgerschaft zur Abstimmung stand, stimmte er gegen ein Verbot von Asbest.

Weinkauf zeigte sich unbeeindruckt von der ganzen Kritik. Mit wenigen Worten begründete er sein Verhalten in der Bürgerschaft mit Fraktionszwängen. Zu der Ausschlußsache von Daimler erklärte er, das sei ganz normal, und jeder Gewerkschafter hätte laut Satzung das Recht, gegen andere Gewerkschafter ein Untersuchungsverfahren zu beantragen. Mehr sei auch im Falle Daimler nicht geschehen. Über die Empfehlung der Untersuchungskommission würde die Ortsverwaltung erst am folgenden Tag abstimmen. Und wie man sich da entscheiden werde, könne er noch nicht sagen. Zum Schluß erging er sich noch darin, daß an mangelnden Aktivitäten schließlich nicht die Ortsverwaltung, sondern die Kollegen in den Betrieben die Schuld hätten. Sie seien angeblich ja zu nichts zu aktivieren.

Interessant bei seinen Ausführungen war, daß er mit keinem Wort politisch auf die Kritik reagierte, sondern alles mit formalen Bestimmungen und Begründungen abzutun versuchte.

Bleibt noch nachzutragen, daß in vielen Redebeiträgen gefordert wurde, daß es nicht bei einer Demo bleiben dürfe, sondern, daß der Sozialabbau durch einen entschlossenen gewerkschaftlichen Kampf zu Fall gebracht werden muß. Die Stimmung im Saal war sehr gut, die Reden der Kollegen wurden von der Menge sehr begrüßt.

Rot Front!

Erfolgreiche Friedenswoche in Borken

Volkskorrespondenz

Nach den großen Massenaktionen, wie der Demonstration am 10. Oktober in Bonn gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß, gehen die Aktivitäten vermehrt weiter.

In der nordhessischen Kleinstadt Borken fand vom 29.11. bis 5.12.81 eine Friedenswoche statt. Bei der Aufführung des Filmes „War Game" kamen über 180 Besucher, und zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Frieden und Abrüstung" fanden sich ca. 50 Interessierte ein. Eingeladen wurde von einem Aktionsbündnis, ein Vertreter des Hessischen Jugendrings, des DGB, der evangelischen und katholischen Kirche.

Den größten Unmut der Anwesenden zog sich der Vertreter der katholischen Kirche aus Borken zu. In seinem reaktionären Statement vertrat er, daß die Kirche nicht auf die Straße gehen dürfe. Die Kirche hätte nicht die Kompetenz, in Rüstungsfragen und alternative Friedensvorstellungen einzugreifen, außerdem erkenne sie die Politiker an und könne nicht dagegen arbeiten. Der Pfarrer zeigte sehr deutlich den Kurs der katholischen Kirche: Untertanengeist und Kampf gegen den antimilitaristischen Kampf. Wo das hinführt, haben wir 1933 gesehen, wo die katholische Kirche sich nicht am Kampf gegen den Faschismus beteiligt und später Waffen gesegnet hat.

Die anderen Teilnehmer der Diskussion lehnten klar den NATO-Doppelbeschluß ab. Der Vertreter des evangelischen Jugendpfarramts aus Kassel betonte dabei das Profitdenken des Rüstungskapitals und zog Vergleiche zu den ersten beiden imperialistischen Weltkriegen. Er kündigte an, daß sich das Jugendpfarramt verstärkt um die Arbeit in den Kasernen bemühen will, und daß in zwei Monaten eine Broschüre über den angeblich defensiven Charakter der Bundeswehr erscheinen soll.

Der DGB-Vertreter forderte die Anwesenden auf, die Gedanken und Forderungen der Friedensbewegung in die Betriebe hineinzutragen, um die Arbeiterklasse für den antimilitaristischen Kampf zu mobilisieren. Danach könne man auch über andere Kampfformen wie Streiks diskutieren. In der Diskussion gab es kritische Beiträge zu dem Unvereinbarkeitsbeschluß des DGB-Vorstands anläßlich der Bonner Friedensdemonstration.

Insgesamt betrachtet war es eine gute Veranstaltung, weil die Anwesenden sehr viel von der notwendigen Einheitsfront im Kampf gegen die atomare Bewaffnung sprachen und ihr weiteres Engagement gegen den Militarismus und den damit verbundenen sozialen Abbau ankündigten. Zu hoffen ist, daß diese Worte auch praktisch umgesetzt werden.

Im weiteren Verlauf der Friedenswoche findet eine Veranstaltung zum Thema „Nationalsozialismus — Widerstand und Verfolgung" statt, zu der zwei Borkener Antifaschisten eingeladen sind und über diese Zeit berichten.

Als Abschluß der Friedenswoche in einer kleinen Stadt findet ein Friedensfest statt.

Ein Mensch fällt aus Deutschland

Buchbesprechung (Volkskorrespondenz)

Konrad Merz, eigentlich Kurt Lehmann, geb. 1908, stammt aus einer jüdischen Proletarierfamilie. Sein Vater stirbt früh, er wächst im Waisenhaus auf, ist lange arbeitslos, macht dann Gelegenheitsarbeiten. Schließlich kann er die Abendschule besuchen und fängt an zu studieren. Der Reichstagsbrand beendet sein Studium, er emigriert nach Holland. Dort fängt er an zu schreiben.

Sein Held Winter ist unpolitisch, ein Idealist. Nur, weil er seinem politischen Freund die Treue hält, muß er aus Nazi-Deutschland fliehen. Er erlebt wie Merz selbst die Emigration, das Nicht-Willkommen-Sein im fremden Land. Arbeitslosigkeit und damit Hunger; Winters Schlafplatz ist unter dem Bett eines Leidensgenossen, der dieses Bett zufällig noch zahlen kann. Briefe an die Mutter und die Freundin beschreiben sein Elend. Schließlich findet Winter Arbeit bei einem Bauern, seine Freundin kommt zu ihm. Aber sie ist eine feine Dame geworden und er ein Bauernknecht. Seine Arbeit hat ihn verändert, seine Hände und seine Augen. Welten liegen zwischen ihnen. Er will nicht sein neues Ich aufgeben, und sie reist zurück.

Im Anhang, „Aus dem Tagebuch eines Berliner Studenten", spricht der Autor ein deutlicheres Wort: „Niemals mehr kann wiederkehren, was vor Hitler war, ein gänzlich Neues muß kommen, davor manchem grauen wird. Wir, die wir nichts zu verlieren haben, wir können nur noch sterben. Oder...?"

Und er beschreibt seine Jugend: „Was haben wir jungen Menschen im Leben gehabt bisher! Als wir zwei oder vier oder sechs Jahre alt waren, kam der Krieg. Hunger, Kohlrüben, anstehen nach 50 Gramm Butter, Kälteferien (aber zu Hause war es auch nicht warm). Dann war eine Schlacht gewonnen und eine große Schulfeier und dann kam der Brief: Vater gefallen. Und dann war wieder eine Schlacht gewonnen und der ganze Krieg selbstverständlich auch. Und dann ging auch der Krieg selbstverständlich verloren. Drunter und Drüber. Weg mit dem Kaiser, her mit der Republik; her mit der Inflation, weg mit dem letzten kleinen Wohlstand. Dann die Scheinblüte. Und dann blühten die Stempelämter. Und dann kam Hitler. Und dann?"

Er weiß, daß viele Kommunisten geworden sind, sogar solche, die anfangs Hitler-Anhänger waren. Er weiß, daß den Kommunisten die Zukunft gehört, auch wenn er selbst keiner ist. Er hat sich geirrt in der Macht des Kapitals, diese Entwicklung aufzuhalten. Ein lesenswerter Autor, hoffentlich eine lesenswerte Reihe des Taschenbuchverlags.

Konrad Merz, „Ein Mensch fällt aus Deutschland", Bibliothek der verbrannten Bücher, Fischer-Taschenbuch, 7,80 DM.

Beatrice

Betrifft: „Friedenskampf" des KABD

Leserbrief aus Köln

An die Redaktion des „Roten Morgen"

Mein Name ist Heinz, Mitglied der KPD/Köln. Ich habe mich nach dem Lesen des Artikels über den „Friedenskampf" des KABD entschlossen, euch mal zu schreiben, wie gut ich das fand. Ihr legt ganz klar unsere Position dar, ohne gegen den KABD zu polemisieren, was ich sehr wichtig finde. Ich habe vor, den Artikel zu fotokopieren und auf der nächsten Demo an die KABDler, soweit ich sie kenne, zu verteilen.

Keiner von ihnen wird vor den Kopf gestoßen, jeder sieht unsere ernste, um der Sache willen geführte Auseinandersetzung. Und würde dies überall getan, vielleicht fordern die KABD-Mitglieder auch von ihrer Führung, die Neutralitätsforderung zu übernehmen. Sollte die Demokratie im KABD klappen, würde auch bald die „Rote Fahne" anders schreiben. (...)

Ansonsten möchte ich euch ein Lob für den „Roten Morgen" aussprechen. Ich lese ihn fast immer ganz, und er ist mir noch nicht langweilig geworden, sondern ich freue mich jeden Freitag darauf. Was gut wäre: mehr konkrete Sachen zu bringen! Welcher kleine Erfolg war im Betrieb? Wie habe ich mit meinen Nachbarn diskutiert? — usw. Versucht vielleicht mal, noch mehr Zuschriften zu bekommen!

Ansonsten bin ich stolz darauf, daß wir momentan eine so starke Redaktion und natürlich auch eine starke Leitung der KPD haben, und ich hoffe, es wird so bleiben!

Tschüß,
Heinz

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr......



☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Solidarität mit den verhafteten Kommunisten in der DDR!

Das wahre Gesicht des „realen Sozialismus"

Im folgenden veröffentlichen wir den ersten Teil einer Rede, die Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD, in mehreren Städten der Bundesrepublik im Rahmen der Solidaritätskampagne mit den inhaftierten Genossen in der DDR hielt. Der zweite Teil dieser Rede wird in der ersten Januar-Nummer des „Roten Morgen" erscheinen.

Rund zehn Genossen und Sympathisanten der KPD Sektion DDR wurden im letzten Jahr in der DDR verhaftet und zum Teil schon zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Diese Verhaftungen haben zahlreiche Solidaritätsaktionen sowohl im In- als auch im Ausland ausgelöst: Protestresolutionen, Luftballonaktionen an der Grenze zur DDR, Informationsstände, Tausende Protestunterschriften, Sammlungen, Veranstaltungen, Aktionen wie vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn und auf dem Alexanderplatz in Ostberlin; Proteste vor den DDR-Botschaften auch im Ausland, Flugblätter, Plakate in Portugal, Dänemark, Schweden und anderen westeuropäischen Ländern, in Amerika, Neuseeland, ja selbst in der Dominikanischen Republik.

Wenn wir zu diesen Verhaftungen Stellung nehmen, so kommen wir nicht umhin, uns auch mit grundsätzlicheren Fragen zu beschäftigen wie z.B.: Was ist das für ein Gesellschaftssystem, das man in der DDR den „realen Sozialismus" nennt? Hat dort die Arbeiterklasse die Macht? Wenn nicht, wie kann sie sie wiedererlangen? Was zeigt uns die Entwicklung in Polen usw. usf. Natürlich kann dies keine umfassende Analyse sein, aber schließlich müssen wir ja einmal beginnen, die Frage der revisionistischen Entartung der ehemals sozialistischen Länder grundlegender zu stellen, um aus den Erfahrungen zu lernen, um der Arbeiterklasse glaubhaft zu zeigen: Diese Entartung, diese Rückkehr zu Verhältnissen der Ausbeutung und Unterdrückung, ist kein Gesetz der Natur, keine zwangsläufige Erscheinung.

Die allgemeine, tiefgehende Wirtschafts- und Finanzkrise, die die gesamte kapitalistische Welt erfaßt hat, wirkt sich zunehmend auch auf die revisionistischen Länder des Ostens aus, verschärft die Widersprüche zwischen ihnen und treibt sie, wie das polnische Beispiel zeigt, an den Rand einer wirtschaftlichen Katastrophe. Die Wiederherstellung des Kapitalismus in allen Ländern des Warschauer Paktes, die allseitige, Milliardensummen verschlingende Militarisierung, die Öffnung der Länder gegenüber dem westlichen Kapitalexport, das alles führte zu enormen Versorgungsschwierigkeiten, Preissteigerungen und wachsender Arbeitslosigkeit. Polen,wo sich die Widersprüche zwischen Lohnarbeit und (Staats) -kapital bisher am stärksten zugespitzt haben, ist dabei nur die Spitze des Eisbergs.

Vor der Arbeiterklasse der revisionistischen Länder steht als strategisches Ziel die Wiederherstellung der verratenen Herrschaft der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats. Der Weg zur Erreichung dieses Ziels wird sicher nicht leicht, voller Windungen, Schwierigkeiten und auch Rückschlägen sein. Wie sehr sich die Lage in Polen zugespitzt hat, sehen wir nicht nur an den vielfältigen Kampfaktionen der polnischen Arbeiterklasse, ihrem spontanen Streben, sich im Kampf zu organisieren, wie es sich in der Schaffung ihrer Gewerkschaft „Solidarität" ausdrückt, sondern auch in der Unfähigkeit der herrschenden Klasse, die Situation in den Griff zu bekommen, ihrer Drohung mit dem Ausnahmezustand und dem Streikverbot, ihrer Warnung vor einem Bürgerkrieg.

Revolutionäre Situation

Dabei wirkt sich die Krise in den einzelnen Staaten infolge der ungleichmäßigen Entwicklung im Kapitalismus graduell durchaus unterschiedlich aus. Wie in Westeuropa derzeit Länder wie England, Italien u.a. stärker betroffen sind als beispielsweise Schweden, die Schweiz und auch noch die Bundesrepublik, so ist es auch in Osteuropa und auf dem Balkan. Außer Albanien, das ohne Krise unbeirrt beim Aufbau des Sozialismus voranschreitet, sind alle Länder mehr wie Polen, Rumänien, Jugoslawien, die Sowjetunion oder weniger wie Ungarn, die Tschechoslowakei, die DDR betroffen. In Polen reift, wenn es den Herrschenden nicht gelingt, die Krise zu meistern — wozu sie offensichtlich nicht in der Lage sind — eine revolutionäre Situation heran.

Nun wissen wir als Marxisten-Leninisten, daß eine Revolution ohne eine revolutionäre Situation unmöglich ist, wobei nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution führt. „Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht", wie Lenin feststellte, „daß die ‚unteren Schichten' in der alten Weise ‚nicht mehr leben wollen', es ist noch erforderlich, daß die ‚oberen Schichten' in der alten Weise ‚nicht leben können'. 2. Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich über das gewöhnliche Maß hinaus. 3. Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen, die sich in der ‚friedlichen' Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen sowohl durch die ganze Krisensituation als auch durch die ‚oberen Schichten' selbst zu selbständigem historischen Handeln gedrängt werden.

Ohne diese objektiven Veränderungen, die unabhängig sind vom Willen nicht nur einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch einzelner Klassen, ist eine Revolution — in der Regel — unmöglich." (Lenin, Band 21, Seite 206/7)

Aber — wie gesagt — nicht jede revolutionäre Situation führt auch zur Revolution. **„Warum? Weil nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution hervorgeht, sondern nur aus einer solchen Situation, in der zu den oben aufgezählten objektiven Veränderungen noch eine subjektive hinzukommt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, genügend stark, um die alte Regierung zu stürzen (oder zu erschüttern), die niemals, nicht einmal in einer Krisenepoche ‚zu Fall kommt', wenn man sie nicht ‚zu Fall bringt'."** (Lenin, Bd. 21, S. 207)

Spontanes Streben zum Sozialismus

Was heißt das nun auf Polen angewandt? Kann das polnische Proletariat — sieht man einmal vom Verhalten der sowjetischen Sozialimperialisten ab, die dann mit Sicherheit eingreifen würden — zur Revolution kommen, kann es die subjektive Fähigkeit zu revolutionären Massenaktionen entwickeln, die genügend stark sind, die alte Regierung zu stürzen? Sicher kann es das! Zu behaupten, wie dies manchmal geschieht, nur mit einer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze sei eine Revolution möglich, ist schlichtweg falsch (wie z.B. die Pariser Kommune beweist) und eine Leugnung der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, des historischen Materialismus.



Streikende polnische Arbeiter

Zu sagen, daß es in Polen ohne kommunistische Partei nicht zur Revolution kommen kann, heißt praktisch nichts anderes, als dem Proletariat seine Eigenschaft als revolutionäre Klasse abzusprechen, sein spontanes Streben zum Sozialismus —, das erst die Tätigkeit der kommunistischen Partei sinnvoll macht — zu leugnen. Daß ein solches Streben auch heute noch in der polnischen Arbeiterklasse vorhanden ist, zeigt sich selbst im 21-Punkte-Programm der „Solidarität", wo es neben durchaus berechtigten ökonomischen und demokratischen Forderungen solche gibt, die wie die nach Abschaffung von Privilegien der herrschenden Klasse und ihrer Lakaien, die Beseitigung der Luxusläden etc. durchaus in Richtung auf die Wiederherstellung des Sozialismus zielen, auch wenn dies den meisten polnischen Arbeitern nicht bewußt ist. Und wenn die polnischen Arbeiter gegen korrupte Partei- und Staatsfunktionäre vorgehen, wenn sie die Wahl der Fabrikdirektoren durch die Belegschaft fordern, so sind dies Forderungen, die nicht nur im Widerspruch zum staatsmonopolistisch-kapitalistischen System in Polen stehen, sondern sich auch gegen eine Wiederherstellung des Kapitalismus alter, westlicher Prägung richten.

Eine andere Frage ist, was wäre das derzeitige Ergebnis einer solchen Revolution der polnischen Arbeiterklasse? Eine Rückkehr zum Sozialismus? Sicherlich nicht. Zu stark sind zur Zeit in Polen — auch innerhalb der Arbeiterklasse, eben infolge des Verrats der modernen Revisionisten, die Kräfte, die alle möglichen revisionistisch-kapitalistischen Gesellschaftsmodelle propagieren oder jene der offenen Reaktion, wie der katholische Klerus u.a., die eine Wiederherstellung der kapitalistischen Gesellschaft in alter Form anstreben.

Doch was folgt daraus? Soll man den Arbeitern raten, auf die Revolution (sollte es dazu kommen) zu verzichten? Einmal abgesehen davon, daß solch ein Rat völlig nutzlos wäre, da sich eine revolutionäre Situation eben unabhängig vom Willen nicht nur „einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch einzelner Klassen" entwickelt, was sollte das bringen? Soll man ihre Revolution, da wir von vornherein wissen, **daß sie ohne die Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei nicht zum Sozialismus führt,** als Konterrevolution verurteilen?

Was tun sie anderes, die polnischen Arbeiter, als sich gegen ein sozialfaschistisches Regime zu wehren, das sie ausbeutet und unterdrückt. Verurteilen wir etwa den revolutionären Kampf des nicaraguanischen Volkes, der Arbeiterklasse Nicaraguas, die sich gegen das faschistische Somoza-Regime erhoben, als konterrevolutionär, weil er nicht unter der Führung einer marxistisch-leninistischen Partei, sondern verschiedenster revisionistischer, bürgerlicher und klerikaler Gruppen erfolgte? Niemand würde auf solch einen Gedanken kommen. Nein, was die polnischen Marxisten-Leninisten tun können und tun müssen,ist, nicht sich abseits stellen, sondern **durch ihre Teilnahme am revolutionären Kampf der Arbeiterklasse, durch ihr vorbildliches Verhalten, die korrekte marxistisch-leninistische Partei zu schaffen mit dem Ziel, die spontane Bewegung der Arbeiter in Richtung Sozialismus zu lenken.**

Arbeiterbewegung und Sozialismus

Natürlich wissen wir, daß dem spontanen Streben der Arbeiterklasse zum Sozialismus ihre Hinneigung zur bürgerlichen Ideologie, zu der auch die verschiedenen Spielarten des Revisionismus zählen, entgegensteht. **Trotz ihrer spontanen Hinneigung zum Sozialismus drängt sich die bürgerliche Ideoligie den Arbeitern spontan am meisten auf, ist sie am weitesten verbreitet.** Wäre dem nicht so, wäre die ganze praktische Arbeit unserer kommunistischen Partei, ihre kommunistische Agitation und Propaganda, ja wäre die „Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus" überflüssig.

Der Genosse Stalin brachte dazu ein anschauliches Beispiel: **„Was ist wissenschaftlicher Sozialismus ohne Arbeiterbewegung? Ein Kompaß, der, macht man von ihm keinen Gebrauch, nur verrosten kann, und dann müßte er über Bord geworfen werden.**

Was ist die Arbeiterbewegung ohne Sozialismus? Ein Schiff ohne Kompaß, das auch so am anderen Ufer landen wird, das jedoch, wenn es einen Kompaß hat, das Ufer bedeutend schneller erreichen und weniger Gefahren ausgesetzt sein würde.

Vereinigt beides, und ihr erhaltet ein prächtiges Schiff, das direkt nach dem anderen Ufer steuert und den Hafen unbeschädigt erreicht." (Stalin, Bd. 1, S. 88/89)

Das heißt, natürlich wird auch ohne die Hilfe der kommunistischen, der marxistisch-leninistischen Partei die Arbeiterklasse irgendeines fernen Tages bei der proletarischen Revolution, beim Aufbau des Sozialismus, des Kommunismus angelangt sein. Aber unter welch ungeheuren Opfern durch den faschistischen Mordterror, in imperialistischen Kriegen usw. usf. **Sollen wir bis dahin warten? Die Hände in den Schoß legen? Oder sollen wir, wie es unsere Aufgabe, unsere Pflicht als Kommunisten gegenüber unserer Klasse ist, diesen Prozeß beschleunigen,indem wir die kommunistische Ideologie, das sozialistische Bewußtsein in die spontane Arbeiterbewegung hineintragen, um auf diese Weise dem Kampf des Proletariats kommunistischen, marxistisch-leninistischen Charakter zu verleihen?**

Wie wichtig dies ist, zeigt uns gerade wieder anschaulich das Beispiel Polens und der anderen ehemals sozialistischen Länder, lehren uns die bitteren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte. **Denn offensichtlich genügt es nicht, am anderen Ufer zu landen, um dann den Kompaß an Bord zu lassen oder ihn mutwillig zu zerstören,** weil dies eigenen Interessen nützlicher ist. Denn das Neuland, das wir da betreten, ist noch kein Paradies. Wir müssen es erst dazu machen. Dazu aber brauchen wir ebenfalls den Kompaß, den wissenschaftlichen Sozialismus, den Marxismus-Leninismus, die Partei, die ihn in die Massen trägt. Richten wir uns nicht nach ihm, landen wir im Dschungel, verirren wir uns in der Wüste, verhungern oder verdursten.

Verrat am Marxismus-Leninismus

Und es ist geradezu lächerlich, wenn die Parteibonzen in Polen wie auch in der DDR den Arbeitern angesichts der Versorgungsengpässe, steigender Preisen, mangelndem Wohnraum, Korruption, Schieberei etc. zu erklären versuchen, dabei handele es sich um Anfangsschwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismsu. Anfangsschwierigkeiten nach 30 Jahren? Waren die DDR und Polen unterentwikkelte Länder? **Nein, hier handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger, als um bewußten Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus.**

Dann ist es natürlich leicht, daß Demagogen kommen und sagen: kommt,laßt uns zurückkehren auf das Schiff, zurückkehren in die alte Heimat. Da hatten wir, wenn es uns auch dreckig ging, immer noch mehr als hier. Da brauchten wir nicht stundenlang Schlange zu stehen um ein wenig Obst oder Fleisch. Da konnten wir — wenn auch in Maßen — noch unsere Meinung sagen.

Und was antwortet die Arbeiterklasse? Da ist was dran. Ein „Sozialismus" ohne ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit den nötigen Dingen des täglichen Lebens, ohne Demokratie für die werktätigen Massen, in dem eine neue Schicht Privilegierter sich auf Kosten unserer Arbeitskraft schamlos bereichert, kann uns gestohlen bleiben. **Und die große Mehrheit sieht nicht, angesichts ihrer täglichen praktischen Erfahrungen mit dem „realen Sozialismus", daß dieser mit Sozialismus im Sinne des Marxismus-Leninismus nicht das geringste gemein hat, daß er eine Frucht ist, ein Apfel, der zwar nach außen hin noch aussieht wie ein Apfel, der aber nach innen bis ins Mark verrottet ist.**

Fortsetzung nächster RM —

NATO-Herbsttagung

Aggressionen gegen Öl-Länder werden vorbereitet

BRÜSSEL. — Ganz im Sinne der neuesten Bonner Masche, die NATO als die größte Friedensbewegung aller Zeiten zu verkaufen, wertete Außenminister Genscher die am Wochenende abgeschlossene Herbsttagung des westlichen Militärpaktes: Man habe in Brüssel ein Angebot für umfassende Abrüstungsmaßnahmen vereinbart, das nicht nur für das Ost-West-Verhältnis als Signal zu werten sei, sondern das auch für die Dritte Welt den Frieden sicherer machen könne.

Man muß fast schon Bewunderung für das Maß an Unverschämtheit aufbringen, mit dem der Bonner Außenminister die Ergebnisse der NATO-Tagung in ihr genaues Gegenteil umgelogen hat. Denn tatsächlich verständigten sich die Außen- und Kriegsminister der westlichen Allianz über weitere gefährliche Rüstungsmaßnahmen, und sie trafen darüber hinaus konkrete Vorbereitungen dafür, solche Länder der Dritten Welt, die sich den „westlichen Interessen" widersetzten, mit Krieg zu überziehen.

Mit dem von Genscher erwähnten Abrüstungsangebot ist nichts anderes gemeint als die Zustimmung der NATO-Regierungen zu der von Reagan ins Gespräch gebrachten sogenannten Null-Lösung in der Frage der atomaren Mittelstreckenraketen. Wie im „Roten Morgen" bereits dargestellt, besteht dieses „Angebot" des amerikanischen Präsidenten in der Forderung an Moskau, sämtliche gegen Westeuropa gerichteten Raketen des Typs SS 20, sowie auch der älteren Typen SS4 und SS 5 zu verschrotten. Sollte der Kreml dieser Forderung nachkommen, will Washington großzügig auf die Stationierung von Pershing II und Cruise missiles in Europa verzichten.

Nun haben selbst amerikanische Regierungsbeamte offen zu verstehen gegeben, daß ein Eingehen Moskaus auf diese Forderung illusorisch sei und von den Reagan-Leuten auch gar nicht erwartet werde. Damit haben sie selbst die „Null-Lösung" als einen Propagandatrick entlarvt, mit dem der berüchtigte NATO-Doppelbeschluß gegen den wachsenden Widerstand in Westeuropa abgesichert werden soll. Wenn Moskau die „Null-Lösung" nicht annimmt — das wurde jetzt in Brüssel noch einmal bestätigt — dann werden ab 1983 die neuen amerikanischen Atomraketen stationiert. Und allein darauf kommt es den US-Imperialisten ja an.

Bemerkenswerterweise haben bei der Herbsttagung alle Minister den NATO-Raketenbeschluß bestätigt, auch die Vertreter der neuen „sozialistischen" Regierungen in Frankreich und Griechenland. Der Pariser Außenminister Cheysson gab sogar ausdrücklich ein Bekenntnis der Solidarität mit der „westlichen Führungsmacht" ab, deren Atomstrategie von der französischen Regierung voll gebilligt werde.

Gerüstet werden soll nach dem Willen der NATO-Minister aber nicht nur bei den Atomwaffen. Wie auf jeder Tagung des westlichen Pakts gaben die führenden Militärs ihre Berichte über eine angebliche Überlegenheit des sowjetischen Blocks in allen möglichen Bereichen ab, aus denen sich dringend die Notwendigkeit von Nachrüstungen ergeben würde. Der kanadische Admiral Falls beispielsweise beklagte zur Abwechslung wieder einmal die hoffnunglose Unterlegenheit der NATO im konventionellen Bereich, der schleunigst abgeholfen werden müßte. Alarmierend besonders für die Menschen in der Bundesrepublik waren die Ausführungen des NATO-Oberbefehlshabers Rogers, der auf eine verstärkte Produktion und Bereitstellung von chemischen Waffen drängte. Der Stationierungsort solcher Waffen wäre in erster Linie die Bundesrepublik, in der heute schon amerikanisches Giftgas in einer Menge gelagert ist, die ausreicht, um die gesamte europäische Bevölkerung zu vernichten.

NATO-Generalsekretär Luns nannte als wichtigstes Resultat der Herbsttagung die Verabschiedung eines Protokolls über den Beitritt Spaniens zum westlichen Kriegspakt. Auch diese Erweiterung der NATO wurde von allen Ministern abgesegnet, obwohl die Regierungsparteien in Griechenland, Dänemark und den Niederlanden gegenteilige Beschlüsse gefaßt hatten. Auch in Brüssel wurde jetzt wieder behauptet, der Beitritt Spaniens zur NATO wäre die beste Garantie für eine „Demokratisierung" der Madrider Armee und würde den Putschgelüsten der faschistischen spanischen Militärs endgültig einen Riegel vorschieben. Wahrhaftig ein schlechter Witz angesichts der Tatsache, daß gerade eben der amerikanische Kriegsminister Weinberger noch die türkischen Faschisten in den höchsten Tönen für die entschlossene Durchführung ihres Staatsstreiches gelobt hat.

Mit nahezu den gleichen Worten haben Ende der 60er Jahre hohe NATO-Militärs die griechische Militärjunta für ihr erfolgreiches Bemühen um „Recht und Ordnung" gerühmt. Und natürlich hat sich die Sympathie nicht auf lobende Worte beschränkt: Den Putschisten von Athen und Ankara ist auch kräftig dabei geholfen worden, das zu verwirklichen, was die Herren der NATO unter „Recht und Ordnung" verstehen. Überdies hat man auch in Spanien nicht vergessen, daß die faschistische Clique, die dort mit dem Sturm auf das Parlament einen Staatsstreich auslösen wollte, vor ihrem gescheiterten Putsch Verbindungen zur Reagan-Regierung aufgenommen hatte.

Der NATO-Beitritt wird entgegen allen Behauptungen die Faschisten im Militärapparat des Landes stärken; er ist die beste Garantie dafür, daß sich die amerikanischen Imperialisten noch stärker als bisher in die spanischen Angelegenheiten einmischen können, um ihre Kontrolle über dieses Land zu sichern. Die spanischen Werktätigen wissen das sehr wohl. Daher auch ihr massiver Widerstand gegen den NATO-Beitritt, der sich in der letzten Zeit immer wieder in Massendemonstrationen geäußert hat. Das Madrider Regime vollzieht die Integration in den westlichen Kriegspakt gegen den erbitterten Widerstand des Volkes.

Ähnliches kann heute auch von Griechenland gesagt werden. Der Erdrutschsieg von Papandreou bei der letzten Wahl ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß er im Wahlkampf einen Rückzug Griechenlands aus der NATO angekündigt hatte. Sehr eilig scheint es Papandreou damit allerdings nicht zu haben. In Brüssel verhinderte er zwar mit der Forderung nach einer NATO-Garantie gegen eine mögliche türkische Aggression zum ersten Mal in der Geschichte der Allianz die Verabschiedung eines gemeinsamen Kommuniques der Kriegsminister. Aber auf die Verweigerung dieser Garantie durch die übrigen NATO-Vertreter reagierte Papandreou, ohne irgendwelche konkreten Konsequenzen zu ziehen. Sein Taktieren auf der Herbsttagung wird aber mit Sicherheit dazu führen, daß sich die Anti-NATO-Bewegung in Griechenland noch weiter verstärkt.

Während in nahezu allen europäischen NATO-Ländern der Widerstand gegen die Kriegspolitik des Pakts anwächst, wurden in Brüssel die Grundlagen für eine weitere Verschärfung des aggressiven Kurses geschaffen. Zum ersten Mal in der NATO-Geschichte ist in einem offiziellen Dokument niedergelegt worden, daß auch militärische Aktionen außerhalb des NATO-Bereichs möglich sind. Im Kommunique der Außenminister heißt es, daß einzelne Mitgliedsländer, die „dazu in der Lage sind", auch außerhalb des NATO-Gebiets militärisch intervenieren können, wenn dort „lebenswichtige Interessen des Westens" bedroht sind. Für einen solchen Fall wurden enge Konsultationen mit den übrigen NATO-Ländern vereinbart, die eine solche Intervention dann durch „flankierende Maßnahmen" unterstützen sollen.

Was bedeutet dieses Dokument? Zunächst einmal: Es ist zugeschnitten auf die weltweiten Raubinteressen des amerikanischen Imperialismus. Denn die USA sind als einziges NATO-Land heute „dazu in der Lage", überall auf der Welt militärische Aggressionen anzuzetteln. Und in erster Linie haben die NATO-Strategen hier natürlich den Mittleren Osten im Auge. Sie haben es ja selbst oft genug gesagt, daß dann „lebenswichtige Interessen des Westens" bedroht sind, wenn die US-Imperialisten dort die Kontrolle über die Ölreichtümer verlieren (beispielsweise durch eine revolutionäre Bewegung wie 1979 im Iran).

Ein solcher Krieg ums Öl wäre dann aber nicht eine rein amerikanische Angelegenheit, sondern ein Krieg, den die NATO insgesamt führen würde. Und es handelt sich hierbei auch nicht um eine Möglichkeit, die irgendwann in ferner Zukunft einmal eintreten könnte. Nein, der Krieg ums Öl wird längst konkret vorbereitet. Die USA haben mit dem Aufbau ihrer „Schnellen Eingreiftruppe" begonnen, die auf über 100000 Mann aufgestockt werden soll. Und Stützpunkte, von denen aus diese Truppe ihre Aktionen gegen die Völker des Mittleren Ostens starten kann, werden gegenwärtig nicht nur in dieser Region selbst, sondern auch in der Bundesrepublik ausgebaut.



US-Eingreiftruppe beim Manöver in Ägypten

Nach einem NATO-Programm für den Ausbau von Infrastrukturmaßnahmen werden bis 1984 Kasernen, Depots und andere militärischen Einrichtungen ausgebaut, die der Eingreiftruppe als Stützpunkte dienen können. Schwerpunkt dabei sind die US-Basen in Stuttgart, Heidelberg, Ramstein, Frankfurt/Wiesbaden und Bremerhaven, wo es jetzt schon Befehlszentren für die Eingreiftruppe gibt. Über dieses Infrastrukturprogramm hinaus (das die westdeutschen Steuerzahler 2,5 Milliarden Mark kosten wird) hat Apel auch die Bereitstellung von 100000 Reservisten zugesagt, die im sogenannten Spannungsfall die dann zusätzlich in die BRD verlegten amerikanischen Truppen unterstützen sollen.

Überdies hat der amerikanische Kriegsminister Weinberger in Brüssel darauf gedrängt, daß sich die europäischen NATO-Länder auch unmittelbar mit eigenen Truppen an der „Schnellen Eingreiftruppe" beteiligen sollen. Darüber soll bei der NATO-Frühjahrstagung im nächsten Mai konkret entschieden werden.



Manöver mit C-Waffen

DGB Rheinland-Pfalz fordert:

Weg mit den amerikanischen Giftgas-Depots!

Die anhaltenden Proteste des rheinland-pfälzischen DGB gegen die Lagerung von chemischen Waffen der USA auf dem Territorium der Bundesrepublik haben durch die NATO-Herbsttagung (siehe Artikel auf dieser Seite) neue Aktualität erhalten. Der Oberkommandierende des Pakts, General Rogers, forderte unverhüllt eine „Nachrüstung" nun auch mit Giftgas.

Dadurch wurde auch eine kürzlich vom „Parlamentarisch Politischen Pressedienst" der SPD verbreitete Meldung über die verstärkte Produktion von Giftgas in den USA bestätigt. In der Meldung hieß es: „Das Nervengas soll möglicherweise ab 1983/84 außer in den USA ausschließlich auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationiert werden, dem wahrscheinlichsten Einsatzgebiet. Der CDU/CSU schwebt ein Nachrüstungsbeschluß bei C-Waffen ähnlich dem für Mittelstreckenraketen vor."

Mehr noch als für Atomwaffen wird bei den heute schon in der Bundesrepublik gelagerten chemischen Kriegswaffen von der Bundesregierung eine Politik des absoluten Totschweigens betrieben. Einzelheiten über das hier in amerikanischen Depots stationierte Giftgas sind erst durch eine Sendung des Fernsehmagazins „Monitor" enthüllt worden. Danach lagern allein in der Westpfalz sage und schreibe 2000 Tonnen Nervengas, unter anderem Tabun, Soman und VX. Man muß sich in diesem Zuammenhang einmal deutlich machen, daß in der italienischen Stadt Seveso 700 Gramm (!) Dioxin-Chlorgas ausgereicht haben, um eine ganze Region zu zerstören. An diesem Vergleich kann man ermessen, was geschehen würde, wenn etwa durch einen Unfall schon in „Friedenszeiten" auch nur eine geringe Menge der amerikanischen Kampfgase freigesetzt würde.

Vom „Ernstfall" ganz zu schweigen: Ähnlich wie die hier stationierten taktischen US-Atomwaffen ist auch das Gas für einen Kriegsschauplatz Mitteleuropa bestimmt. Und allein die im Depot bei Fischbach/Pfalz gelagerten C-Waffen würden ausreichen, die gesamte europäische Bevölkerung tödlich zu vergiften.

Angesichts dieser Gefahren hat der pfälzische DGB-Vorsitzende Julius Lehlbach schon im Mai einen Brief an Bundeskanzler Schmidt mit der Aufforderung geschrieben, für den Abbau der Giftgas-Depots zu sorgen. Der Kanzler ließ seinen Staatssekretär Lahnstein antworten. Die Bundesregierung, so hieß es in dem Schreiben, setze sich schon seit Jahren in besonderer Weise für ein umfassendes C-Waffenverbot ein. „Diese ständigen Bemühungen werden in keiner Weise dadurch beeinträchtigt, daß eine beschränkte Menge von US-C-Kampfstoffen in Übereinstimmung mit dem NATO-Truppenstatut und dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland gelagert wird." Zynischer geht es wirklich nicht mehr!

Der pfälzische DGB gab sich mit dieser Antwort jedoch nicht zufrieden, und er ließ sich auch nicht von der ebenso zynischen Bemerkung des Mainzer Ministerpräsidenten Vogel beeindrucken, nach der das „Gerede vom Giftgas" den Fremdenverkehr störe. Ende November organisierte der DGB in Pirmasens eine Protestveranstaltung, auf der Lehlbach noch einmal die Forderung an die Bundesregierung bekräftigte, alles zu unternehmen, damit die amerikanischen Giftgas-Depots verschwinden. Lehlbach sagte: „Wir sind keine Gladiatorentruppe unserer amerikanischen Verbündeten, die bereit ist, auf dem europäischen Schlachtfeld zu sterben, damit Amerika überleben kann."

Der SPD-Bezirksvorsitzende Willi Rothley berichtete auf der Protestversammlung über vergebliche Versuche von mehreren Parlamentariern seiner Partei, das C-Waffen-Depot bei Fischbach zu besichtigen. Der zuständige US-General Kroesen verweigerte ihnen mit dem Hinweis auf die Sicherheitsinteressen der NATO den Zugang zum Depot. Dieser Vorfall spricht Bände über die wirklichen Machtverhältnisse in diesem Land. In einer Frage, bei der es für unser Volk auf Leben und Tod geht, wird den Parlamenten sogar das Recht auf bloße Information verweigert, geschweige denn, daß sie irgendein Kontrollrecht über Lagerung und möglichen Einsatz der Massenvernichtungswaffen hätten. Gerade dieser Vorfall macht einmal mehr eindringlich deutlich, wie notwendig ein vollständiges Abkoppeln der BRD von der amerikanischen Supermacht und ihrer Kriegspolitik ist.

Geheimdokument der US-Politik für Lateinamerika enthüllt:

REAGANS SCHLACHTPLAN

Santa Fé —Beraterkomitee erarbeitete Terrorpläne

Ein kürzlich an die Öffentlichkeit gelangtes Dokument mit dem Titel „Eine neue inneramerikanische Politik für die 80er Jahre" erarbeitete das sogenannte „Santa-Fé"-Beraterkomitee, das seit längerem die Politik der USA für die beiden amerikanischen Erdteile maßgeblich beeinflußt. An diesem Dokument, das vor Reagans Wahlsieg verfaßt wurde, wirkte — neben dem Herausgeber Lewis Tambs — vor allem Roger W. Fontaine mit. Dieser Mann ist heute der offizielle Chefberater Reagans für lateinamerikanische Fragen und enger Mitarbeiter des „1000-Dollar-Mannes" Richard Allen. Die Linie der Politik,die darin vorgeschlagen wird, ist ohne Zweifel in der heutigen Reaganschen Lateinamerikapolitik verkörpert. Eine Politik der gnadenlosen Unterdrückung jeglicher Opposition und der bedingungslosen Stützung der faschistischen Strohmänner des amerikanischen Finanzkapitals. Dieses Dokument einer gewissenlosen imperialistischen Kriegspolitik besteht aus fünf Teilen sowie Vor- und Nachwort. Wir veröffentlichen davon kommentierend einige Auszüge.

„Die äußere militärische Bedrohung"

Nachdem die Autoren eine umfangreiche historische Darstellung der Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und den anderen Staaten Amerikas dazu genutzt haben, die sogenannte „Monroe-Doktrin" („Amerika den Amerikanern") als Begründung für eine Schutzrolle der USA für den Erdteil auszugeben, gehen sie auf die Gründe für die gegenwärtige Situation ein. Die ist ihrer Meinung nach durch ein ständiges sowjetisches Vordringen gekennzeichnet. Dabei versteigen sie sich zu folgenden Behauptungen:

„Die Wurzeln des gegenwärtigen Dilemmas, was die Sicherheit der USA betrifft, findet man zu Beginn der sechziger Jahre mit dem Scheitern der Schweinebucht (der bewaffnete Überfall des CIA auf Kuba, der niedergeschlagen wurde — d. Red.) und dem folgenden Vertrag von Kennedy und Chruschtschow im Jahre 1962 (...) eine Zeit, in der man akzeptierte, was man vorher für inakzeptabel eingeschätzt hatte."

Bleibt also als erste Bemerkung über die Politik dieser „Berater", daß sie das Scheitern des Banditenüberfalls auf Kuba bedauern, daß sie die weitere Existenz Kubas als Kern der Schwierigkeiten sehen, auf die der USA-Imperialismus stößt.

„Die Lateinamerika-Politik Jimmy Carters (...) ist der Höhepunkt dieses Anpassungsprozesses, mit dem Lateinamerika aus der Strategie der USA ausgeklammert wurde und die unabhängigen Regierungen dieser Region gegenüber den außerkontinentalen Angriffen der internationalen kommunistischen Bewegung alleine gelassen wurden."

Im folgenden führen die Autoren des Dokuments eine Reihe von Tatsachen an, die beweisen sollen, wie Jimmy Carter sich sozusagen als Agent des Weltkommunismus, wie er vom Komitee verstanden wird, betätigt hat. Vor allem wird darin die Rede Carters von Notre Dame im Jahre 1977 attakiert.

In dieser Rede hatte Carter als einen Eckpunkt seiner Außenpolitik die „Überwindung der übertriebenen Angst vor dem Kommunismus" proklamiert. Das bedeutete als Konsequenz dann die Aktivitäten von Andrew Young gegenüber den schwarzafrikanischen Befreiungsbewegungen und andere Veränderungen, die einen Versuch darstellten, von innen heraus Einfluß auf solche Bewegungen zu nehmen.

„Jetzt sieht sich die Carter-Administration einer Sowjetunion gegenüber, die in der Karibik fest eingerichtet ist und der Möglichkeit eines marxistischen und prokubanischen Mittelamerika."

„Die kubanischen Erfolge in der Karibik und Mittelamerika sind augenfällig. Guyana unter Premier Forbes Burnham ist ein marxistischer prosowjetischer Staat. Burham beantragte die Mitgliedschaft im COMECON im Januar 1977. Georgetown erlaubte Kuba die Benutzung seines internationalen Flughafens als Auftankbasis zu Beginn der Einmischung Kubas in den angolanischen Bürgerkrieg (...) Der Premierminister von Jamaica, Michael Manley, besuchte Kuba im Juli 1975. ‚Granma', die kommunistische kubanische Tageszeitung nannte ihn einen aufrichtigen Freund der kubanischen Revolution (...) Maurice Bishop ergriff die Macht in Grenada im März 1979. Sein neuer Flughafen wird von den Kubanern gebaut. Von da aus kann der Tiefseekanal beherrscht werden, der an der Insel Grenada vorbeiführt und auf dem 52 Prozent des in die USA importierten Erdöls gefahren werden. (...) Panama ist unter der Kontrolle des linken Flügels des Militärregimes, das, nach CIA-Angaben, Zwischenstation bei der Lieferung von Waffen an die Sandinisten war."

Und so geht es weiter. Jede Regierung, die nicht strammer Befehlsempfänger Washingtons ist, wird schlichtweg als eine Agentur Moskaus bezeichnet. Und in jedem Fall werden dabei Argumente — angebliche Tatsachen — angeführt, die beweisen sollen, wie solche Regierungen sowohl die Sicherheit ganz Amerikas als auch die besonderen Interessen der USA bedrohen würden. Nicht nur Kuba und Nicaragua, auch die drei karibischen Staaten und Panama werden kurzerhand zu Unsicherheitsfaktoren erklärt, zum sowjetischen Einflußgebiet gemacht.

Ergänzt und verschärft wird dieses Bild einer anscheinend umzingelten USA-Regierung durch die Darlegungen der Autoren über die innere Entwicklung in verschiedenen Staaten.

Die innere Subversion — ein Volk von Agenten?

„Die Politik der USA in Lateinamerika muß den vollständigen Zusammenhang zwischen der äußeren Aggression und der inneren Subversion in Rechnung stellen."

Diese Grundaussage des zweiten Abschnittes des Beraterpapiers heißt nichts anderes, als daß man in Washington wie eh und je jede oppositionelle Bewegung in irgendeinem Land Amerikas als von Moskaus Gnaden diffamieren und entsprechend eingreifen will. Deshalb wird sofort anschließend unterstrichen:

„Die Roldos-Doktrin muß verurteilt werden". Die Roldos-Doktrin, eine Stellungnahme des Präsidenten von Ecuador, enthielt aber nichts anderes als die Selbstverständlichkeit, daß man keine äußeren Eingriffe in die Angelegenheiten souveräner Staaten zulassen darf.

In vier weiteren Vorschlägen zur Bekämpfung der inneren Subversion wird unter anderem vorgeschlagen, die Politik der USA vor der feindlichen Propaganda in zahlreichen Medien in Schutz zu nehmen, eine entsprechende Informationspolitik zu machen und auch Alternativen in Form politischer Parteien zu schaffen. Weiter wird der sogenannten „Theologie der Befreiung" der Kampf angesagt und auch Carters Menschenrechtskampagne verurteilt, da die autoritären Regierungen einiger Staaten einfach nicht zu ersetzen seien.

Wenn man die heutige Politik der Reagan-Regierung betrachtet, so kann man sehen, daß die Wiederaufrichtung und offizielle Aufwertung der Beziehungen zu Regimes wie Chile und Südafrika beispielsweise eben diesen hier geäußerten Ratschlägen entspricht.

Wirtschafts- und Sozialpolitik: Hungerwaffe

Neben der Preisung des Privateigentums, das es überall zu stützen und zu stärken gelte, werden auch in diesem Teil des Dokuments ganz offen Vorschläge zu terroristischen Maßnahmen gemacht, Verbrechen gegen die Menschheit ausgeheckt.



Siegesfeier der Sandinisten in Nicaragua — für die Santa-Fe-Leute war Somozas Niederlage von Carter verschuldet, der ihm zu wenig geholfen habe.

„Nahrungsmittel sind eine Waffe in Kriegszeiten. Vier der sieben landwirtschaftlichen Überschußerzeuger sind in der westlichen Hemisphäre angesiedelt: Kanada, USA, Brasilien und Argentinien. Zusammen mit dem pazifischen Produzenten Australien und Neuseeland kann Amerika einen enorm starken Druck auf Staaten, die sich möglicherweise feindlich verhalten könnten, ausüben..."

„Die USA werden, indem sie mit der AFL-CIO zusammenarbeiten,die freie Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika stärken, da die autonomen Gewerkschaften nötig sind für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Verteidigung der demokratischen Institutionen."

Nun ist es eine altbekannte Tatsache in Lateinamerika, daß die AFL-CIO von aktiven Gewerkschaftern dieser Länder lieber AFL-CIA genannt wird, da der verbrecherische US-Geheimdienst eine solche Arbeit der Zersetzung der lateinamerikanischen Gewerkschaftsbewegung seit langem organisiert. Wenn das jetzt in dieser Form offen erklärt wird, so heißt dies nichts anderes,als daß man nun die Zügel fester und direkter in die Hand nehmen will.

Im weiteren Verlauf der Studie machen die Autoren umfangreiche Ausführungen darüber, daß die entscheidende Frage in Lateinamerika die sei, die Produktion zu steigern und daß dafür der Privatkapitalismus das beste System sei, weshalb die USA es mit allen Mitteln fördern müßten. Dazu wird auch eine Verstärkung und gründliche Veränderung der „gemeinsamen Kulturarbeit" gefordert, die auf den gemeinsamen kulturellen Erbschaften aus griechischer Philosophie, römischem Recht und der jüdisch-christlichen Ethik basieren müsse. Abgesehen davon, daß solche Werte den traditionellen ideologischen Überbau des Kapitalismus darstellen, wird in diesen ganzen kulturellen Betrachtungen in typisch US-rassistischer Manier mit keinem Wort auf bestehende afrikansiche Traditionen oder gar auf die Werte der indianischen Ureinwohner eingegangen.

Viel Aufmerksamkeit widmen die Autoren auch dem Ausbau und der Stärkung der inneramerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft der verschiedensten Art, mit denen Freihandel, Entwicklungshilfe und Produktionsvergrößerung erreicht werden sollen.

Im vierten Teil der Studie wird schließlich die Menschenrechtskampagne von Jimmy Carter als falsch und schädlich zusammenfassend verurteilt und ihre endgültige Aufgabe verlangt,— was ja auch bereits geschehen.

Besondere Beziehungen

Ausführlich wird im letzten Teil des Dokuments die Frage der Beziehungen der USA zu sogenannten Schlüsselstaaten erörtert.

„Glücklicherweise, durch die Umstände und eine vernünftige Politik haben die USA nahezu ständig gute Beziehungen zu Brasilien genossen. (...)"

Im weiteren wird hervorgehoben, daß Brasilien das entscheidende Land in Südamerika ist und daß auch hier die Carter-Politik Rückschläge völlig unnötiger Art gebracht habe. Carstens Widerstand gegen das Atomgeschäft zwischen Brasilien und der Bundesrepublik habe lediglich Mißtrauen und Mißstimmung in Brasilien geschürt und Radikalen Munition geliefert. Nun müsse man gerade auch auf dem Gebiet der fortgeschrittensten Technik engstens mit diesem Staat zusammenarbeiten, der zur Jahrhundertwende eine große Weltmacht sein werde.

Auch über Mexiko wird dabei sehr ausführlich geschrieben. Mexiko müsse, so die Autoren, der Hauptlieferant für Erdöl an die USA werden — dazu aber müßten die Beziehungen wieder „normalisiert" werden, wie sie es nennen. Das kann nur bedeuten, daß man das mexikanische Regime stärker unterstützen will, ohne es besonders öffentlich zu machen, da die USA in weiten Kreisen Mexikos nicht besonders beliebt sind.

„Die USA können nicht weiterhin ein Kuba als Vasallenstaat der Sowjetunion akzeptieren. Die kubanische Subversion muß als solche benannt und bekämpft werden. Der Preis, den Havanna für solche Aktivitäten bezahlen muß, darf nicht klein sein. Die USA können ihre Glaubwürdigkeit nur wiederherstellen, indem sie sofort Maßnahmen ergreifen. Die ersten Schritte müssen offen der Bestrafung dienen. Die kubanischen Diplomaten müssen Washington verlassen. Die Luftaufklärung muß wiederaufgenommen werden. Die nordamerikanischen Touristikdollars müssen gekürzt werden. Das Fischereiabkommen von 1977, das die kubanische Fischereiflotte begünstigt, muß revidiert werden."

„So wird Kuba klar mit zwei Möglichkeiten konfrontiert werden. Es ist frei,zu wählen. Aber die USA müssen sowohl die Drohung als auch die Versprechung mit derselben Kraft darstellen."

Nachdem nochmals unterstrichen wird, daß Amerika den Amerikanern vorbehalten bleiben muß, eine interamerikanische Sicherheitstruppe für den Panama-Kanal ebenso vorgeschlagen wird wie ein gemeinsames Programm zur weiteren Steigerung der gesamtamerikanischen Erdölförderung,— da die Erdölproduzenten am Golf von Persien zu nahe an der UdSSR und zu instabil seien, um auf Dauer Hauptlieferant sein zu können — wird auch noch auf die besondere Beziehung zu Kanada eingegangen.

„Kanada muß dazu gebracht werden, größere Verantwortung in der Verteidigung und der Entwicklung Amerikas zu übernehmen, indem es seinen Einfluß auf die früheren englischen Kolonien der westindischen Inseln und um die Karibik ausbaut."

Ein vorbildliches Vorgehen

Nachdem festgestellt wird, daß also die Lage insgesamt ernst sei und schnelle Maßnahmen erfordere, fassen die Autoren nochmals zusammen:

„Eine entscheidende Aktion wie die Besetzung der Dominikanischen Republik im Jahre 1965 ist entwertet worden durch gegenteiliges Reagieren wie beim Vertrag Carter-Torrijos von 1978." (...)

Und abschließend heißt es:

„Lateinamerika ist für die USA von lebenswichtiger Bedeutung. Die Vorstellung von der Weltmacht der USA haben stets auf einer kooperationsbereiten Karibik und einem Südamerika, das uns unterstützt, beruht. Für die USA ist eine Spaltung unmöglich. (...) Nur die USA als Partner können die unabhängigen Nationen Lateinamerikas vor der kommunistischen Eroberung schützen..."

Dieses Papier des Santa-Fé-Komitees stellt allerdings einen wirklichen Schlachtplan dar, der heute, wie man sehen kann, von Reagan verwirklicht wird. Ein Schlachtplan, der auf die militärische Aggression zielt, wenn es nicht gelingt, den Widerstand der Völker anders zu brechen, einen Widerstand, den man stets in Zusammenhang mit der UdSSR stellt.

Dagegen sollen Hunger und bezahlte Gewerkschaftsbonzen, Schriftsteller und interamerikanische Organisationen aufgeboten werden, die allesamt nur einem Ziel dienen: Der Festigung der Vorherrschaft der USA auf dem amerikanischen Kontinent. Dies ist ein Dokument einer verbrecherischen, völkermordenden Politik, das einmal mehr unterstreicht, wozu Reagan und seine Mannschaft bereit sind, wenn es um die Interessen der nordamerikanischen Dollarkönige geht: zu allem!

Der Steppenwolf vom Bayrischen Rundfunk

BR-Journalist verherrlicht die Waffen-SS

Den Lesern der faschistischen „Nationalzeitung" wurde vor einigen Wochen ein neu erschienenes Buch besonders warm ans Herz gelegt: „Nicht jeder kann sich publizistisch erleichtern. Wer aber ‚Ich war dabei' gelesen hat, dem ist schon viel geholfen. Dieses Buch schafft geistige Befreiung."

Geschrieben hat dieses von der „Nationalzeitung" zum „Buch des Jahres" hochgejubelte Werk ein gewisser Franz Schönhuber. Der Mann ist Programmbereichsleiter „Bayern Information" und stellvertretender Fernsehchefredakteur beim Bayrischen Rundfunk. Und das Buch unter dem Titel „Ich war dabei" ist eine Rechtfertigung und Verherrlichung seiner eigenen Vergangenheit als SS-Mann.


Deutsche National-Zeitung

freiheitlich unabhängig überparteilich

Der deutsche Soldat – Held oder Verbrecher?

Wird Schönhuber-Buch verboten?

Dürfen sich Ausländer alles erlauben?

Vor zwei Jahren wurde diese Vergangenheit des führenden Fernsehmannes zum ersten Mal einem größeren Kreis von Mitarbeitern beim Bayrischen Rundfunk bekannt. Damals ging es gerade darum, ob Schönhuber in seinen Funktionen beim Sender bestätigt würde. Er wurde — seine Vergangenheit als Mitglied einer verbrecherischen Mordbande störte die Bosse beim Bayrischen Rundfunk nicht im geringsten. Das mochte den stellvertretenden Chefredakteur wohl dazu ermutigt haben, nun seinerseits in die Offensive zu gehen. Er bekundete lautstark seine Verachtung für all diejenigen, die sich nicht klar zu ihrer Nazi-Vergangenheit bekennen: „Gegenüber diesen opportunistischen Kakerlaken, Politik-Windsurfern, war ich doch ein wahrer Steppenwolf."

Und Schönhuber begann, seine Geschichte als Soldat der Waffen-SS aufzuschreiben; der Langen-Müller-Verlag brachte das Ganze in diesem Oktober als Buch heraus und konnte schon vor einem Monat stolz melden, daß bereits zwei Auflagen mit je 10000 Exemplaren vergriffen sind.

Für den Mann vom Bayrischen Rundfunk ist der Krieg zunächst ein großer Spaß und ein herrliches Abenteuer gewesen. Freimütig bekennt er seine „fast erotischen Beziehungen zu Kampf und Auseinandersetzung". Dabei hat sich für ihn die Erotik aber durchaus nicht nur auf seine Tätigkeit in Hitlers Mordbrigaden erschöpft. Im jugoslawischen Ljubljana zum Beispiel, so läßt er den Leser wissen, hatte er in einem „fidelen Lazarett" eine flämische Krankenschwester „wie aus dem SS-Wunschkatalog".

Aber es geht Schönhuber nicht in erster Linie darum, zu schildern, wie bumsfidel der Krieg für einen SS-Mann war. Sein eigentliches Anliegen ist es, die „aufrechten und tapferen Männer der Waffen-SS" ins rechte Licht zu rücken. Denn das waren „Faschisten mit menschlichem Antlitz", die einen „wahren, idealistischen Nationalsozialismus" schaffen wollten.

Diesen „besten Elementen des Faschismus", wie sie in den SS-Divisionen wie der „Leibstandarte Adolf Hitler" (der auch Schönhuber angehörte) zusammengefaßt waren, stellt der Autor die finsteren Untermenschen auf dem europäischen Kontinent gegenüber — beispielsweise habe es die Resistance gar nicht gegeben. Denn die Herzen der Menschen hätten „fast überall in Frankreich für Philip Pétain, den Sieger von Verdun" geschlagen. (Pétain war die französische Marionette der deutschen Besatzungsmacht.) Widerstand gegen die Hitler-Armee hätte es nur da gegeben, wo es darum ging, wehrlosen, verwundeten SS-Leuten einen Genickschuß zu verpassen oder Nachschubkolonnen feige aus dem Hinterhalt zu beschiessen.

Von KZs, von Vergasungen, vom systematischen Massenmord hat der Steppenwolf Schönhuber nichts gehört. Es taucht in seinem Buch zwar einmal der Name Dachau auf, aber nur deshalb, weil dort „300 deutsche SS-Leute völkerrechtswidrig erschossen wurden." Schönhuber beklagt in seinem Machwerk bitter das politische Klima in der heutigen Bundesrepublik: „Unser Zeitgeist erlaubt ja keine anständigen ehemaligen Faschisten, anständige und tapfere gleich zweimal nicht." Damit tut er dem Zeitgeist aber wirklich unrecht. Denn immerhin war es ja möglich, daß ein Faschist wie Schönhuber bis in die oberen Ränge einer öffentlich-rechtlichen Anstalt aufrücken konnte. Mit tatkräftiger Unterstützung der bayrischen SPD übrigens.

Nachdem Schönhuber seine offenherzigen Bekenntnisse auf den Markt geworfen hat, gibt es nun zum ersten Mal massive Proteste gegen diesen Mann. Die Deutsche Journalisten Union etwa forderte, daß sein Machwerk auf den Index der jugendgefährdenden Schriften gesetzt wird. Auch die SPD rückte jetzt von Schönhuber ab. Das Naheliegendste und unmittelbar Erforderliche aber, nämlich daß dieser SS-Verherrlicher auf der Stelle auf die Straße gesetzt wird, das ist nicht geschehen. Im Gegenteil: Schönhuber soll sogar vom Stellvertreter zum Chefredakteur für den Bereich Fernsehen aufrücken.



Kein Sex im Jenseits

Was Sie immer schon wissen wollten, aber nie zu fragen wagten: Wie ist das eigentlich im Himmel mit den sexuellen Freuden? Nix is. Sagt jedenfalls Karel Wojtyla, der auch unter dem Künstlernamen Johannes Paul II. bekannte Experte für angewandte Jenseitsforschung.

Also, es ist so: Männer und Frauen werden ihre sexuellen Unterschiede auch als Englein beibehalten, weil nämlich „die Wiederauferstehung die psychosomatische Natur des Menschen nicht verändert." Aber es wird im Himmel keine Ehe mehr geben, deshalb auch keine Fortpflanzung, von den rein fleischlichen Gelüsten ganz zu schweigen.

„Diesem Gedanken", so stand in den Zeitungen zu lesen, „widmete Johannes Paul II. seine Generalaudienz vor 4000 Zuhörern." Gut, daß er da mal endlich Klarheit geschaffen hat.

Aber ob sich bei solchen Aussichten das Sterben überhaupt noch lohnt?

Originalflugblatt von Holger Börner vom 21.2.1952

Wir rufen Dich zum Widerstand

gegen eine Politik
der vollendeten Tatsachen
gegen eine Politik
der sozialen Reaktion
gegen eine Politik,
die nur den Generälen und Rüstungslieferanten
Vorteile bringen wird!

Der Tag der Abrechnung mit dieser Politik wird kommen! Dann sei auch Du bereit und fordere Dein Recht!

Sozialistische Jugend Deutschlands

Bezirksverband Hessen Nord
gez. Holger Börner

Dem schließen wir uns voll und ganz an!
Keine Startbahn West! Volksentscheid!

Frankfurter Arbeitsgemeinschaft
Volksbegehren!

Widerstand

Wer ruft denn hier? Hetzen Chaoten zum Bürgerkrieg? Nein, es ist (bitte das Kleingedruckte unter dem Pamphlet lesen!) Holger Börner höchstpersönlich. Und das Ding ist auch noch völlig echt. Allerdings nicht mehr so ganz taufrisch: Es handelt sich bei dem hier abgedruckten Aufruf um ein Originalflugblatt aus dem Jahre 1952. Aber damals war Holger Börner ja auch noch nicht Ministerpräsident in Wiesbaden, sondern nur ein kleiner Falken-Funktionär in Hessen-Nord.

Startbahngegner haben das alte Flugblatt ausgekramt und wieder in Umlauf gebracht — mit dem Zusatz: „Dem schließen wir uns voll und ganz an! Keine Startbahn West! Volksentscheid!"

Als dann, Holger: Der Tag der Abrechnung wird kommen!

„Die schönste Gabe"

Weihnachten rückt unaufhaltsam näher. Und nicht jeder sieht den Festtagen mit ungetrübter Freude entgegen. Steigende Preise, sinkende Einkommen — das macht sich gerade jetzt empfindlich bemerkbar. Da gibt es schon so einige Probleme mit den Weihnachtseinkäufen.

Das ist natürlich auch der „Einheit" nicht verborgen geblieben, dem Organ der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie. Und wer die „Einheit" kennt, der weiß auch, daß es sich dieses Blatt nicht so einfach macht wie viele, die angesichts des großen Lochs im Portemonnai auf die Kapitalisten, die Regierung und sonstwen schimpfen. Nein, in der „Einheit" wird noch echte, praktische Lebenshilfe geboten.

Und dafür ist der allseits beliebte Hausdichter Kalla Koks zuständig. Was er sich unter dem Titel „Adventsbesinnung" zusammengereimt hat, wollen wir auch unseren Lesern nicht vorenthalten:

„Kalla Koks denkt im Advent,
wenn das erste Lichtlein brennt,
wie zu weihnachtlichen Zeiten
wäre viel Freude zu bereiten.

Was an materiellen Dingen
auf den Gabentisch zu bringen
mit gefülltem Portemonnai,
das ist eins-zwei-drei okay.

Aber, wer den Heiermann
umdrehn muß, ist schlechter
dran.
Der sollt einmal daran denken,
Unbezahlbares zu schenken.

Kalla meint: Die schönste Gabe,
die man zu verschenken habe
grade jetzt zur Weihnachtszeit,
das sei echte Herzlichkeit!



Aus: „Einheit"

Also nicht immer nur den schnöden materiellen Dingen nachjagen. Ist kein Geld da, macht nichts — die schönste Gabe ist doch die Herzlichkeit. Und wenn das jetzt zu Weihnachten richtig klappt, probieren wirs nächstes Jahr auch mal bei der Tarifrunde — statt Prozente gibts dann ein herzliches Glück auf von der Ruhrkohle AG.

Knüppel-Orden

Daß Polizisten hierzulande straflos Menschen zusammenprügeln oder auch einfach abknallen können, ist eine längst bekannte Tatsache. Todesschützen sind ebensowenig bestraft worden wie beispielsweise die Verantwortlichen für den Tod des jungen Demonstranten Klaus-Jürgen Rattay in Westberlin (siehe Seite 7).

Neuerdings gibt es aber neben den üblichen Sprüchen („Die Beamten haben sich korrekt verhalten") auch noch besondere Ehrungen für Bürgerkriegskommandos. Die Idee dazu kam — wie sollte es auch anders sein — aus Bayern. Auf Anregung von Strauß verlieh Bundespräsident Carstens letzte Woche einem Polizeioberwachtmeister aus München das Bundesverdienstkreuz. Giftgas-Tandler überreichte den Orden.

Wofür die große Ehre? Der Wachtmeister gehörte einem bayerischen Kommando an, das sich bei der Schlacht um Brokdorf Ende Februar besonders durch ausgewählte Brutalität hervorgetan hatte.

Man kann die Ehrung aber auch anders begründen. So wie Tandler es getan hat. In der Person des mit dem Verdienstkreuz bedachten Polizisten würden alle Polizeibeamten geehrt, die „Leib und Leben dafür einsetzen, Gewalt und Terror zu widerstehen und unsere freiheitlich-demokratische Ordnung zu schützen".



Samstag, 19. Dezember
22.10 Uhr, NDR/WDR III
Versuch über Schinkel. Film von Paul Falkenberg über den preußischen Baumeister Karl Friedrich Schinkel, dessen 200. Geburtstag in diesem Jahr gefeiert wurde.

***

Montag, 21. Dezember
16.30 Uhr, NDR/WDR III
Der Tolpatsch. Gibt's ein Mittel gegen den sentimentalen Weihnachtsrummel? Ja — Jerry Lewis. An drei aufeinanderfolgenden Tagen zeigt das dritte Programm im Norden und Westen Komödien von Norman Taurog aus den 50er Jahren mit Jerry Lewis und Dean Martin, dem besten Komiker-Paar seit Laurel und Hardy. Dienstag: „Wo Männer noch Männer sind". Mittwoch: „Patient mit Dachschaden". Jeweils 16.30 Uhr.

***

Montag, 21. Dezember
20.15 Uhr, NDR/WDR III
Der unvergessene Krieg. Gezeigt wird die Folge „Die Schlacht um Berlin". Gegen die auf die Hauptstadt vorrückende Rote Armee mobilisieren die Faschisten ihre letzten Reserven; auch Hitler-Jungen und Greise werden in den Kampf gehetzt. Zwei Wochen dauert die Schlacht um Berlin, dann ist die Hauptstadt des Reiches in der Hand der sowjetischen Befreier.

***

Anschließend: „Anruf erwünscht". Unter der Nummer 0221/2871 können Zuschauer ab 20.15 Uhr anrufen und Fragen zur Sendung stellen.

***

Montag, 21. Dezember
21.50 Uhr, Südwest III
Der unvergessene Krieg. Es läuft die Folge „Krieg in der Arktis".

***

Dienstag, 22. Dezember
22.05 Uhr, ZDF
Die Eindringlinge. Der norwegische Spielfilm von Erik Solbakken schildert das Leben von Arbeitern, die in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg eine Eisenbahnlinie bauen. Mit Nils Ole Oftebro und Ragnhild Hilt.

***

Dienstag, 22. Dezember
22.20 Uhr, HR III
Kumpel ist doch auch etwas. In der Serie „Geschichte in Geschichten" sprechen diesmal Bergleute über ihre Erfahrungen.

***

Donnerstag, 24. Dezember
18.45 Uhr, NDR/WDR III
Weihnachtsoratorium. Die ersten drei Kantaten des Oratoriums von J.S. Bach werden in einer Aufnahme mit dem Dresdener Kreuzchor gesendet.

***

Versorgungsmängel — Notstandsmaßnahmen

Woher kommt die Wirtschaftskrise in Osteuropa?

In den letzten Wochen mehren sich die Nachrichten über schwerwiegende Versorgungsmängel in nahezu allen pseudosozialistischen Staaten Osteuropas. Keine Butter in Moskau, Kriegsrationierung in Rumänien, Mißernte in der Tschechoslowakei, und selbst in Bulgarien mangelt es an landwirtschaftlichen Produkten. Die DDR beschließt Plankürzungen und von Polen braucht man es gar nicht besonders zu betonen, daß es dort an Brot fehlt. Dort wird die Schuld der Gewerkschaftsbewegung gegeben. In den anderen Ländern ist es, wenn man der westlichen Propaganda folgt, eine Auswirkung des sozialistischen Wirtschaftssystems, das einmal mehr seine angebliche Unfähigkeit erweise. Die Revisionisten dagegen behaupten, das seien nur Randerscheinungen, vorübergehend und eigentlich unwichtig. Tatsache ist auf der anderen Seite, daß in dem kleinen einstmals so armen Albanien heute die Versorgung der Bevölkerung nicht nur gesichert ist,— im Gegensatz zu den vorher erwähnten Staaten — sondern ständig verbessert wird. Wo liegen die Ursachen für diese Erscheinungen und welche Systeme stehen dahinter?

Ist es wirklich so, wie die westlich-imperialistische Propaganda behauptet, daß dies ein weiterer Beweis für die Untauglichkeit des sozialistischen Systems sei? Wie sieht denn das Wirtschaftssystem in diesen Ländern wirklich aus, wenn man es sich frei von Demagogie und propagandistischen Verzerrungen betrachtet?

Der schwarze September der Sowjetwirtschaft

Am 9. September 1962, vor nunmehr also über 19 Jahren, erschien in der „Prawda" ein Grundsatzartikel, der Geschichte machen sollte. Professor Evsey G. Libermann schrieb darin über „Plan, Gewinn, Prämie". Damit wurde offiziell eine umfassende Debatte über die Reformierung der sowjetischen Wirtschaft eingeleitet — allein in den restlichen Monaten des Jahres 1962 erschienen in den zentralen sowjetischen Zeitungen rund 7000 Artikel, Stellungnahmen und Briefe zu diesem Vorhaben.

Der Artikel war aufgrund verschiedener vorhergehender wirtschaftlicher Versuche in der Sowjetunion erarbeitet worden und sollte die Grundlage für eine kontinuierliche Reform schaffen. In einem Rückblick bemerkt Libermann dazu, daß erst das Plenum des Zentralkomitees der revisionistisschen sowjetischen Partei vom Oktober 1964 (als Nikita Chruschtschow von Leonid Breschnew „abgelöst" wurde) der Phase „unüberlegter und voreiliger administrativer Änderungen" ein Ende gesetzt habe. Auf diesem Plenum wurden, als erster wirtschaftspolitischer Beschluß unter Breschnews Führung, Kommissionen zur Wirtschaftsreform eingesetzt. Deren Arbeit bildete die Grundlage für die zentralen Beschlüsse, die das ZK im September 1965 faßte. In diesen Beschlüssen, die die gesamte Debatte zusammenfaßten, waren die Vorschläge Libermanns (die keineswegs nur von ihm kamen) als diejenigen beinhaltet, die man für die effektivsten hielt.

„Anfang 1967 waren bereits 704 Unternehmen mit einer Belegschaft von mehr als zwei Millionen Beschäftigten zum neuen System übergegangen. (...) Im Herbst 1967 betrug die Zahl der Betriebe, die das neue System anwendeten 5500; sie stellten ein Drittel der gesamten Industrieproduktion her; ihr Anteil am Gesamtgewinn der Industrie machte zur selben Zeit etwa 45 Prozent aus. (...) Schließlich arbeiteten also im April 1969 insgesamt bereits über 32000 Unternehmen, auf die mehr als 77 Prozent der gesamten Industrieproduktion entfielen, unter den neuen Bedingungen. (...) In vollem Ausmaß wurde die wirtschaftliche Rechnungsführung am 1. April 1969 in 3743 Sowchosen (landwirtschaftlichen Staatsgütern) eingeführt." (1)



Sowjetischer Einmarsch in Prag: Die Dubcek-Leute mußten gehen, der Kern ihrer „wirtschaftlichen Reformen" blieb.

Man kann aus diesen Angaben aus höchstoffizieller sowjetischer Quelle also ersehen, daß von den Beschlüssen des ZK im September 1965 an in enormem Tempo die Umstellung der sowjetischen Wirtschaft erfolgte, und daß sie im Januar des Jahres 1970 weitestgehend abgeschlossen war.

Auf dieser ZK-Tagung hieß es: „Im Grunde genommen gibt es kein Organ, das die Fragen der Entwicklung eines Zweiges in ihrer großen Vielfalt prüfen und entscheiden könnte." (2) Das heißt, daß die Phase der Experimente, der allmählichen Aushöhlung des alten Systems, wie es seit 1955 begonnen worden war, in nur fünf Jahren zu einem zügigen und kompletten Abschluß mit einheitlicher Ausrichtung geführt wurde. Mit was für einer Ausrichtung?

Grundzüge der neuen Sowjetwirtschaft

„Es versteht sich von selbst, daß die Verminderung der Zahl von Plankennziffern, die von den oberen Instanzen festgelegt werden, die wirtschaftliche Eigenverantwortung des Unternehmens wesentlich erweitert. Dazu trägt in hohem Maße auch das Statut des sozialistischen staatlichen Produktionsbetriebs bei. Es überträgt den Betriebsleitern viele Rechte, die gesetzlich untermauert werden." (3)

Eines der Grundkennzeichen der revisionistischen Wirtschaftsreformen in allen scheinsozialistischen Staaten Osteuropas ist es, daß zwar eine zentrale Planung bestehen bleibt, daß aber der Spielraum, den die einzelnen Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen haben, wesentlich erweitert wird. Und daß die Wahrhehmung dieses Spielraums vor allem und zwar gesetzlich geregelt — den jeweiligen Betriebsleitern zugute kommt.

Die Vorgaben eines staatlichen Wirtschaftsplans werden zunehmend mehr zu sogenannten Eckziffern oder Grunddaten herabgemindert, ähnlich, wie man sie durchaus auch aus manchen offen kapitalistischen Staaten kennt. Die Betriebe schließen untereinander immer mehr direkte Lieferverträge ab. Es werden sogar eigens Schiedsstellen für Streitigkeiten eingerichtet. So zeigt sich bereits an der Organisation der Bruch mit dem alten „stalinistischen" Wirtschaftssystem. Das Instrument der zentralen Planung wird zunehmend verwässert — oder gar ganz abgeschafft, wie inzwischen weitgehend in Ungarn. Die Planung der Produktion wird den politischen Gremien und Organen des Staates genommen und den Fachleuten und Experten auf Betriebs- oder Branchenebene zugeteilt.

„Die Entfaltung der Produktion wird sowohl aus Mitteln des Staatshaushalts als auch aus den Eigenmitteln des Unternehmens finanziert. Hervorzuheben ist, daß die Reform die zunehmende Ersetzung der staatlichen Zuwendungen für Grundinvestitionen, zu deren Rückzahlung die Betriebe nicht verpflichtet sind, durch verstärkte Verwendung von Eigenmitteln der Betriebe oder der Betriebsvereinigung sowie durch Inanspruchnahme von Bankkrediten vorsieht." (4)

Mit dieser Aussage werden gleich zwei zentrale Erscheinungen der neuen sowjetischen Wirtschaft gekennzeichnet: Der weitere Rückzug des Staates aus der Produktions- beziehungsweise hier Investitionsplanung. Also: nicht nur aus der Festlegung des Produktionsumfangs, sondern auch aus der Planung der Gesamtentwicklung der Wirtschaftszweige. Und es wird sichtbar, daß die Betriebe offensichtlich über sehr beträchtliche Summen verfügen müsen, die sie aus ihrem betrieblichen Gewinn anhäufen.

Sozialistischer Gewinn — für Direktoren?

Natürlich verwehren sich die sowjetischen „Wirtschaftsreformer" gegen den Vorwurf „bürgerlicher"(?) Kritiker, sie würden sich mit den Libermannschen Reformen auf dem Weg des Kapitalismus befinden, denn da sei Gewinn ja auch das Entscheidende. Es ginge ihnen doch schließlich nur darum, die schlechte Versorgung, die vorher bestanden habe, zu verbessern durch die Abschaffung allzu zentralistischer zugunsten von betrieblicher Planung. Und damit die betrieblichen Pläne realistisch würden, müsse man sie eben mit dem Hauptmittel des Gewinns dazu bewegen, sie stimulieren. Dieser Gewinn aber käme natürlich allen zugute und nicht nur wenigen Privatpersonen.

Und es bleibt festzuhalten: Zunächst ist das Prinzip, das Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit ein anderes: der Gewinn wird zum Dreh- und Angelpunkt.

„Die Stimulierung aus dem Gewinn und entsprechend der Größe des Gewinns drückt das ökonomische Wesen der wirtschaftlichen Rechnungsführung des Betriebs exakt aus." (5)

Das aber heißt zunächst einmal nichts anderes als daß der Gewinn, im sozialistischen Wirtschaftssystem eine Rechengröße, jetzt das zentrale Anliegen der wirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe werden muß, denn nur dadurch bekommen sie Geld für Investitionen, für Prämien usw. usf. Und entsprechend dem eingeführten Stimulierungsprinzip durch Gewinn und davon bezahlter Prämie wird auch die Zuordnung der Prämienanteile geregelt. Dafür gibt es in den verschiedenen revisionistischen pseudosozialistischen Staaten verschiedene Vorgehensweisen, da ja ihre Geschichte und ihre Bedingungen teilweise recht unterschiedlich waren. Im offiziellen DDR-Organ „Die Wirtschaft" jedenfalls hieß es, daß frühere Entlohnungsmethoden eine „Überbetonung der handwerklich-manuellen Fähigkeiten gegenüber der Qualifikation und Verantwortung" ergeben hätten (6) und daß geistige Arbeit „generell" höher zu bewerten sei.

Und daß sich eine solchermaßen umorganisierte Wirtschaft auch einer anderen als der vorherigen, bewußt staatlich geleiteten Preispolitik bedienen mußte, da ja Gewinn gemacht werden mußte, veränderte sich auch der Prozeß der Preisbildung in diesen Staaten. So waren beispielsweise in der DDR im Jahre 1970 noch 74 Prozent aller Preise von Erzeugnisgruppen staatlich festgelegt und nur 26 Prozent durch die Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB). Aber die von den VVB bestimmten Erzeugnisgruppen umfaßten die große Mehrzahl der Waren, so daß sie sage und schreibe 77 Prozent der einzelnen Warenpreise bestimmten, gegenüber 23 Prozent, die staatlich festgelegt wurden. (7)

Schließlich muß man sich zur Abrundung dieses Bildes vor Augen halten, daß ja auch die Banken, die den Industriebetrieben Kredite geben, ihren Charakter änderten. Haben sie in einer sozialistischen Wirtschaft lediglich die Rolle, staatliche Gelder zinslos entsprechend den gefaßten Beschlüssen zu verteilen, so müssen sie im neuen Wirtschaftssystem ebenfalls Gewinn machen, um rentabel zu arbeiten, an Prämien zu kommen, müssen also Zinsen nehmen.

So entsteht also ein Bild, in dem die Industriebetriebe nur dann überleben können, wenn sie ihre Produktion möglichst durchrationalisieren, maximale Produktivität erreichen, da ja durchaus andere Betriebe in Konkurrenz treten, wenn sie Kredite zurückzahlen können und dementsprechend natürlich auch die Preise festlegen.

In diesen Betrieben haben die Betriebsdirektoren die Allmacht — auch zur Entlassung von Arbeitern. Und in diesen Betrieben werden immer neue Lohnunterschiede eingeführt, bestehende nicht verringert sondern ausgeweitet, außertarifliche Bezahlung der leitenden Angestellten ist die Regel — in all diesen Staaten.

„Die jeweiligen Leiter, Meister, Abteilungsleiter usw. sind verantwortlich für die gründliche Beurteilung und Einschätzung aller Leistungen sowie für die Festlegung der Höhe der Jahresendprämie der Mitglieder des ihnen anvertrauten Kollektivs." (8)

Die Prämien also werden ausschließlich von oben bestimmt — und was für eine Zielrichtung dabei — entsprechend den Grundzügen der Reform — vorherrscht, beweisen Vorfälle aus solchen Bereichen, wo man Einsicht nehmen kann.

So zum Beispiel, wenn im Jahre 1970 in der DDR — für die staatlichen Stellen überraschend — 200 Preiserhöhungen vorgenommen wurden — von Betrieben und deren Vereinigungen. Oder wenn man sich beklagt, daß immer wieder Artikel des täglichen Gebrauchs fehlen, wie in der „Zahnbürstenrede" des SED-Politbüromitglieds Paul Verner, der offen Betriebe kritisierte, die ganze Produktionsbereiche einstellten, da sie nicht rentabel seien. (9)

Von Sozialismus keine Spur

Man muß dabei festhalten, daß es sich bei diesen Erscheinungen nicht um das Wirken privater oder teilweise privater Betriebe handelt. Es ist ohne Zweifel eine Tatsache, daß die Tendenz zur Reprivatisierung in den scheinsozialistischen Ländern ständig anwächst. Der dabei bereits erreichte Grad ist ganz entsprechend dem einst erreichten Grad an Vergesellschaftung hoch oder niedrig. Wo, wie in der Sowjetunion, die Ausbeuterklassen als soziale Klassen bereits beseitigt worden waren, ist diese Tendenz noch sehr weit zurück und entwickelt sich erst gegen Ende der 70er Jahre etwas schneller. Wo dieser Prozeß noch nie sehr weit gediehen war, wie in Polen, ist das in ganzen Bereichen schon wesentlich weiter.

Und es stimmt natürlich auch, daß diese Tendenz zur Reprivatisierung ein entscheidendes Kennzeichen des Revisionismus, des Kapitalismus ist. Aber es ist eben weder das Alleinige noch das Entscheidende. Tatsache ist, daß auch in den sogenannten staatlichen Betrieben die Verfügung einer bestimmten, sozial faßbaren und abgegrenzten Schicht in die Hände gegeben wurde, denen diese Betriebe zwar nicht formal gehören, die auch einen Interessenausgleich mit Gleichgestellten vornehmen müssen, die aber über das von diesen Betrieben als Gewinn erschaffene Kapital verfügen. Das sie, wie alle Kapitalisten, vor allem neu investieren — und zwar dort, wo es am gewinnträchtigsten ist.

Das Aufstellen der Produktionspläne ist ein Werk der Fachleute, der Technokraten, Ökonomen und Direktoren, die Zuteilung des Hauptergebnisses Gewinn ebenfalls. Sie beschließen für ihre Betriebe oder Vereinigungen über die konkreten Investitionen, die im Rahmen der allgemeinen Planung getätigt werden.

In der nächsten Folge: Auswirkungen auf die Landwirtschaft, gleiche Konzepte in anderen Staaten, Reformbilanz.

ANMERKUNGEN

1. Libermann: Methoden der Wirtschaftslenkung im Sozialismus, Seite 25 - 27, Frankfurt 1974
2. A.N. Kossygin in: „Prawda" vom 28. September 1965
3. Libermann, Seite 17
4. Ebenda, Seite 17
5. Zagalow: Lehrbuch Politische Ökonomie — Sozialismus, Seite 435, Berlin 1972
6. „Die Wirtschaft", Nr. 1/71
7. Mann: Das Preissystem in der sozialistischen Industrie, Seite 56, Berlin 1970
8. „Die Wirtschaft", Nr. 6/73
9. Verner: Bericht an das 14. Plenum des ZK der SED in: „Die Wirtschaft" 39/70

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 51, 18 Aralık 1981 Yıl: 15 1 DM



Askerler ve Panzerler, **Polonya sokaklarında mevzilendirildi. Varşova kuşların dahi uçamayacağı bir şehir görünümündedir. Polonya gerici generallerinin gerçekleştirdikleri bu askeri darbe; hiç bir şekilde bir askeri konseyin gerekliliğini öngörmeyen Polonya Anayasası'nın açıkca çiğnenmesidir. Polonya gericileri bu tür olağanüstü tedbirlere, işçi sınıfı hareketinin gelişiminden korktuklarından ötürü baş vurdular.**

Polonya işçi sınıfı ile dayanışma!

KPD Politbürosu'nun açıklaması

Polonya'da Pazar gününden beri askeri diktatörlük hüküm sürmektedir. Dayanışma Sendikası yasaklandı, bir çok elemanı tutuklandı, sendika binaları ordu tarafından işgal edildi. Grevler ve yürüyüşler yasaklandı. Ana işletmelerde bu yasakları çiğneyenlerin ölüm cezasına çarptırılacağı tehdidi savruldu. Polonya işçi sınıfının mücadelesi ile elde ettiği tüm demokratik hakları ortadan kaldırıldı. Sözde Polonya'da bir iç savaşı önlemek için ülkenin her köşesine panzerler yerleştirildi.

Askeri Konseyin başkanı olan general Jaruzelski sıkıyönetimin ilan edildiğini açıkladı. Eğer bunlar kendileri sıkıyönetimden bahsediyorlarsa savaşı kime karşı sürdürmekteler?

★Polonya'da dünya gericilğinin çıkarları için çirkin entrikalar düzenleyen kilisenin gerici kesimlerine karşı mı? Kesinlikle bu söz konusu değil. Aksine, ordu üzerine basa basa bu kesimlerin çıkarlarına hiç bir şekilde dokunulmayacağına söz verdi.

★ Yoksa Polonya hakim sınıflarının ülkeyi teslim ettikleri ve senelerden beri kendi ekonomik pençelerine geçirerek ülkeyi talan eden Batılı tekel ve bankalara karşı mı? Aksine, askeri rejim onlarla olan tüm anlaşmaların yerine getirileceğini açıklattı.

İşçi sınıfına karşı savaş!

Hayır; eğer Polonya ordusu, Polonya hakim sınıfları ve onların arkasında olan Moskova'daki güçler bu durumda sıkıyönetimin ilan edilmesinin gerekli olduğu tahlilini yapıyorlarsa, böylece onlar ne karaborsacıları, ne ülkedeki gerici güçleri, ne de Batılı emperyalistleri hedef alıyorlar, onlar Polonya işçi sınıfını ve onun Dayanışma Sendikası'nı düşman olarak görmekteler.

Ordu yığınağı, alınan tüm sıkıyönetim tedbirleri ve yerleştirilen tüm panzerler işçi sınıfını hedeflemektedir. Bunların tümü kendisine sosyalist bir devlet adını veren ve sözde işçi sınıfının iktidarda olduğu iddia edilen bir ülkede yapılıyor.

Gerçekten Polonya'da ve diğer Varşova Paktı ülkelerinde sosyalizme çoktan ihanet edildiğine, Polonya'nın kapitalist bir ülke (tabiiki devlet kapitalizmi) olduğuna ve bu gün Polonya'da işçi sınıfının iktidarda olduğu yönünde sürdürülen sahte propagandanın birer boş söz olmaktan öte bir şey olmadığını, işçi sınıfının baskı altında tutulduğu ve haklarının tamamen elinden alındığından başka bir ispat olabilir mi?

Ordu iktidarı bir iç savaşın çıkmasını önlemek için ele geçirdiğini ileri sürmektedir. Böylece onlar da Türkiye'deki faşist generallerin iktidarı ele geçirdiklerinde ileri sürdükleri aynı demagojiyi yapmaktadırlar.

Ancak şunu sormak gerekir: Şayet Polonya'da bir içi savaş çıkma tehlikesi vardıysa, buna sebebiyet veren kimdi? Polonya işçi sınıfının çıkarlarına ve komünizm davasına tamamen ihanet eden ve Polonya yeni kapitalistlerinin, bürokratlarının ve kariyeristlerinin partisi olan "Polonya Birleşik İşçi Partisi"nin yönetimi ve ordu, ülkenin içinde bulunduğu buhranın sorumlusu olarak işçi sınıfını ve Dayanışma Sendikası'nı göstermekteler.

Gerçek şu ki, bir taraftan imtiyazlı tabaka rahat bir yaşam sürdürürken, öte yandan ise Polonya işçi sınıfı büyük bir ekonomik çıkmaza itilmesinden dolayı buna karşı mücadeleyi yükseltti. Bir taraftan Polonya'da kitleler için et sıkıntısı başlarken ve et fiyatları yükselirken, öte yandan da Polonya et üretiminin büyük kısmı yurt dışına satılmakta veya karaborsacılar ve spekülatörler takımı tarafından fahiş fiyatlarla karaborsaya sürülmektedir.

Polonya işçileri grev, yürüyüş ve örgütlenme özgürlüğü gibi demokratik hakları talep etmekteydi. Çünkü bu demokratik haklar olmaksızın, işçi sınıfının her türlü mücadelesinin illegal olarak sürdürülmesi gerekmekteydi ki, böylece mücadelenin sürdürülmesi oldukça zorlaşacaktı.

Polonya işçi sınıfı Dayanışma Sendikası'nı kurdu. Çünkü, işçi sınıfı sendikal örgütü olmaksızın sömürücülere karşı çıkarlarını savunmak için başarılı bir mücadele sürdüremez.

Nasıl ki kapitalist ülkelerdeki işçilerin kendilerini sömürenlere ve baskı altına alanlara karşı hayati çıkarlarını savunmak için greve gidiyor ve örgütleniyorlarsa tam da aynı nedenlerden dolayı Polonya işçi sınıfı da örgütlenmekte ve greve gitmekteydi.

Son 15 aylık dönemde Polonya'da başa gelen çeşitli hükümetler, işçi sınıfına bazı tavizler vermek zorunda kaldı ve bir takım vaadlerde bulundularsa da, gerçekte Polonya işçilerinin ağır yaşam koşullarını düzeltmek için hiç bir şey yapmadılar. Aksine, Polonya işçilerinin ve mekçi halkının sefaleti daha da büyüdü.

İşte bu nedenlerden dolayı da Polonya işçi sınıfının mücadelesini devam ettirmesi gerekmekteydi. Polonya Hükümeti iki yüzlüce bir taraftan anlaşmaya hazır olduğundan dem vururken, öte yandan da bir çok eylemde olduğu gibi işçilerin mücadelesini zor yoluyla cevaplandırmaya yöneldi.



Polonya'da askeri darbe gerçekleştirildikten sonra, askeri konsey yüzlerce kişiyi tutuklattı.

Kansız çözüm mü?

Askeri diktatörlüğün inşaa edilmesiyle birlikte bol bol "kansız bir çözüm"den dem vuruldu. Ancak gerçek şundan ibarettir. Eğer bu gün Varşova'da iktidarı ellerinde bulunduranlar işçilere karşı panzerleri harekete geçiriyorlarsa, o zaman onlar bununla Polonya işçilerinin kanını akıtmaya hazır olduklarını göstermekteler. Polonya işçi ve sendikal hareketine karşı girişilen bu vahşi ve caniyene saldırı, eğer Polonya işçi sınıfı zor şartlar altında mücadelesiyle elde ettiği demokratik haklarını ve sendikal örgütünü savunmak için kitlesel bir direnişe geçmeye çalışmazsa, ancak o zaman kansız geçer. Şayet işçi sınıfı grev ve yürüyüşlerle bu saldırılara cevap verirse, işte o zaman bu gün mevziye yerleştirilen panzerlerin görevi ateş açmak olacaktır.

Polonya vari bir çözüm mü?

Burjuva yorumcuları, en azından bir Sovyet istilası yerine, "Polonya vari bir çözüm" olmasından ötürü, Polonya'daki askeri diktatörlüğü mazur görmekteler. Bu bir bakar körlüktür. Çünkü, Polonya ordusu Sovyet sosyal emperyalistleri ile bir görüşbirliğine vararak böyle davrandı. Bundan ötürü tabiiki Polonya'daki uşakları çirkin emellerini gerçekleştirdikleri ve onların Moskova'daki efendilerini memnun etmek için bir şansları olduğu sürece, Moskova'-Polonya'yı işgal etmek için hiç bir neden görmemektedir. Ancak Polonya işçileri askeri diktatörlüğe karşı kitlesel mücadele başlattırsa, işte o zaman Polonya ordusu tabiiki Sovyet koruyucularını yardıma çağıracaktır. Fakat o zaman ise artık "Polonya vari bir çözüm" söz konusu olmayacaktır.

Sadece Sovyet sosyal emperyalistlerini değil, aynı şekilde Batılı emperyalist hükümetleri de, şu an Varşova'daki iktidarı elinde bulunduranların içinde bulundukları "Polonya buhranının" çözümü ilgilendirmektedir. Bundan ötürü onlar askeri diktatörlüğün inşaa edilmesini hiç bir şekilde sert bir dille eleştirmediler. Aksine onlar — örneğin Başbakan Schmidt gibi — oldukça olağanüstü anlayış gösterdiler. Batılı emperyalistlerle Varşova ve Moskova'daki hakim sınıflar arasında mevcut çelişkiler varolmasına rağmen, görüldüğü gibi hepsi Polonya'da bir işçi ayaklanmasının önlenmesi konusunda hemfikirler. Onlar, Polonya işçi sınıfının sırtından kendilerine oldukça aşırı kârlar sağlayacak bir şekilde Polonya yeni burjuvazisiyle birlikte çalıştılar. Şayet Polonya'daki mevcut sistem işçilerin vuracağı darbeler sonucu parçalanabilseydi o zaman milyonlarca sermaye tehlikeye düşecektir.

Polonya işçi sınıfı ile dayanışma!

KPD Polonya işçi sınıfına sınırsız dayanışmasını bildirmektedir. Burada, bir kaç ay evveli, DDR'de Polonya işçi sınıfı ile dayanışmayı yaygınlaştırmak için çeşitli eylemler düzenleyen Partimiz'in DDR'deki üye ve taraftarları adına da konuşmaktayız. Sayıları 8-10 arasında olan partimizin üye ve sempatizanları bu nedenden ötürü DDR'de Doğu Berlin hapishanelerinde yatmaktadırlar.

Ülkemiz işçi sınıfını ve ilerici güçlerini Polonya işçi sınıfı ile dayanışmayı yaygınlaştırmaya çağırıyoruz. Burada özellikle de tüm sendika üyelerini, DGB'nin Polonya işçi sınıfı ile güçlü dayanışma eylemleri örgütlemesini sağlamak için sendika örgütlerinde bu doğrultuda girişimlerde bulunmaya çağırıyoruz.

Polonya işçi sınıfı ve sendikal hareketi ile dayanışmaya girelim!

Askeri diktatörlüğe hayır!

Genel grev için mücadele başladı!

Kahrolsun Polonya'daki askeri diktatörlük!

VARŞOVA. — Polonya askeri diktatörlüğü gerek ülke içerisine, gerekse ülke dışına haber iletme yasağı koydu. Bu nedenle Polonya'daki gelişmeleri daha açık bir şekilde tahlil etmek oldukça zorlaşmaktadır. Resmi olarak yapılan açıklamalara göre, Varşova'daki bir çok büyük fabrikada, Katowice bölgesindeki bazı kömür işletmelerinde ve sağlık alanında grevlere gidildiği belirtildi.

Polonya'daki askeri darbeden sonra bir taraftan tüm Varşova Paktı ülkelerinin yönetimleri ve revizyonist partiler sevinç nidaları atarken, diğer yandan da Batılı hükümetler de darbeyi açıkca savunmaya giriştiler.

Darbeden sonra askeri diktatörlüğün başı Jaruzelski, işçileri tehdit etmesine ve katolik kilisesinin en üst yöneticisi baş piskopos Glemp'in işçileri orduya karşı durmamaya çağırmasına rağmen, grev dalgası genişliyor. Gerek Ursus traktör fabrikasında, gerekse de Huta Warszawa'ya askerler yerleştirilmesine rağmen ve greve gidenlerin ölüm cezasına çarptırılacakları açıklandığı halde, her iki fabrika da işçiler tarafından işgal edildi. Darbeci generallerin tasarladıkları gibi "Dayanışma Sendikası"nın örgütleri öyle bir hamlede dağıtılabileceğe benzememektedir. Tüm Polonya'da genel grev çağrısı her tarafta yaygınlaşmaktadır. Bir genel grevin gerçekleşmesi uzun zamandan beri mücadeleye hazır olan liman, tersane ve maden işçilerine bağlıdır.

Ayrıca bu gün ordunun iş yerlerindeki grev eylemlerini durduğu söyleniyorsa, bunun hangi şartlar altında ve ne gibi araçlarla gerçekleştirildiğini herkes düşünebilir. Gelişmeler iş yerlerindeki grev eylemlerinin kansız bir şekilde engellendiğini ileri süren sahte iddiaları yerle bir etmektedir.

(„Weg mit der polnischen Militärdiktatur")

Polonya askeri diktatörlüğüne karşı dayanışma yürüyüşü

Zaman: 19 Aralık Cumartesi günü saat 13.00 de

Yer: Köln, Hans-Böckler-Platz

Bir çok örgütün yanı sıra KPD'de, Kuzey Ren Vestfalye Eyaleti'nde oturanları bu yürüyüşe katılmaya çağırmaktadır.

HAFTANIN YORUMU

İşyerlerinin kapatılmasına ve toptan çıkışlara gidildiğinde, yerli ve yabancı işçi arkadaşlar, sendika yönetimi konusunda sürekli ve acı tecrübeyi edinmek zorunda kaldılar. Patronlar toptan çıkışlara gittiğinde ve işçi arkadaşlar ise, patronların bu saldırılarını geri püskürtmek için mücadeleci eylemler örgütlediğinde sendika yönetimi ve çoğu kezde iş yeri işçi temsilciliğinin başları bu mücadeleyi arkadan hançerlemeye giriştiler. Gene aynı şekilde iş yerlerinin kapatılmak istenmesine karşı sınıf bilinçli ve ilerici işçi arkadaşlar mücadeleyi örgütlediklerinde, sendika yönetiminin ve çoğu kez de iş yeri işçi temsilciliğinin başları bu mücadeleyi bölmek ve sabote etmek için her türlü adice metodlara baş vurmaktan da geri kalmadılar.

Şimdiye kadar yaşanan bir dizi pratik gerçek bunu çok açık bir şekilde ispatlamaktadır. Sendika patronlarının iş yeri işçi temsilciliğinin başlarının, işçilerin mücadelesini nasıl arkadan hançerlediklerine dair yakın zamandaki gerçeklerden bir kaç örnek vermek bile yeterlidir. Frankfurt'ta Triumpf-Adler, Kassel Enka, Frankfurt VDM firması sendika patronlarının alçakca saldırılarını gözler önüne seren sadece birer aynadırlar.

İşyerlerimizi kararlı ve uzlaşmaz bir şekilde savunmalıyız!

Diğer yandan iş yerlerinin savunulması ve toptan çıkışların önlenmesi gerektiğinde, sendika patronları, işçi arkadaşların kararlı ve uzlaşmaz mücadeleler örgütlemelerini bir takım yuvarlak şirin sözlerle engellemeye çalışmaktalar. Onlar, tekelçi kapitalistlerin acımasızca iş yerlerimizi yok etmelerine göz yumdukları gibi birde iş yerlerinin kapatılmasına karşı gelişen mücadeleyi üç beş kuruşluk adi sosyal planların hazırlanması ile boğmaya yeltenmekteler.

Sendika yönetimi sadece işçilerin iş yerlerinin kapatılmasına karşı gelişen mücadelesini engellemekle yetinmemektedir. Onlar bugün yüzlerce iş yerinin makineleşme aracılığıyla yok edilmesine göz yummaktalar.

DGB'nin Merkez Yönetimi ve çoğu kez de yerel sendika yönetimleri sadece işçi ve emekçilerin iş yerlerinin kapatılmasına ve toptan çıkışlara karşı yükselen mücadelesini baltalamanın yanında; daha da ileri giderek işçi ve emekçilerin tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftasını gerçekleştirmek için sürdürdükleri mücadeleyi sabota etmeye çalışmaktalar.

DGB sendika patronları alçakca tuzaklar kurarak bu talebin gerçekleşmesi için sürdürülen mücadeleyi boğmaya ve hedefinden saptırmaya çalışıyorlar. Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftasının gerçekleşmesi için 1978/79'un kış aylarında çelik işçileri greve gittiler. Fakat işçi arkadaşlar başarıya ulaşamadılar. Mücadelenin zaferle sonuçlanmamasının nedeni, işçi arkadaşların mücadele etme isteklerinin olmaması değil, aksine işçiler mücadeleyi sürdürmekte kararlıydılar. DGB sendika patronları alçakca saldırıya geçerek, işçi arkadaşların bu mücadeleyi zaferle sonuçlandırmalarını engellediler. Onlar, 1979 ilk baharında patronlarla, 1983 yılının sonuna kadar geçerli olan 40 saatlik iş haftası anlaşmasını yaptılar. DGB sendika yönetiminin bu ihanetini, işçi arkadaşlar bugün iş yerlerini kaybetmekle ödüyorlar. Çünkü 35 saatlik iş haftası talebi gerçekleşmiş olsaydı, işten çıkarılmalar belirli oranda engellenebilirdi.

Şimdi, resmi olarak kayıtlı olan 1,5 milyonun üzerinde yerli ve yabancı işsiz var. Ve işsizler ordusunun sayısı önümüzdeki dönemde, patronların toptan çıkışlara gitmelerinde, iş yerlerini rasyonalleştirmelerinden ve hükümetin kamu işletmelerinde öngördüğü memur sayısını düşürmek istemesinden dolayı daha da artacaktır.

Fakat buna rağmen DGB sendika yönetimi, hükümetin ve kapitalistlerin saldırılarına karşı kararlı ve uzlaşmaz mücadeleyi örgütlemek yerine, hükümet yetkilileri ile sonuçsuz zirve toplantıları yapmaktadır.

İşte bu koşullar altında yapılması gereken tek bir şey vardır: İş yerlerinin yok edilmesine karşı sürdürülen kararlı mücadeleyi engelleyen DGB yönetiminin sosyal ortaklık siyaseti boşa çıkarılmalıdır. İçinde bulunduğumuz koşullar, DGB sendika patronlarının sosyal ortaklık siyasetinin tarihin çöplüğüne atılmasını daha da gerekli kılmaktadır. Sendikalarımızın sınıf mücadeleci bir çizgi izlemelerini ve bir sosyal ortaklık örgütü olmak yerine, sınıfın mücadeleci örgütleri olmalarını sağladığımız oranca, mücadelemizde başarılı olabiliriz. Bu hedefe ulaştığımız oranca toptan çıkışları engelleyebilir, patronların iş yerlerini kapatmalarını geri püskürtebilir ve tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebini gerçekleştirebiliriz. Ancak sendikalarımızın birer mücadele örgütü olmalarını, bilinçli ve ilerici arkadaşlar olarak sendika tabanını ve işçileri örgütleyerek, sendika patronlarının oyunlarını boşa çıkarmaya ve ortaklık siyaseti yerine, sınıf mücadeleci çizgiyi gerçekleştirebildiğimiz oranca sağlayabiliriz. („Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!")

Yüzbinlerce emekçi işten çıkarılmak isteniliyor

Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası için mücadele yükseltilmelidir

"Kızıl Şafak"ın geçen sayısında Batı Berlin ve Batı Almanya'da işsiz sayısının resmi olan açıklamalara göre, 1,5 milyona vardığını yazmıştık. Bu sayı, Federal Almanya'nın kuruluşundan bu yana en yüksek, işsizlik oranının yaşandığını göstermektedir. Ayrıca işsizlik oranı şimdiki sayısıyla da sınırlı kalmayacak, önümüzdeki dönemde çok daha yoğun bir şekilde artacaktır. Eğer gelecekte işsizliğin sınırlandırılması için çeşitli mücadele metodlarına baş vurulmazsa, işsizler ordusunun daha da büyüyeceği demektir.

Geçen ay Federal Çalışma Dairesi resmi olarak kayıtlı işsizlerin sayısını açıkladı. Bu açıklamaya göre, resmi olarak kayıtlı işsiz sayısı geçen yılın Kasım ayına oranla 522 400 artmıştır.

Diğer yandan işsizlik oranı, Federal Almanya ortalamasına göre yüzde 6,4 civarındadır. Ancak bu oran Federal Almanya'nın bir çok eyaletinde daha da yüksektir. Örneğin, Saarland Eyaleti'nde yüzde 8,7, Aşağı Saksonya ve Bremen'de yüzde 8,1, Kuzey Ren Vestfalye'de yüzde 7,4, Schleswig Holstein'de ve Hamburg'da yüzde 7,3 ve Batı Berlin'de ise yüzde 7 civarındadır

İşsiz sayısının artmasından en çok etkilenen eyaletlerden biri de Kuzey Ren Vestfalye Eyaleti'dir. Demir ve çelik sanayiisi patronlarının iş yerlerini kapatmak istemeleri, bu eyalette işsizlik sayısını daha da artıracaktır. Dortmund, Duisburg ve Gelsenkirchen gibi şehirlerde çelik sanayiisi patronlarının iş yerlerinde yoğun bir şekilde rasyonalleştirmeye gitmelerinden dolayı işsizlik oranı daha şimdiden bu şehirlerde yüzde 9'u çoktan aşmıştır.

İş yerlerininin yoğun bir şekilde imha edilmesi, yerli ve yabancı emekçi halkı daha da yoksulluğun içerisine itmektedir. Çünkü artan işsizlik, bir taraftan 100 binlerce işsizler ordusunun oluşmasına yolaçarken, diğer taraftan bu işsiz aileler gecimlerini üç beş kuruşluk işsizlik parası ile sağlamaya zorlanmaktadır. Buna ilaveten, Batı Alman tekelçi kapitalistleri artan işsizliği gerekçe göstererek, çalışan emekçilerin ücretleri düşük tutmaktadırlar. Patronlar bu koşullar altında daha fazla ücret isteyen işçilere karşı sürekli şu tehdidi savurmaya yeltenebilirler: "çalışırsan çalış, çalışmak istemiyorsan, bak binlerce iş arayan insan var, onları işe alırım" Onların bu tür saldırılarına karşı durmak için, sendikalar işçi arkadaşları örgütlemeli ve patronlara karşı uzlaşmaz mücadeleye seferber etmelidirler.

Diğer yandan işsiz sayısının yoğun bir şekilde artmasına, firmaların iflas etmeleri yol açmaktadır. Bu alanda da Federal Almanya'nın kuruluşundan bu yana iflas eden firmaların sayısı en yüksek düzeydedir. Sadece bu yılın ilk 9 ayında 8322 firma iflas etti. Alman Ekonomi Enstitüsü'nün yaptığı bir açıklamaya göre, iflas edecek firmaların sayısı yıl sonuna kadar 11 500'e çıkacağı tahmin edilmektedir.

Ayrıca şu sorununda cevabını vermekte de yarar vardır: Firmaların iflas etmesi tesadüfi bir şey midir? Tabii ki değil. Çünkü bugün firmaların iflas etmelerine yol açan en büyük rolü, büyük banka ve tekeller oynamaktadır. Firmaların iflas etmelerinde ipin ucunu ellerinde bulunduranlar Flick, Siemens, Thyssen vb. tekelci kapitalistlerdir. Onlar aşırı kâr elde edip etmemelerine göre, bu firmaların iflas etmelerini yavaşlatmakta veya hızlandırmakta ve kontrol etmekteler. Bunların yanı sıra, Deutsche Bank vb. gibi büyük bankalar bu firmalara yaptıkları yatırımları kâr elde edip etmeme durumlarına göre geri almakta ve faizleri yükselterek bu firmaların iflas etmelerine yol açmaktalar.

Önümüzdeki dönemdeki dönemde özellikle Türkiyelilerin de daha yoğun bir şekilde çalıştıkları alanlar olan; çelik sanayiisi, tekstil, inşaat ve gemi tersanelerinde yukarda açıkladığımız nedenlerden ötürü tekelci kapitalistler ve büyük bankalar aşırı kâr isteklerinden dolayı bir çok iş yerini kapatmaya gideceklerdir. Sadece tekstil ve giyim sanayiis dalında şu an mevcut olan 500 000 iş yerinden 200 bininin yok edilmesi planlanmaktadır.

Bunların yanı sıra Federal Hükümet de sosyal kısıtlamalar çerçevesinde kamu işletmelerinde 50 000 iş yerini yok etmeyi planlamaktadır.

Kısaca belirtecek olursak; eğer önümüzdeki dönemde tekelci kapitalistlerin, büyük bankaların ve Bonn Hükümeti'nin iş yerlerini yok etmelerini engellenmezse, işsiz sayısının gelecek yıllarda 5 milyona çıkacağı beklenilmektedir.

Kapitalistlerin bu tür planlarının boşa çıkarılması, sendikalarımızın izleyeceği sınıf mücadeleci çizgiye bağlıdır. Eğer, sendikalarımız sınıf mücadeleci eylemler örgütler ve işçileri bu eylemlere seferber ederlerse, işsizliğin daha da artması sınırlandırılabilinir.

Bürolarda yeni tekniğin uygulanması, yalnızca önümüzdeki yıllarda 2 milyona yakın büro emekçisinin işsizler ordusuna katılmasına yol açmaktadır. Ayrıca bunun yanında fabrikalarda da sanayii robotları ile üretimin yapılması istenilmekte ve böylece yeni iş yerlerinin yok edilmesi planlanmaktadır.

Tüm bu gerçek durum, bize tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftasının gerçekleştirilmesinin acilliğini ve gerekliliğini ortaya koymakta ve bu talebin gerçekleştirilmesi için mücadelenin başlatılmasını zorunlu kılmaktadır. Çünkü bu talebin gerçekleşmesi ile işsiz sayısının daha da artması sınırlandırılabilinir.

(„Hunderttausende sollen entlassen werden")



Ekim ayında 2 000'i aşkın çelik işçisi, Thyssen patronlarının iş yerlerini kapatma planlarını protesto etti.

DKP, sendika patronlarının ihanetini gizleyeme çalışıyor

VDM işçilerinin mücadelesi neden başarıyla sonuçlanmadı?

DÜSSELDORF. — Geçen hafta, DKP'nin yayın organı "Unserer Zeit"ın 10 Aralık tarihli sayısında, Frankfurt/Heddernheim'deki VDM firmasında işçilerin geçen ay başlattıkları işgal eylemi üzerine bir yazı yayınlandı. Yazıda, Heddernheim'deki mücadelenin başarısızlığa uğramasının nedeni olarak "işçilerin arasında dayanışmanın az olduğu" ileri sürülmektedir.

Heddernheim'deki VDM firmasının işçiler tarafından işgal edilmesini izleyen herkes, DKP'li yazarın sendika patronlarının ihanetini gizlemek için gerçeği ne kadar çarptırdığını çok daha açık bir şekilde görecektir. Çünkü makalenin yazarı daha yazının başlığında gerçeği ters çevirmeye yeltenmektedir. O, Kassel-Enka işçilerinin şu günlerde sürdürdükleri eyleme ilişkin yazdığı bu makalesinde; "VDM gerçeği ortadadır: Bunun için daha fazla dayanışma sağlanmalı" demektedir.

Şimdi şunu sormak lazmı: Gerçekten DKP'li yazarın ileri sürdüğü gibi, VDM işçilerinin mücadelesi, arkadaşlar arasında az dayanışma olduğundan dolayı mı başarısızlığa uğradı? Şüphesiz değil. VDM firmasında 8 gün boyunca süren işgal eylemini izleyen ve gerçeği görmek isteyen herkes, yazarın bu girişiminin gerçeği çarptırmaktan ve sendika patronlarının ihanetini gizlemekten başka bir şey olmadığını anlayacaktır.

Kızıl Şafak'ın 45 ve 46. sayılarında da ele aldığımız gibi, VDM firmasında işgal eyleminin başarısızlığa uğramasının tek sorumlusu; mücadeleyi başından bölmeye çalışan IG Metall'ın Frankfurt Yerel Yönetimi ve iş yeri işçi temsilciliğinin başındaki kişilerdir.

IG Metall sendika patronları yaşlı işçi arkadaşlara daha fazla hak tanıyan ve bu yollada yaşlı ve genç işçi arkadaşların birliğini bölen bir sosyal plan anlaşması yaptılar. Ve bu yollada mücadeleyi başarısızlığa uğratmaya çalıştılar.

VDM işçilerinin iş yerinin kapatılmasına karşı başlattıkları mücadelenin başarıya ulaşamamasının gerçek nedeni budur. Yoksa eylemin yapıldığı günlerde bir iki yuvarlak sözden başka bir şey yazmayan ve bugünlerde de eylemin ardından laf kalabalıklığı yaparak gazel okumaya başlayan DKP'li yazarın ileri sürdüğü gibi "dayanışmanın az olmasından" değil. Çünkü VDM'deki işgal eylemi her tarafta işçi ve emekçi arkadaşların maddi ve manevi desteğini gördü.

(„Woran scheiterte der Kampf gegen die Stillegung von VDM")



VDM işçileri, iş yerlerini savunmak için geçen ay firmayı işgal ettiler.

Sendikalarımızı, yabancılara karşı alınan kararları protesto etmeye zorlamalıyız!

BATI BERLİN. — Geçen hafta içerisinde Batı Berlin CDU azınlık hükümeti yabancılara karşı 20 Kasım'da açıkladığı kararların bir çoğunu senatoya onaylatarak yürürlüğü koydu. CDU Hükümeti'nin Batı Berlin'de yürürlüğe koyduğu bu kararlar yabancıların en temel demokratik haklarına düzenlenen adice bir saldırıdır. Çünkü, bu kararlar yabancı ailelerin birliğini bölmekte, burada çalışan işçilerin 16 yaşından büyük olan çocuklarını yanlarına getirmelerini yasaklamaktadır.

20 Kasım'da Batı Berlin CDU Hükümeti'nin İçişleri Senatörü Lummer, CDU'nun Berlin'de yaşayan yabancı işçi ve ailelerine karşı aldıkları kararları açıkladı. Bu kararların açıklanmasından sonra tüm yerli yabancılar tarafından sert bir şekilde protestolar sürdürülünce, Batı Berlin İçişleri Senatörü Lummer başlangıçta aldıkları kararlar konusunda geri adım atarak, bunların burada yaşayan yabancı işçi ve aileleri için değil, kararın açıklanışından sonra Batı Berlin'e gelecek olan işçilerin eş ve çocukları için geçerli olduğu manevrasına başvurdu.

Lummer, Batı Berlin'de alınan bu kararların ardından hem Bonn Hükümeti'ne hem de eyalet yönetimlerine çağrıda bulunarak, yabancıların "sayılarını sınırlandırmak için" aynı yönde önlemlerin alınmasını talep etti. Lummer'in yabancılara karşı alınmasını talep ettiği kararlar diğer eyaletlerde ve Bonn Hükümeti'nde de yankısını buldu. Bonn Hükümeti de Federal Başbakan Schmidt'in başkanlığında tavsiye kararları alarak, böylece başlangıcı Baden Württemberg Başkanı Spaeth ve Berlin İçişleri Senatörü Lummer'in yaptıı yabancı düşmanlığı kervanına katıldılar.

Bonn Hükümeti yabancılara karşı tavsiye kararlarını aldıktan sonra, bu kararların uygulanmasını tek tek eyalet yönetimlerinin yetkisine bıraktı. Hükümetin aldığı bu kararlardan sonra diğer eyaletler de harekete geçerek Lummer'in Batı Berlin örneğini izlediler. Şimdi yabancı işçi ve emekçilere karşı Bavyera, Kuzey Ren Vestfalye, Hessen, Aşağı Saksonya ve Saarland Eyaletleri de insanlık dışı kararlar aldılar. Kısaca belirtecek olursak; Federal Almanya'daki tüm eyaletler, ister CDU tarafından yöneltilenler olsun, isterse de SPD-FDP tarafından yönetilenler olsun; hepsinin istedikleri şey aynı: "yabancılar nasıl dışarı atılabilir?" Bu sorunun cevabını, SPD tarafından yöneltilen eyaletler ve Bonn'daki SPD-FDP koalisyonu sinsice yumuşak bir dille vermeye çalışırken, CDU-CSU tarafından yöneltilen eyaletler ise tüm katılığıyla açıkca vermekteler.

Batı Berlin CDU azınlık hükümeti geçen hafta yaptığı oturumunda yabancılara karşı aldığı kararları senatoya da onaylattı. Böylece kararın yürürlüğe girmesi gerçekleştirildi. Kararın yürürlüğe girmesiyle birlikte; Kızıl Şafak'ın önceki sayılarında açıkladığımız CDU Hükümetinin karar taslağında öngörülen maddeleri yerine getirmeyen binlerce gençin sınırdışı edilmesi isteniliyor. CDU azınlık hükümüte böylece yüzlerce yabancı işçi ve emekçinin aile birliğini son derece insanlık dışı metodlarla bölmeye çalışmaktadır.

Diğer yandan şu soruya da açık bir şekilde cevap vermekte yarar vardır. Şimdiye kadar yabancı düşmanlığı yoğun bir şekilde resmi ve sivil faşist çeteler tarafından sürdürülmekteydi. Fakat şimdi yabancılara karşı saldırılar sadece resmi ve faşist çetelerle sınırlı kalmamakta ve giderek bir hükümet politikası haline gelmektedir! Şimdiye kadar açık bir şekilde yabancı düşmanlığı kampanyası sürdürülmezken, bu gün neden yabancılara karşı yoğun bir kampanya başlatıldı? Hükümet ve eyalet yönetimleri tarafından başlatılan kampanyayı, kapitalizmin derinleşen buhranından, artan işsizlikten enflasyondan, iş yerlerinin rasyonalleştirilmesinden, sosyal hakların kısıtlanmasından ve işyerlerinin yoğun bir şekilde kapatılmasından kopuk olarak ele almak doğru olmaz. Çünkü bu gün gerek Bonn'daki SPD-FDP koalisyonunun olssun — farklı dillerle ve yaklaşımlarla olsa bile — gerekse CDU/CSU partilerinin olsun; işçi ve emekçilerin her türlü sosyal hakkına karşı savaş ilan edildiği şu dönemde, yabancı düşmanlığını kışkırtmaları tesadüfi bir gelişme değildir. Bunların hepsi; iş yerlerinin kapatılması, sosyal hakların kısıtlanması, ücretlerin dondurulmak istenmesi sorunu ile birlikte ele alınmalıdırlar. Batı Alman emperyalist burjuvazisinin ve Bonn Hükümeti'nin saldırıları sadece yabancılara değil, bütün işçi sınıfınadır. Onlar, işçi sınıfına karşı ilan ettikleri savaşın bir parçası olarakta, Almanya'daki işçi sınıfının bir bölümü olan yabancı işçilere karşı yabancı düşmanlığı kampanyasını başlattılar. Çünkü Alman tekelci burjuvazisinin ve Bonn Hükümeti'nin hesabı şu: Buhranın faturasını işçi sınıfına ve emekçi halka ödetmek. Ancak bunu başarabilmeleri için karşılarında bölünmüş, önderlikten yoksun ve zayıf olan bir sınıfa ihtiyaçları var, aksi takdirde hesaplarını gerçekleştiremezler. İşte bu gün yabancı düşmanlığını körüklemekle, "yabancılar Almanların iş yerlerini ellerinden alıyor" adı altında Alman ve yabancı işçilerin birliğini bölmek, yerli ve yabancı işçileri birbirine düşman etmek, böylece sınıf gücünü zayıflatmak ve kendilerine karşı mücadelenin yönelmesini engellemek istiyorlar. Bu tespitin ne kadar doğru olduğunu tarih tecrübesi çok açık bir şekilde göstermektedir. Örneğin, Almanya 1930'larda da aynı gerçeği yaşamıştı. Ancak şu gerçeği de aklımızdan çıkarmamız lazım. Buhran derinleştikçe yabancı düşmanlığı dada da artacaktır.



Hükümetin ve eyalet yönetimlerinin yabancılara karşı saldırıları geri püskürtülmelidir!

Bu nedenle bu günden yabancı düşmanlığına karşı mücadeleyi yükseltmeliyiz. Ancak bu mücadele, yerli ve yabancı işçilerin birliğini sağlayabildiğimiz ve şimdi yabancılara karşı alınan kararlarda sessiz kalan DGB sendikası zorlanarak, onunda bu kararlara karşı tavır almasını başarabildiğimiz oranca başarılı oluruz. Fakat görüldüğü gibi DGB sendika patronları işçilerin birliğini sağlama yönünde değil, birliğini bölme yönünde adım atmaktalar. Ve böylece dolaylı yönden hükümet politikasını desteklemekteler.

Bu nedenle ilerici ve devrimci işçilerin sendika tabanında yerli ve yabancı işçilerin birliğini sağlama yönünde atacakları her adım, bir taraftan, sendika patronlarının işçilerin birliğini bölme emellerini boşa çıkarırken, öte yandan da sendika patronlarını yabancı düşmanlığına karşı tavır almaya zorlayabiliriz.

Buradan hareket ederek en alt sendikal örgüt olan fabrikalardaki sendika temsilcileri kurulunu ve tüm sendikal kurulları hükümetin başlattığı yabancı düşmanlığına karşı tavır almaya ve buna karşı eylemler örgütlemeye zorlamalıyız.

Fakat burada şu gerçeği de unutmamak lazım. Batı Alman tekelci kapitalistlerinin saldırıları yerli ve yabancı işçilerden oluşan Almanya'daki işçi sınıfının tümünedir. Bu nedenle hükümetin ve patronların sosyal hakları kısıtlamak, ücretleri dondurmak ve işyerlerini kapatmak istemelerine karşı mücadeleyi yükselterek bu saldırıları geri püskürtmek, yabancılara karşı da alınan kararların geri alınmasını da sağlamak doğrultusunda atılan bir adımdır.

DDR'deki Tutuklu Komünist Muhalefetle Dayanışma Komitesi'nin Basına Açıklaması

Devlet Güvenlik Teşkilatı, Dayanışma Komitesi'nin fotografcısına şantaj yapmaya çalışıyor!

Dayanışma Komitesi'nin 21.11.1981 tarihinde Demokratik Alman Cumhuriyeti'nin başkenti Berlin-Alexanderplatz'ta düzenlediği bir eylemle ilişkili olarak (Dayanışma Komitesi'nin dört üyesi kendilerini bu meydanda zincirle birbirlerine bağlamıştılar) ayrıca fotograf çeken üç kişi de tutuklanmıştı. Tutuklananlardan biri de, Dayanışma Komitesi'nin fotografcısı Batı Berlinli işçi, Uwe Kulh'du.

Devlet Güvenlik Teşkilatı, Uwe Kuhl'a, kendisinin Devlet Güvenlik Bakanlığı ile birlikte çalışmasını öngören bir açıklamayı imzalatmak için şantaj yaptı! 21.11. Çumartesi günü takriben saat 14.00'te başlayarak Pazar günü sabah saat 4.00'de kadar yapılan ve öğleden sonra tekrar devam ettirilen sorgulamalarla, Devlet Güvenlik Teşkilatı, Uwe Kuhl'dan sürekli KPD'nin DDR Seksiyonu (KPD'yi destekledikleri gerekçesi ileri sürülerek DDR'de 8-10 Komünist Muhalefetçi tutuklanmıştı) ve aynı şekilde Batı Berlin ve Federal Almanya'daki KPD üzerine bilgi almaya çalıştı. Onlar, Uwe Kuhl'a, eğer isim bildirirse, ancak o zaman bir kaç yıllık hapis cezasına çarptırılmaktan kurtulabileceği tehdidini savurdular. Sorguya çekenlerden birisi, onu "dövmekle tehdit etti. vb. Uwe Kuhl'dan istedikleri bilgileri onun vermeyeceği anlaşılınca, Devlet Güvenlik Teşkilatı taktiğini değiştirdi. Pazar günü Devlet Güvenlik Teşkilatı'ndan bir subay, Uwe Kuhl'a kendileri ile birlikte çalışmayı öngören bir yazı okudu. Bu yazıda; bunu imzalayanının Devlet Güvenlik Bakanlığı ile birlikte çalışmayı, ona bilgi iletmeyi ve "Wolfgang adında birisi ile ilişkiye geçmeyi" üzerine aldığı yer almaktaydı. Subay, Uwe Kuhl'dan defalarca bu yazıyı imzalamasını talep etti ve aksi takdirde "kavga çıkarma" suçundan dolayı 5 yıl hapis cezasına çarptırılacağı tehdidini savurdu. Yapılan tehditlerden dolayı Uwe Kuhl, serbest bırakılmak için istenilen imzayı atmaktan başka yol göremiyor. O ve kendilerini Alexanderplatz'ta zincirle bağlayan dört kişi 6 ay hapis cezasına çarptırılarak, 23.11.1981 Pazartesi günü DDR'den sınırdışı edildiler.

Dayanışma Komitesi, Devlet Güvenlik Teşkilatı'nın bu tür adi metodlarını en sert bir şekilde protesto etmektedir. Biz, DDR Devlet Güvenlik Teşkilatı'nın, Federal Alman vatandaşların kendileri için muhbirlik yapmalarını sağlamak doğrultusunda başvurdukları bu tür adi metodlar üzerine kamuoyunu aydınlatmanın, özellikle de Batı Berlin basının bir görevi olduğu düşüncesindeyiz.

Bu konuya ilişkin ayrıntılı bilgiyi Dayanışma Komitesi'nin Berlin'deki ilişki adresinden alabirsiniz: Ilse Schaake, Gericht str. 84, 1000 Berlin 65, tel: 4624533 (saat 16,30'dan sonra)

(„Pressemitteilung des Solidaritätskomitees")

Öğrenci gençlik, hükümetin sosyal hakları kısıtlamasını protesto etti

DORTMUND. — 7 Aralık Pazartesi günü yüksek öğrenim gençliği Bonn Hükümeti'nin eğitim olanaklarını ve sosyal hakları kışıtlama politikasına karşı bir kampanya başlattı. Bu kampanya çerçevesinde, Federal Almanya çapında toplam 190 yüksek okulun bir çoğunda çeşitli şekilde eylemler düzenlendi. Bir çok büyük üniversitede dersler boykot edildi.

Bonn Hükümeti Tasarruf Programında aynı şekilde yüksek öğrenim gençliğinin sosyal haklarını kısıtlamayı öngörmektedir. Hükümetin Tasarruf Programında öngördüğü kısıtlamalalar yüksek okul öğrencilerini özellikle iki ana noktada daha ağır bir şekilde etkilemektedir. Birincisi; bu kısıtlamalar yüksek okul öğrencilerinin eğitim ve çalışma imkânlarını tamamen kötüleştirmekte, ikincisi ise; bir çok üniversiteli için maddi bir eksiklik anlamını taşıyan bursların kısıtlanmak istenmesidir.

7 Aralık'tan başlayarak 12 Aralık'a kadar süren eylem haftasına VDS (Alman Öğrenciler Birliği) çağrı yapmıştı. Öğrenciler Birliği'nin çağırısına uyarak Federal Almanya'nın bir çok şehrinde üniversitelerde ders boykotları, yürüyüş vb. eylemler düzenlendi.

Bonn Hükümeti Tasarruf Programı çerçevesinde şu an 300000'e yakın öğrencinin aldığı bursları ortalama olarak 100 DM kısıtlamak istiyor. Bunun yanı sıra, hükümetin Tasarruf Programı gelecekte öğrenci yurtlarının yaptırılması için yatırım yapmamayı öngörmektedir. Öte yandan programda bir de doçentlerin sayısının düşürülmesi öngörülmektedir.

Yüksek okul öğrencilerinin hükümetin sosyal hakları kısıtlamasına karşı düzenledikleri eylemler bir çok sendikacı tarafından da desteklendi. Ayın 12'sine kadar 400'e yakın sendikacı yüksek okul öğrencilerinin eylemlerini destekleyeceğini açıkladı.

Sendikacılar açıklamalarında; "ortak çıkarların gerçekleştirilmesi, ortak mücadeleyi gerekli kıldığını" vurguladılar.

Federal Almanya ve Batı Berlin çapında düzenlenen bu eylemlere katılmaya KPD'nin öğrenci gençlik örgütü, "Kommunistischer Studenten" de çağrı yaptı. Komünist Yüksek Okul öğrencileri çıkardıkları bir bildiride, hükümetin bir taraftan öğrenci gençliğin haklarında yoğun bir şekilde kısıtlamaya gittiğini ortaya koyarken, öte yandan silahlanma bütçesini daha artırdığını yazmaktalar. Komünist yüksek okul öğrencileri ayrıca Alman Öğrenciler Birliği'nin sosyal hakların kısıtlanması na karşı eylem düzenleme kararı almasına rağmen, her yüksek okulda geniş çaplı eylemlerin düzenlenmesi için büyük bir seferberlik yapmamaktadır. Bundan dolayı Komünist Öğrenciler bu görevin kendilerine düştüğünü vurgulamaktalar.

(„Massenaktionen der Studenten")



Yüksek öğrenim gençliği, hükümetin sosyal hakları kısıtlama politikasını protesto etti.